

RUNDBRIEF JUNI 2023

THEMENKOORDINATIONSGRUPPE
MENSCHENRECHTE UND INDIGENE VÖLKER

AMNESTY
INTERNATIONAL



VORWORT

Liebe Rundbrief-Leser*innen,

auch wenn die Rechte indigener Völker weltweit stärker in den Fokus rücken, ist der Weg bis zu ihrer Umsetzung langwierig und schwierig.

So verfolgen wir mit Sorge die aktuelle Entwicklung in Brasilien, wo durch eine Entscheidung des brasilianischen Unterhauses die Rechte indigener Völker massiv beschränkt werden sollen. Außerdem berichten wir über die Bedrohung der Lebensbedingungen der Sámi in Norwegen und Schweden, die vom Klimawandel bedrohten Torres Strait Islanders in Australien, die katastrophale Situation des indigenen Volkes der Nukak in Kolumbien (s. Petition) sowie über die andauernde Kriminalisierung indigener Landverteidiger*innen in Kanada.

Es gibt aber auch ermutigende Signale, wie die Ablehnung der „Doctrine of Discovery“ durch die katholische Kirche oder die Initiative der amerikanischen Innenministerin Deb Haaland, die Erfahrungen tausender indigener Kinder zu dokumentieren, die in staatlich geleiteten „Indian Boarding Schools“ bis in die 1960er Jahre „zivilisiert“ wurden. Auch organisieren sich immer mehr indigene Völker, prangern Missstände und Verletzungen ihrer Rechte an und machen sich für ihre Kultur und Lebensweise stark.

Der Rundbrief enthält dieses Mal auch zwei Hintergrundberichte zu Konflikten und Problemen Indigener in Indien und Bangladesch.

Außerdem möchten wir Sie neben weiteren Beiträgen auf zwei gerade erschienene Amnesty-Publikationen aufmerksam machen. Dabei geht es zum einen um die brutalen Zwangsvvertreibungen der Massai in Tansania und zum anderen um den tödlichen Rassismus in Peru.

Wir bitten Sie, die aktuellen Urgent Actions zu Brasilien, Ecuador, Thailand und den Philippinen entweder online zu unterzeichnen oder einen Brief an die angegebenen Adressen zu schicken. Unterstützen Sie bitte auch die Petitionen der norwegischen, indonesischen, australischen und kanadischen Sektionen von Amnesty International.

Sehr gern berichten wir über eine erfolgreiche Amnesty-Aktion während der Hannover Messe 2023, die ein breites Echo fand und bei der es um die Unterstützung des durch den geplanten Goldabbau stark gefährdeten indigenen Volkes der Moni in Indonesien ging.

Das Redaktionsteam wünscht Ihnen eine spannende Lektüre und eine gute und entspannte Sommerzeit!

Marianne Kersten und Rosie Hofstetter

INHALT

Vorwort	2
Impressum	3
Indigenenrechte weltweit	4
Die "Doctrine of Discovery"	6
Kanada	9
USA	15
Situation Indigener in Lateinamerika	20
Mexiko	22
Kolumbien	25
Ecuador	28
AI-Broschüre zu Indigenen	30
Peru	31
Brasilien	33
In eigener Sache	38
DR Kongo	39
Kenia	41
Tansania	42
Indien	45
Bangladesch	50
Thailand	52
Philippinen	56
Indonesien	59
Australien	66
Schweden	70
Norwegen	72
Buchtipps	75
Filmtipps	78

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker
Marianne Kersten · marianne.kersten@amnesty-indigene.de
Rosemarie Hofstetter · rosie.hofstetter@t-online.de

Hinweis: Nur als solche gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung von Amnesty International wieder.
www.amnesty.de; www.amnesty-indigene.de

SPENDENKONTO:

Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 • BIC: BFSWDE33XXX
Gruppe 2915

INDIGENENRECHTE WELTWEIT

AMNESTY JOURNAL – 03. MÄRZ 2023

"INDIGENE ORGANISIEREN SICH"

IMMER WIEDER KOMMT ES ZU KONFLIKTEN UM INDIGENE GEBIETE, WELTWEIT SIND INDIGENE BEVÖLKERUNGSGRUPPEN GEFÄHRDET. DER AMNESTY-EXPERTE CHRIS CHAPMAN ÜBER IHRE RECHTE UND KÄMPFE.

*Interview: Marianne Kersten und Maik Söhler
Übersetzung: Viktoria Kunz und Alexandra Reuer*

Die UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker enthält die Rechte auf Selbstbestimmung und auf Teilhabe an Entscheidungen, die zum Beispiel die Ressourcenausbeutung auf indigenem Land betreffen. Warum sind diese Rechte von zentraler Bedeutung?

Das Völkerrecht versteht Indigene als eine Gruppe, die von anderen Gruppen kolonisiert und entrechtet wurde. Es gibt indigenen Völkern die Möglichkeit, dies anzufechten und ihre Würde und Autonomie zurückzuerlangen. Das Recht auf Selbstbestimmung bedeutet, dass sie das Recht haben, über sich selbst, ihr Land und ihre Ressourcen zu bestimmen. Das Recht auf eine freie, vorherige und informierte Zustimmung zu Entscheidungen bedeutet, dass Regierungen in aufrichtiger Absicht auf indigene Völker zugehen müssen, um deren Zustimmung zu erhalten, wenn geplante Projekte das Land, die Ressourcen oder die kulturelle Identität Indigener betreffen.

Welche Bedingungen gelten in diesen Fällen?

Nachdem alle relevanten Fakten offengelegt wurden, muss die Zustimmung ohne Zwang erfolgen. Regierungen müssen den Prozess der Entscheidungsfindung der indigenen Bevölkerung respektieren und ihr dafür so viel Zeit wie nötig einräumen. Wenn möglich muss der Staat auch technische oder juristische Hilfe stellen, sodass Indigene in vollem Umfang einschätzen können, was das jeweilige Vorhaben für sie bedeutet.

Viele Länder, die der Erklärung zugestimmt haben, halten sich dennoch nicht daran. Wie werden Indigenenrechte umgangen?

Indem zum Beispiel Schutzgebiete wie Nationalparks oder geschützte Wälder ausgeweitet werden. In vielen Fällen wird das Prinzip der „abgeschotteten Konservierung“ („Fortress-Conservation“) angewendet. Das heißt, dass außer Tourist*innen und Naturschützer*innen alle Menschen das jeweilige Gebiet verlassen müssen. Auf diese Art wurden bereits viele indigene Völker aus ihren Gebieten vertrieben und in Armut gedrängt. Außerdem trennt man sie damit vom Land ihrer Ahnen, das die Basis ihrer spirituellen und kulturellen Identität darstellt.

Gibt es noch andere Beispiele?

Derzeit arbeiten Regierungen, die das Übereinkommen über biologische Vielfalt unterzeichnet haben, an einem globalen Rahmenabkommen zu Biodiversität. Es sieht vor, 30 Prozent der Erdoberfläche unter Schutz zu stellen. Indigene Völker sehen darin eine Bedrohung und fordern Schutzmechanismen, um sicherzustellen, dass auf ihrem Land keine Schutzgebiete ohne ihre Zustimmung eingerichtet werden. Die Regierungen haben aber bei der Vereinbarung das letzte Wort. Auch beim Naturschutz meinen viele Regierungen und Bürger*innen wohlhabender Länder, „es besser zu wissen“, und drängen entrechteten Völkern ihre Projekte auf. Das muss aufhören. Stattdessen sollten die indigenen Völker zu Wort kommen, die die Biodiversität und die Umwelt viel erfolgreicher schützen als die Regierungen.

Was unternehmen indigene Völker, um ihre Rechte durchzusetzen?

Sie äußern sich häufiger und lauter als bisher und prangern die Missstände an, denen sie ausgesetzt sind. Außerdem organisieren sie sich – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Welche Rolle kann Amnesty International dabei spielen?

Amnesty sollte unterstützend tätig sein. Wir stehen nicht im Mittelpunkt, sollten aber unsere Möglichkeiten nutzen, um den Stimmen der indigenen Völker mehr Gehör zu verschaffen.

Chris Chapman arbeitet im Internationalen Sekretariat von Amnesty International in London zu den Rechten indigener Völker.

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/indigenenrechte-weltweit-interview-amnesty-experte-chris-chapman>

DIE „DOCTRINE OF DISCOVERY“

DER LANGE WEG BIS ZU IHRER ABSCHAFFUNG

„DIE 'DOCTRINE OF DISCOVERY' (ENTDECKUNGSDOKTRIN) IST IMMER NOCH EINE OFFENE WUNDE FÜR VIELE INDIGENE VÖLKER AUF DER GANZEN WELT.“¹

„Als moralisches Gewissen Europas hat der Vatikan es den christlichen Imperien ermöglicht, im Namen der Entdeckungsdoktrin Völkermord zu begehen, indigene Völker auszuhungern, umzusiedeln und zu enteignen“, so die kanadische Confederacy of Treaty No. 6 First Nations in einer Pressemitteilung am 30. März 2023.²

Nach mehr als 500 Jahren teilte die katholische Kirche am 30. März 2023 in einer offiziellen Pressemitteilung des Vatikans die Ablehnung der „Doctrine of Discovery“ mit.

Die katholische Doktrin war im 15. Jahrhundert in einer Reihe von Erklärungen der Päpste (auch bekannt als päpstliche Bullen) festgelegt worden und diente dazu, indigene Gebiete in Amerika, Afrika und anderen Teilen der Welt zu beanspruchen. Land, das nicht von Christ*innen bewohnt wurde, galt als unbesiedelt und konnte daher als „entdeckt“ definiert werden. Dadurch hatten die „Entdecker“ das Recht, die Souveränität, den Titel und die Gerichtsbarkeit zu beanspruchen.

Jahrhundertlang galt dieses rechtlich und religiös legitimierte Konzept zur Rechtfertigung christlicher, kolonialer Eroberungen. Darin wurde die Auffassung vertreten, dass die europäischen Völker, ihre Kultur und ihre Religion allen anderen Völkern überlegen seien. Ihnen oblag die religiöse Autorität, in nicht-christliche Regionen und souveräne Nationen einzufallen, ihre Völker zu unterwerfen, ihnen das Christentum aufzuzwingen und ihre Ressourcen zu beanspruchen.

Sie verlieh Regierungen die Souveränität oder das Eigentumsrecht an traditionellen Territorien indigener Völker.

Im 19. Jahrhundert wurde die Entdeckungsdoktrin in den USA und Kanada rechtlich verankert.

Im kanadischen Kontext wurde dadurch der sogenannte „Indian Act“ mit all seinen völkermörderischen Gesetzen und Maßnahmen erst möglich, einschließlich des Internatssystems, der Umsiedlung indigener Völker von ihrem angestammten Land in Reservate, der Kriminalisierung von Sprachen und kulturellen

¹ United Nations, Human Rights, “UN expert hails Vatican rejection of ‘Doctrine of Discovery’, urges States to follow suit”, Geneva, 06 April 2023, <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/04/un-expert-hails-vatican-rejection-doctrine-discovery-urges-states-follow>

² Madeleine Cummings, Indigenous experts, leaders say Vatican's Doctrine of Discovery rejection marks step forward, CBC News, March 31, 2023, <https://www.cbc.ca/news/canada/edmonton/indigenous-experts-leaders-edmonton-vatican-doctrine-1.6796899>

Zeremonien sowie der späteren Verweigerung von zuvor abgeschlossenen Vertragsrechten und indigenen Rechten.³

In etlichen Staaten bietet die Entdeckungsdoktrin nach wie vor eine Rechtsgrundlage, um indigenen Völkern einseitig ihre Rechte auf Eigentum und Besitz ihrer traditionellen Ländereien zu entziehen, da sie Bestandteil nationalen Rechts ist. Der damit verbundene Konflikt zeigt sich insbesondere im Zusammenhang mit Landrechtsstreitigkeiten. Vor Gericht geht es dabei um die Landrechte der indigenen Bevölkerung auf der einen Seite und die Souveränitätsansprüche von Regierungen auf der anderen Seite.

Auch in Kanada hat es der Oberste Gerichtshof bisher versäumt, einen Rahmenplan zur Interpretation von indigenen Rechten zu erstellen, die nach der kanadischen Verfassung geschützt sind.⁴

Die damit verbundene Problematik zeigt sich in der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Kanada im Rechtsstreit der Tsilhqot'in Nation gegen die kanadische Provinz British Columbia⁵ im Jahr 2014.

In dem Urteil wurde festgestellt, dass die Tsilhqot'in ihren Rechtsanspruch auf ihr Land als First Nation nachgewiesen haben, was bedeutet, dass sie „das ausschließliche Recht hatten, das Land zum kollektiven Nutzen für ihr Volk zu nutzen oder zu besetzen.“⁶ Das Urteil besagt aber auch, dass entweder die Provinz- oder die Bundesregierung das Eigentumsrecht einer indigenen Gemeinschaft missachten kann, wenn sie ein solches Vorgehen rechtfertigen kann.⁷

Erst 2019 wurde den Tsilhqot'in First Nation – nach jahrzehntelangem Rechtsstreit – auch von Seiten der Bundes- und Provinzregierung⁸ das Recht auf ihr Land und ihre Selbstbestimmung im Rahmen eines gemeinsamen Abkommens zuerkannt.

José Francisco Calí Tzay, UN-Sonderberichterstatter für die Rechte der indigenen Völker, begrüßte die Ablehnung der Entdeckungsdoktrin durch den Vatikan und sagte:

„Die Entdeckungsdoktrin ist immer noch eine offene Wunde für viele indigene Völker auf der ganzen Welt.“ ... „Sie muss im Rahmen eines Versöhnungsprozesses zwischen indigenen Völkern und Kolonialstaaten angegangen werden.“⁹

³ Indigenous Corporate Training INC. “Indigenous Title and the Doctrine of Discovery”, March 30, 2023, <https://www.ictinc.ca/blog/indigenous-title-and-the-doctrine-of-discovery>

⁴ Bruce McIvor, “Standoff - Why Reconciliation Fails Indigenous People and How to Fix it”, S. 18, Nightwood editions 2021

⁵ Supreme Court of Canada, Supreme Court Judgments, Tsilhqot'in Nation v. British Columbia, 2014-06-26, <https://scc-csc.lexum.com/scc-csc/scc-csc/en/item/14246/index.do>

⁶ Travis Tomchuk, “The Doctrine of Discovery”, November 2, 2022, Updated May 11, 2023, Canadian Museum for Human Rights, <https://humanrights.ca/story/doctrine-discovery>

⁷ ebd.

⁸ Canada, British Columbia, and the T̓silhqot'in Nation Sign Gwets'en Nilt'i Pathway Agreement, August 28, 2019, <https://www.canada.ca/en/crown-indigenous-relations-northern-affairs/news/2019/08/canada-british-columbia-and-the-tsilhqotin-nation-sign-gwetsen-nilti-pathway-agreement.html>

⁹ United Nations, Human Rights, “UN expert hails Vatican rejection of ‘Doctrine of Discovery’, urges States to follow suit”, Geneva, 06 April 2023, <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/04/un-expert-hails-vatican-rejection-doctrine-discovery-urges-states-follow>

Er machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass dies eine der Hauptursachen für das generationenübergreifende Trauma indigener Völker sei, welches sich derzeit in hohen Selbstmordraten unter indigenen Jugendlichen, einer Überrepräsentation von Indigenen im Strafrechtssystem, unverhältnismäßiger Gewalt gegen indigene Frauen und Mädchen und Rassismus manifestiere.¹⁰

Entsprechend forderte er von allen Staaten, die die Entdeckungsdoktrin immer noch anwenden, dem Beispiel des Vatikans zu folgen, sie formell zu verwerfen und die Rechtsprechung und Gesetzgebung, die sich darauf stützen, zu überprüfen.

Indigene Expert*innen und Oberhäupter sprachen von einem bedeutsamen Schritt in Richtung Wiedergutmachung, aber sie machten auch deutlich, wie es Ernie Daniels, ein ehemaliges Oberhaupt der Long Plain First Nation, in einem Interview des kanadischen Senders „CBC Manitoba's Information Radio“ ausdrückte:

„Oberflächlich betrachtet klingt es gut, es sieht gut aus ..., aber aus dieser Aussage muss sich eine grundlegende Änderung der Einstellungen, des Verhaltens, der Gesetze und der Politik ergeben.“¹¹

Marianne Kersten

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

¹⁰ ebd.

¹¹ “Vatican's disavowal of Doctrine of Discovery a good step but 'fundamental change' still needed: Manitoba elder”, CBC News, March 30, 2023, Last Update: March 31, <https://www.cbc.ca/news/canada/manitoba/discovery-doctrine-rejection-ernie-daniels-reaction-1.6795781>

KANADA

AMNESTY JOURNAL, 29. MÄRZ 2023

ERNEUT BETROGEN

WEGEN DES ZUNEHMENDEN INTERESSES AN FLÜSSIGGAS WIRD DER AUSBAU VON PIPELINES IN KANADA VORANGETRIEBEN. DABEI WERDEN DIE RECHTE UND INTERESSEN INDIGENER GEMEINSCHAFTEN VERLETZT.

Von Marianne Kersten

„Wir werden niemals aufhören, unser Land zu verteidigen, so wie es unsere Vorfahren seit Tausenden von Jahren getan haben“, sagen Mitglieder der indigenen Gidim'ten, die den Zugang zu ihrem traditionellen Hoheitsgebiet bewachen, um ein gewaltsames Vordringen von Polizei- und Sicherheitskräften zu verhindern.

Seit mehr als einem Jahrzehnt kämpfen die sogenannten Hereditary Chiefs der Wet'suwet'en Nation, zu der auch die Gidim'ten gehören, in der kanadischen Provinz British Columbia gegen ein Pipeline-Projekt des kanadischen Unternehmens TC Energy. Bis Ende des Jahres soll die 760 Kilometer lange Pipeline Coastal GasLink fertig sein, die quer durch ihr 22.000 Quadratkilometer großes, ökologisch einzigartiges Gebiet bis zum LNG-Terminal in Kitimat verläuft.

STARKE SICHERHEITSBEDENKEN

Auch in anderen Regionen Kanadas wird der Ausbau von Flüssiggas-Pipelines vielfach gegen den Widerstand indigener Gemeinschaften vorangetrieben. So äußern Mitglieder der Mi'kmaq Nation erhebliche Sicherheitsbedenken angesichts des geplanten LNG-Terminals von Pieridae Energy Limited auf ihrem traditionellen Territorium.

Während Deutschland seine Energiekrise auch mit Flüssiggas aus Kanada überwinden will, bedeutet der Pipeline-Ausbau für die dort lebenden indigenen Gemeinschaften, die ohnehin stark unter den Folgen der kolonialen Geschichte leiden, eine erneute Verletzung ihrer Rechte und eine Bedrohung ihrer Kultur, Identität und Lebensweise. Immer wieder sind indigene Gemeinschaften wie die Wet'suwet'en gezwungen, in oft jahrelangen Prozessen für die Durchsetzung ihrer Landrechte zu kämpfen.

„Die Entscheidung, den Bau der Coastal GasLink Pipeline auf dem Land der Wet'suwet'en ohne die freie, vorherige und informierte Zustimmung der Hereditary Chiefs zu erlauben, ist eine eklatante Verletzung des Rechts der Gemeinschaft auf Selbstbestimmung und ein bedauerlicher Rückschritt auf Kanadas Weg zur Versöhnung mit den indigenen Völkern.“

Kitty Nivyabandi, Generalsekretärin der kanadischen Sektion von Amnesty International

Die nach dem Erbrecht legitimierte Chiefs der Wet'suwet'en sind die traditionellen Autoritäten des Landes, auf dem sie seit Urzeiten leben und das sie niemals abgetreten haben. Dies hat auch der Oberste Gerichtshof Kanadas in einem bahnbrechenden Urteil im Jahr 1997 bestätigt. Zwar haben 20 der gewählten Chiefs der Wet'suwet'en Nutzungsvereinbarungen mit Coastal GasLink unterzeichnet. Allerdings sind sie nach dem noch aus der Kolonialzeit stammenden Verwaltungssystem nur für ihre Reservate entlang der Pipelinerroute verantwortlich und können nicht über das traditionelle Land der Wet'suwet'en entscheiden, das den Hereditary Chiefs untersteht.

GEWALTSAME POLIZEIEINSÄTZE

Seit 2019 kam es auf dem traditionellen Territorium der Wet'suwet'en zu drei großen Razzien durch schwer bewaffnete Polizeikräfte der Royal Canadian Mounted Police. Friedlich protestierende Wet'suwet'en und Unterstützer*innen wurden gewaltsam von ihrem Land verdrängt, 74 Personen wurden festgenommen und inhaftiert. Wegen Missachtung einer richterlichen Verfügung aus dem Jahr 2019, nach der es untersagt ist, den Zugang zu den Baustellen auf ihrem Land zu blockieren, wurden 19 Landverteidiger*innen angeklagt. Fünf von ihnen wurden im Dezember 2022 zu Geldstrafen und gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

Im Februar 2021 wandten sich Mitglieder der Gidimt'en und Unterstützer*innen in einem Schreiben an die UNO. Darin heißt es: „Die nationale Polizei (...) durchbrach Checkpoints, war mit militärischen Angriffswaffen, Hubschraubern und Hundeeinheiten ausgerüstet, drang zusammen mit Sicherheitskräften von Coastal GasLink in Häuser ein und entweichte zeremonielle Räume, (...) blockierte sowohl die Bewegung und den Zugang von Mitgliedern der Gemeinschaft, der Medien und von Beobachter*innen sowie die Zufuhr von Lebensmitteln und Medikamenten.“ Im Einklang mit der UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP) fordern die Landverteidiger*innen von Kanada und British Columbia den Abzug aller Polizei- und Sicherheitskräfte aus ihrem Territorium, einen sofortigen Bau-stopp und die Aussetzung aller Genehmigungen für den Bau der Pipeline.

EINE DER LETZTEN TRINKWASSERQUELLEN

Trotz landesweiter und internationaler Proteste und aller Bedenken der Hereditary Chiefs begann Coastal GasLink im September 2022 mit den Bohrungen unter dem Wedzin Kwa (Morice River) – ein Lachslachgebiet und eine der letzten verbliebenen sauberen Trinkwasserquellen in ihrem Territorium. Nach kanadischen Medienberichten verstieß das Unternehmen in der Vergangenheit wiederholt gegen die mit der Umweltbehörde von British Columbia vereinbarten Auflagen.

„Warum werden wir auf unserem eigenen, nie abgetretenen Land kriminalisiert, weil wir die Rechte der Menschen, der Indigenen schützen und unseren Teil dazu beitragen, das Recht auf sauberes Wasser, sichere Lebensmittel und unsere Existenz zu schützen?“

Na'Moks, Sprecher der Wet'suwet'en Hereditary Chiefs

Mit der Genehmigung und Fortsetzung des Pipelinebaus verletzen die Regierungen von British Columbia und Kanada nicht nur die Rechte der Wet'suwet'en, sondern auch die inzwischen von ihren Parlamenten verabschiedeten Gesetze zur Umsetzung der UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker. Sie ignorieren außerdem die wiederholt geäußerte Sorge des UN-Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung über die anhaltende Gewalt, Kriminalisierung, Überwachung und Souveränitätsverletzung auf traditionellem Territorium.

„Warum werden die Wet'suwet'en, die indigenen Völker in einem demokratischen Land wie Kanada, das sich auf der Weltbühne auf seinen Ruf als respektvolles und sicheres Land stützt, mit solcher Gewalt angegriffen? Warum sind wir weniger 'menschlich', und warum müssen wir uns gegen solche Übergriffe wehren? Warum werden wir auf unserem eigenen, nie abgetretenen Land kriminalisiert, weil wir die Rechte der Menschen, der Indigenen schützen und unseren Teil dazu beitragen, das Recht auf sauberes Wasser, sichere Lebensmittel und unsere Existenz zu schützen?“, fragt Na'Moks, Sprecher der Wet'suwet'en Hereditary Chiefs. Er betont: „Wir werden uns weiterhin mit allen Mitteln gegen diese Pipeline wehren, denn es ist unser traditionelles Recht.“

Die Autorin ist Mitglied der Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker von Amnesty Deutschland.

Hier finden Sie den Artikel mit Foto:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/kanada-indigene-landrechte-wetsuweten-und-mikmaq-nation-Ing-fluessiggas-pipelines-energie-versorgung-deutschland>

UPDATE:

ERNEUTE RCMP-RAZZIA IM WET'SUWET'EN TERRITORIUM – EIN „EKLATANTER ANGRIFF“ AUF INDIGENE RECHTE¹

Am 29. März 2023 drangen mehr als ein Dutzend Beamte der Royal Canadian Mounted Police (RCMP) erneut in das Gebiet der Hereditary Wet'suwet'en Nation ein und verhafteten auch dieses Mal wieder 5 Land- und Wasserschützer*innen, die sich gegen die Fortsetzung des Baus der Coastal GasLink-Pipeline in ihrem angestammten Territorium wehrten. Die Razzia erfolgte nur 9 Monate, nachdem die Staatsanwaltschaft von British Columbia gegen 19 Landverteidiger*innen wegen Missachtung einer einstweiligen Verfügung von Coastal GasLink Anklage erhoben hatte.

Die kanadische Sektion von Amnesty International appellierte an die Bundesregierung, an die Provinzregierung von British Columbia und an den zuständigen Generalstaatsanwalt, die Kriminalisierung von indigenen Landverteidiger*innen endlich zu stoppen. Nach den ersten Verurteilungen im Dezember 2022 sind für den Zeitraum von April 2023 bis Anfang 2024 weitere Gerichtsverfahren geplant. Sollten die übrigen Angeklagten für schuldig befunden werden, könnten ihnen Haftstrafen drohen.

*„Diese Schikanen und Einschüchterungen sind genau die Art von Gewalt, die darauf abzielt, uns aus unserem Heimatland zu vertreiben. Die ständige Bedrohung durch Gewalt und Kriminalisierung, nur weil wir auf unserem eigenen Land leben, müssen auch unsere Vorfahren so empfunden haben, als Indianeragent*innen und die RCMP uns noch in den 50er Jahren in unserer Gegend aus unseren Häusern vertrieben. Dieses koloniale Vorgehen wird jetzt von privaten Sicherheitskräften der Industrie fortgesetzt – C-IRG².“,* sagte Sleydo' (auch bekannt als Molly Wickham), Sprecherin des Gidimt'en Nation Checkpoints³

Bitte unterstützen Sie auch weiterhin die Wet'suwet'en Landverteidiger*innen und unterschreiben Sie die Petition der kanadischen Sektion an den Minister für öffentliche Sicherheit der kanadischen Bundesregierung, Marco Mendicino, und an den Premier von British Columbia, David Eby.

Den englischsprachigen Link zur **Petition** finden Sie hier:

https://takeaction.amnesty.ca/page/98880/action/1?utm_medium=email&utm_source=engagingnetworks&utm_campaign=wetsuweten-online-action&utm_content=Wetsuweten+Online+Action+April+11+2023

¹ Amnesty International Canada, "Canada: RCMP raid of Wet'suwet'en territory a 'flagrant attack' on Indigenous rights", March 31, 2023, <https://amnesty.ca/human-rights-news/rcmp-raid-wetsuweten-territory/>

² C-IRG – Community-Industry Response Group, Sondereinheit der RCMP, die für Proteste gegen den Abbau von Rohstoffen in British Columbia zuständig ist.

³ Webseite des Gidimt'en Checkpoints <https://www.yintahaccess.com/>

UN-SONDERBERICHTERSTATTER FÜR DIE RECHTE INDIGENER VÖLKER BESUCHT KANADA

Zum ersten Mal seit seiner Ernennung zum Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Rechte der indigenen Völker stattete José Francisco Calí Tzay Kanada einen offiziellen Besuch ab.

Das Mandat des Sonderberichterstatters besteht darin, bewährte Praktiken und Herausforderungen bei der Umsetzung der UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP) zu sammeln sowie konkrete und konstruktive Empfehlungen abzugeben. Es geht darum, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und zu beheben.¹

Während seines 10-tägigen Besuches in verschiedenen kanadischen Provinzen untersuchte Calí Tzay ein breites Spektrum an Themen, die die First Nations, Inuit und Métis betreffen, darunter:

- die Umsetzung der UNDRIP,
- das Recht auf Selbstbestimmung, Land und Ressourcen,
- das Recht auf „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ zu Infrastrukturprojekten auf indigenem Territorium,
- den anhaltenden systemischen Rassismus gegenüber indigenen Frauen und Mädchen,
- die verheerenden Auswirkungen des Residential-School-Systems und
- den Erhalt indigener Sprachen und Kulturen.

In dieser Zeit sprach der UN-Sonderberichterstatter u. a. mit indigenen Oberhäuptern, Mitgliedern der Regierung und des Senats, Menschenrechtsaktivist*innen und Gruppen der Zivilgesellschaft.

„Es ist wichtig, dass der Sonderberichterstatter dokumentiert, wie uns unsere Rechte als First Nations schon zu lange von den Regierungen der Provinzen und des Bundes verweigert worden sind“, sagte Marielle Vachon, Oberhaupt des Innu-Rates von Pessamit. „Wir wurden immer ignoriert, unsere Territorien wurden uns weggenommen und unsere Wälder zerstört. Es ist an der Zeit, unsere Realität auf der internationalen Bühne sichtbar zu machen.“²

Der Besuch fand zu einem kritischen Zeitpunkt für Kanadas Beziehungen zu den indigenen Völkern statt. Die Bundesregierung ist gesetzlich verpflichtet, dem Parlament bis Juni 2023 einen Aktionsplan zur Umsetzung der UNDRIP vorzulegen, aber nach wie vor kommt es zu massiven Menschenrechtsverletzungen gegenüber indigenen Gemeinschaften.

Im Vorfeld seines Besuchs machten Vertreter*innen verschiedener First Nations und der kanadischen Sektion von Amnesty International eine schriftliche Eingabe an das Büro von Calí Tzay. Das gemeinsame Schreiben dokumentiert Verstöße gegen die Rechte indigener Völker.

¹ Ka'nhehsí:io Deer, UN Special Rapporteur on the rights of Indigenous Peoples starts 10-day visit to Canada, CBC News, March 01, 2023 <https://www.cbc.ca/news/indigenous/special-rapporteur-indigenous-peoples-visit-1.6763138>

² Amnesty International Canada, “Canada: UN Special Rapporteur’s visit must shift ‘glacial progress’ on Indigenous rights” March 1, 2023, <https://www.amnesty.ca/human-rights-news/joint-press-release/canada-un-special-rapporteur-indigenous-rights/>

*"Die anschaulichen Geschichten, die unsere Partner*innen mit uns teilten, reichen von besorgniserregend bis hin zu wirklich alarmierend",³ sagte France-Isabelle Langlois, Generaldirektorin von Amnesty International Canada (Francophone).*

Am Ende seiner 10-tägigen Erkundungsmission sagte Calí Tzay während einer Pressekonferenz: *„Kanada hat bei der Förderung und dem Schutz der Rechte indigener Völker Fortschritte gemacht.“⁴* Er machte aber auch deutlich, dass sich die indigenen Völker trotz positiver Maßnahmen bei der Wahrnehmung ihre individuellen und kollektiven Menschenrechte weiterhin mit eklatanten Hindernissen konfrontiert sehen. Entsprechend besorgt äußerte er sich über die anhaltende Militarisierung von indigenem Land und die Kriminalisierung von indigenen Landverteidiger*innen und forderte Kanada auf, diese zu beenden und keine Großprojekte mehr, wie das der CGL-Pipeline in indigenen Gebieten zu verfolgen, ohne die indigenen Völker wirklich zu konsultieren und deren „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ einzuholen.

Des Weiteren prangerte er das furchtbare Erbe des Residential-School-Systems an und äußerste sein Entsetzen und seine Trauer über die Geschichten der Überlebenden. Er beklagte die beunruhigenden Berichte über Leugnungen der Internatsschulen und die alarmierenden Hinweise auf systemische Gewalt gegen indigene Frauen und Mädchen.

"Während meines Besuchs habe ich festgestellt, dass das Erbe des Kolonialismus und die Geschichte des Missbrauchs und der Diskriminierung bei den Überlebenden und ihren Familien ein tiefes Misstrauen gegenüber kanadischen Institutionen hinterlassen haben."⁵

Er verwies darauf, dass noch viel getan werden müsse, um sicherzustellen, dass die indigenen Völker die Rechte, Freiheiten und Lebensstandards genießen, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der UNDRIP garantiert sind.

Von der kanadischen Regierung, den Provinzen und Territorien forderte er, die Versöhnung mit den indigenen Völkern des Landes auf der Grundlage einer „Nation-to-Nation“-Beziehung voranzutreiben und die Empfehlungen seines Vorgängers, der Wahrheits- und Versöhnungskommission und der nationalen Untersuchungskommission zu vermissten und ermordeten indigenen Frauen und Mädchen (MMIWG) umzusetzen.

Im September 2023 wird Calí Tzay dem UN-Menschenrechtsrat auf der 54. Sitzung seinen Abschlussbericht mit entsprechenden Empfehlungen vorlegen.

³ ebd.

⁴ Amnesty International Canada, "Amnesty International's 2022/23 Annual Report denounces Canada's record on Indigenous People's rights, climate justice", Press Release: March 28, 2023, https://amnesty.ca/human-rights-news/annual-report-2022-2023-canada/?utm_medium=email&utm_source=engagingnetworks&utm_campaign=human-rights-report-2023&utm_content=Human+Rights+Report+2023

⁵ Brett Forester, 'Appalling' legacy of residential schools tops UN Indigenous rights rapporteur's early findings, CBC News, March, 10, 2023, <https://www.cbc.ca/news/indigenous/un-indigenous-rights-rapporteur-findings-1.6775480>

Weitere Quellen:

Ka'nhehsí:io Deer, UN Special Rapporteur on the rights of Indigenous Peoples starts 10-day visit to Canada, CBC News, Posted: March 01, 2023 <https://www.cbc.ca/news/indigenous/special-rapporteur-indigenous-peoples-visit-1.6763138>

Paloma Martínez Méndez, [Interview] Canada must do more on Indigenous Rights, says UN Rapporteur, Radio Canada.ca, Posted: March 15, 2023, <https://ici.radio-canada.ca/rci/en/news/1963600/-interview-canada-must-do-more-on-indigenous-rights-says-un-rapporteur>

Englischsprachige Informationen zur Situation indigener Völker in Kanada entnehmen Sie bitte der Pressemitteilung zum kanadischen Teil des Jahresbericht 2022/2023 von Amnesty International. Den Link dazu finden Sie hier:

https://amnesty.ca/human-rights-news/annual-report-2022-2023-canada/?utm_medium=email&utm_source=engagingnetworks&utm_campaign=human-rights-report-2023&utm_content=Human+Rights+Report+2023

Marianne Kersten

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

USA

URGENT ACTION

LEONARD PELTIER ENDLICH BEGNADIGEN!

UA-016/2019-4 – AI-Index: AMR 51/6423/2023 -: 3. Februar 2023 – ar

LEONARD PELTIER, 78 Jahre

Der indigene Aktivist Leonard Peltier befindet sich seit 46 Jahren in Haft, einige Jahre davon in Einzelhaft. Der mittlerweile 78-Jährige verbüßt zwei lebenslange Haftstrafen wegen Mordes, obwohl Zweifel daran bestehen, dass sein Gerichtsverfahren den internationalen Standards für faire Verfahren entsprochen hat. Er hat stets seine Unschuld beteuert. 2022 infizierte sich Leonard Peltier mit Covid-19. Er leidet an einer Reihe chronischer Erkrankungen, von denen eine zum Tod führen kann. Amnesty International fordert Präsident Biden auf, dem seit Juli 2021 anhängigen Gnadengesuch stattzugeben und Leonard Peltier aus humanitären Gründen freizulassen.

Leonard Peltier ist ein Angehöriger der indigenen Anishinabe-Lakota und war ein Mitglied des American Indian Movement (AIM), einer Initiative, die sich für die Rechte der nordamerikanischen indigenen Bevölkerung einsetzt. Am 26. Juni 1975 kam es im Pine-Ridge-Reservat in South Dakota zu Zusammenstößen zwischen dem FBI und Mitgliedern des AIM. Dabei wurden zwei FBI-Agenten erschossen. Leonard Peltier wurde 1977 für die Morde an ihnen zu zwei lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Er hat stets bestritten, die Agenten getötet zu haben.

Es bestehen ernsthafte Zweifel daran, dass das Gerichtsverfahren, das 1977 mit der Verurteilung von Leonard Peltier endete, den internationalen Standards für faire Verfahren entsprach. So hielt die Staatsanwaltschaft beispielsweise Beweise zurück, die zugunsten von Leonard Peltier hätten ausgelegt werden können. Angesichts dieser Bedenken hat sich der ehemalige Bundesstaatsanwalt, der nach dem Prozess das Team der Anklagebehörde beaufsichtigte, inzwischen für eine Begnadigung ausgesprochen.

Eine wichtige mutmaßliche Augenzeugin war Myrtle Poor Bear aus Pine Ridge, eine Angehörige der Lakota. Sie hatte zunächst ausgesagt, gesehen zu haben, wie Leonard Peltier die beiden Männer tötete. Auf Grundlage ihrer Zeugenaussage wurde er aus seinem Zufluchtsort in Kanada an die USA ausgeliefert. Myrtle Poor Bear hat diese Aussage jedoch später zurückgezogen. Sie war bei der Gerichtsverhandlung nicht als Zeugin der Staatsanwaltschaft geladen, durfte aber dennoch nicht für die Verteidigung aussagen. Das Gericht begründete die Ablehnung der Zeugin damit, dass ihre Aussage „im höchsten Maße nachteilig für die Regierung sein könnte“. Im Jahr 2000 gab Myrtle Poor Bear eine öffentliche Erklärung ab, in der sie sagte, dass ihre ursprüngliche Aussage das Ergebnis monatelanger Drohungen und Drangsalierung durch Angehörige des FBI gewesen sei.

Leonard Peltier hat bereits mehr als 46 Jahre im Gefängnis verbracht und ihm wurde wiederholt die Freilassung auf Bewährung verweigert. Es besteht große Sorge um seine Gesundheit, die sich rapide verschlechtert. Zudem wird befürchtet, dass er sich erneut mit Covid-19 infizieren könnte. Sein Rechtsbeistand reichte im Juli 2021 bei Präsident Joe Biden ein neues Gnadengesuch ein.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

1980 erhielten die Rechtsbeistände von Leonard Peltier Einsicht in Dokumente mit ballistischem Beweismaterial, das für die Verteidigung möglicherweise hilfreich gewesen wäre, zum Zeitpunkt des Verfahrens jedoch unter Verschluss gehalten wurde. 1986 verwehrte ein US-Berufungsgericht (Court of Appeal for the Eighth Circuit) Leonard Peltier ein Wiederaufnahmeverfahren und sagte: „Wir erkennen an, dass in der Akte Beweise dafür vorliegen, dass das Verhalten einiger Angehöriger des FBI nicht korrekt war, aber wir lehnen es ab, ihnen noch weiteres Fehlverhalten zu unterstellen“.

Leonard Peltier wird erst 2024 wieder für eine Anhörung für die Entlassung auf Bewährung infrage kommen. Eine Haftentlassung auf Bewährung wurde stets abgelehnt. Grund dafür sei, dass Leonard Peltier nicht die strafrechtliche Verantwortung für die Morde an den beiden FBI-Agenten übernommen habe. Und dies, obwohl der Ausschuss gegenüber Leonard Peltier sagte, dass „die Anklagevertretung eingeräumt hat, dass es keinen direkten Beweis für Ihre persönliche Beteiligung an der Tötung von zwei FBI-Agenten gibt“. James H. Reynolds, der US-Staatsanwalt, dessen Büro die Strafverfolgung und Berufung von Leonard Peltier leitete, hat sich seither schriftlich für eine Begnadigung ausgesprochen, da dies „angesichts aller vorliegenden Fakten im Sinne der Gerechtigkeit“ sei.

Leonard Peltier hat mehrere gesundheitliche Probleme wie Nierenerkrankungen, Typ-2-Diabetes, Bluthochdruck, ein Herzleiden und eine degenerative Gelenkerkrankung. Zudem leidet er unter ständiger Kurzatmigkeit und Schwindelgefühlen. Seit einem Schlaganfall im Jahr 1986 ist er auf einem Auge praktisch blind. Im Januar 2016 wurde bei ihm ein großes Aneurysma an der Bauchaorta diagnostiziert, das jederzeit reißen und zum Tod führen könnte. Aufgrund eingeschränkter Mobilität bewegt sich Leonard Peltier derzeit mit einem Rollator fort. Im Jahr 2022 steckte er sich mit Covid-19 an und es besteht die Sorge, dass er sich im Gefängnis erneut mit dem Virus infizieren könnte.

Leonard Peltier wurde im Januar 2009 von Präsident George W. Bush und im Januar 2017 von Präsident Barack Obama die Begnadigung verweigert. Sein Rechtsbeistand reichte im Juli 2021 bei Präsident Joe Biden ein neues Gnadengesuch ein. Über dieses Gesuch wurde noch nicht entschieden.

Zuvor forderten mehrere Friedensnobelpreisträger, darunter der verstorbene Erzbischof Desmond Tutu, im Jahr 2015 die Freilassung von Leonard Peltier. Auch die indigene Gemeinschaft der Standing Rock Sioux und der National Congress of American Indians haben seine Freilassung gefordert. Da das Verfahren gegen Leonard Peltier zahlreiche Unregelmäßigkeiten aufwies und alle verfügbaren Rechtsmittel ausgeschöpft sind, sowie im Anbetracht der bereits verbüßten Zeit, seiner stetigen Unschuldsbetuierung und der chronischen Gesundheitsprobleme unterstützt Amnesty International seit langem die Forderung nach seiner Begnadigung.

AMNESTY JOURNAL, VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA, 26. MAI 2023

LIMONADE HEISST JETZT OONSAAWIMINAAPOWI

GEORGE IRONSTRACK IST BÜRGER DER INDIGENEN GEMEINSCHAFT DER MIAMI. AN DER UNIVERSITÄT VON OHIO ENGAGIERT ER SICH FÜR DEREN VERNETZUNG UND FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG DER SPRACHE MYAAMIAATAWEENKI.

Von Tanja Dückers

Wie viele amerikanische Universitäten befindet sich die Miami University in Oxford, Ohio, auf einem Terrain, von dem seine früheren Bewohner*innen gewaltsam vertrieben wurden. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich in den USA in diesem Bereich etwas getan. Zumindest an einigen Bildungseinrichtungen bemüht man sich, die lokalen indigenen Gemeinschaften stärker in die universitäre Arbeit einzubeziehen und ihre Kultur und Sprache zu fördern.

Dieser Aufgabe hat sich George Ironstrack, Bürger der indigenen Gemeinschaft der Miami in Ohio, mit Leib und Seele verschrieben. Die Miami oder in ihrer Sprache Myaamiaki („Volk, das flussabwärts lebt“), beherrschten ein Gebiet südlich des Lake Michigan, das sich zu Beginn des 17. Jahrhunderts über große Teile des heutigen Bundesstaats Indiana sowie über angrenzende Gebiete von Illinois und Ohio erstreckte. Die Myaamiaki sind nicht mit der historischen indigenen Gemeinschaft im südlichen Florida zu verwechseln, mit der sie weder ethnisch noch sprachlich verwandt waren.

VON „REDSKINS“ ZU „REDHAWKS“

Der schlanke, sportliche Vater von drei Schulkindern ist Vizedirektor und Pädagogischer Koordinator des Myaamia-Centers an der Miami University. Dieses Zentrum, in einem schönen Backsteinbau untergebracht, gibt es erst seit rund 20 Jahren. Und erst gut 30 Jahre ist es her, dass sich der erste Student der Myaamiaki an der Uni einschrieb. George Ironstrack kennt die Miami University bestens, er hat hier seinen Master in „Origins and History of the United States“ (Ursprünge und Geschichte der Vereinigten Staaten) gemacht. Er ist einer von acht Myaamiaki, die bisher an der 1809 gegründeten Universität einen Master gemacht haben. Und er hat erlebt, wie die Universität ihr Maskottchen von „Redskins“ (Rothäute) zu „Redhawks“ (Rote Falken) umtaufte.

Es sei ihm wichtig, sagt George Ironstrack, den jungen Myaamiaki den Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen zu erleichtern. Immerhin, schon rund 90 von ihnen haben hier einen Bachelor abgelegt. Sie studieren unterschiedliche Fächer und würden auf dem Campus den insgesamt rund 28.000 Studierenden kaum begegnen, gäbe es nicht das Myaamia-Center, das neben Sprachunterricht gemeinsame Aktivitäten anbietet, aber ihre Präsenz auch für die übrigen Studierenden mit Veranstaltungen und Festen wie dem „Stomp Dance“ oder dem „Story Telling“ sichtbar und zugänglich macht. Das Geschichtenerzählen ist Teil des „Wintertreffens“, bei dem die Gäste die Sprache Myaamiaataweenki hören können. Es werden verschiedene Geschichten von Myaamia-Vorfahren zum Besten gegeben, die aufgeschrieben und bewahrt wurden. Die vielen Studierenden, die aus unterschiedlichen Bundesstaaten an diese große Universität in Ohio kommen, sollten schon etwas über die Vorgeschichte der Region wissen, findet George Ironstrack und wirkt dabei voller Energie.

ZWANGSUMSIEDLUNG INDIGENER NACH WESTEN

Seit der Ankunft der ersten Europäer*innen waren die indigenen Gemeinschaften an der Ostküste immer stärker nach Westen gedrängt worden. Spätestens ab den 1820er Jahren wollten die weißen Siedler*innen die dort lebenden Menschen ganz aus dem heutigen Ohio und Indiana verdrängen. Insbesondere das Land der Myaamiaki galt als fruchtbar und lag strategisch günstig am Wabash River, der natürlichen Verbindungsstraße zwischen dem Ohio River und den Großen Seen.

Der 1830 beschlossene „Indian Removal Act“ sah die Zwangsumsiedlung Indigener aus dem Osten in Gebiete westlich des Mississippi vor. Die Myaamiaki weigerten sich, der Anordnung Folge zu leisten. Sie wollten kein Geld, sondern ihr Land behalten. 1846 wurden sie schließlich aus dem Wabash River Valley vertrieben. Seitdem mussten die Myaamiaki im weniger fruchtbaren und ihnen unvertrauten Kansas und, nach einer weiteren Zwangsumsiedlung, in Oklahoma leben.

Im Jahr 2021 organisierte George Ironstrack gemeinsam mit Kolleg*innen vom Myaamia-Center die Gedenkveranstaltung zum 175. Jahrestag der Zwangsumsiedlung. „Die Umsiedlung von 1846 dauerte fast einen Monat, aber ihre Auswirkungen sind für alle Myaamiaki bis heute spürbar, egal wo wir leben“, meint er. Doch geht es ihm und seinen Kolleg*innen nicht nur um die Vergangenheit.

George Ironstrack wirkt lässig und lebenszugewandt, ist privat und beruflich ständig von Kindern und Jugendlichen umgeben. Er betont, dass die Myaamiaki heute auf dem Campus sehr präsent seien. „Wir sind nicht nur Opfer, und wir sind kein Kapitel der Vergangenheit“, wird er nicht müde zu erzählen. Deshalb investiert er viel in die Zukunft der kleinen Gemeinschaft: Dazu gehört der tägliche rege Austausch über Online-Netzwerke in der Community. Denn die geografische Distanz zwischen den verschiedenen Bundesstaaten, in denen die Myaamiaki nun leben, ist groß. Im Chat geht es um tradierte Methoden der Ahornsirupgewinnung, um Möbelpolituren aus Tierfett, aber auch um neue wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, was zum Niedergang der befreundeten Hopewell geführt hat: „War ein Komet verantwortlich?“ Ohne Klatsch und Tratsch geht es natürlich auch nicht: „War Aquenackwe vielleicht Little Turtle's Vater?“, wird da schon mal gefragt.

„Hin und wieder taucht in einem Moment ein neues Wort auf, das sich für alle sofort richtig anfühlt.“

George Ironstrack, Bürger der indigenen Gemeinschaft der Miami

Aber vor allem hat Ironstrack, ein passionierter Frühaufsteher, dem Müdigkeit fremd zu sein scheint, seine berufliche Erfüllung im Unterrichten, der Weitergabe von Wissen gefunden. Es erfüllt ihn mit Stolz, wenn Studierende locker ihren amerikanischen Alltag in Myaamiaataweenki besprechen können. Gerade deshalb sind ihm linguistische Erneuerungen wichtig. Die tradierte indigene Sprache soll mit der Zeit gehen und auch für die Jüngeren ein geeignetes Kommunikationsmittel sein. Einmal erlebte George Ironstrack folgende Szene: Bei einer Feier bildete sich eine lange Schlange vor dem Essen. Eine Gruppe von Myaamia-Studierenden diskutierte die Auswahl an Speisen, von denen sie viele in Myaamiaataweenki bezeichnen konnten. Ein Student deutete auf die Limonade bei den Getränken und fragte: „taaniši iilweenki Lemonade?“ (Wie sagt man zu Limonade?). Und schon begann die Gruppe, sich Gedanken zu machen.

„Um ein neues Wort in Myaamiaataweenki zu kreieren, muss man manchmal tagelang oder sogar wochenlang in den Archiven recherchieren und unsere Verwandten in anderen Stämmen befragen, wie sie etwas benennen. Aber hin und wieder taucht in einem Moment ein neues Wort auf, das sich für alle sofort richtig anfühlt“, sagt George Ironstrack und ergötzt, „und das auch unser Linguistikteam für gut

befindet". Bei der Limonade sah das so aus: Die Jugendlichen begannen mit den Elementen der Sprache zu spielen, die sie kannten. Sie kamen auf oonsaawimini für Zitrone (wörtlich „gelbe Beere“) und fügten eine Endung hinzu, die „trinken“ oder „Saft“ bedeutet, um das Wort „Limonade“ zu bilden. Das neue Wort „oonsaawiminaapowi“ wurde von den Älteren anerkannt.

Klein wie die Community ist, kann man sich innerhalb weniger Wochen gütlich auf neue Sprachregelungen einigen. Laut dem letzten US-Zensus aus dem Jahr 2000 lebten in Ohio und in Kansas je rund 550 Myaamiaki, in Oklahoma rund 600. Die Gesamtzahl der Myaamiaki in den Vereinigten Staaten belief sich auf 3.811 Personen. Immerhin, meint George Ironstrack: Wer heute an der Miami University einen Abschluss ablegt, „graduiert mit einem tieferen Verständnis darüber, was es bedeutet, sagen zu können 'niila myaamia', 'I am a Miami'“.

Hier finden Sie den Artikel mit Bildmaterial:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/vereinigte-staaten-von-amerika-indigene-miami-weiterentwicklung-der-sprache-myaamiaataweenki-limonade-heisst-jetzt-oonsaawiminaapowi>

Mit freundlicher Genehmigung der Übernahme aus dem Amnesty-Journal von Tanja Dückers, Autorin und Journalistin.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International wieder.

SITUATION INDIGENER IN LATEINAMERIKA

BRIEFING DER THEMENKOORDINATIONSGRUPPE MENSCHENRECHTE UND INDIGENE VÖLKER

1. In vielen Staaten Lateinamerikas werden die in der **UNDRIP** verankerten Rechte indigener Völker auf „**freie, vorherige, informierte Zustimmung**“ und **Selbstbestimmung** zu Energie- und Bergbauprojekten, Abholzung usw. auf ihrem angestammten Land massiv verletzt. Bei Protesten gegen diese Menschenrechtsverletzungen kommt es in Ländern wie Kolumbien, Guatemala, Brasilien, Honduras, Peru, Mexiko immer wieder zu Verhaftungen, Ermordungen, Gewalt, Vertreibungen aber auch zu Umweltkatastrophen mit verheerenden Folgen für die Gemeinden. Vielfach handelt sich um Projekte, die von der jeweiligen Regierung genehmigt wurden und u. a. von ausländischen Firmen/Konzernen unter Beteiligung europäischer und nordamerikanischer Banken durchgeführt bzw. finanziert werden.
2. Bei der im Dezember 2022 durchgeführten **Artenvielfaltkonferenz** in Montreal haben es die Staaten versäumt, den immensen Beitrag indigener Völker zur Erhaltung der biologischen Vielfalt anzuerkennen, wodurch sie einem erhöhten Risiko von Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind, so Chris Chapman, Researcher von Amnesty International. So geht die verabschiedete Ausweitung von Naturschutzgebieten (30 % Plan) auch in Ländern Lateinamerikas mit massiven Repressionen und Beschränkungen der Rechte indigener Völker einher, und es kommt zu Vertreibungen, Hunger und Menschenrechtsverletzungen. Meist haben indigene Völker keine Landrechte, keine Mitspracherechte beim Management der Naturschutzgebiete, und sie werden schlecht oder gar nicht für Ihre Naturschutzleistungen entlohnt – und dies, obwohl sie die kenntnisreichsten Naturschützer*innen sind.

Zusammen mit anderen NGOs hat Amnesty International u. a.

- die Anerkennung und den Schutz ihrer kollektiven und gewohnheitsmäßigen Landrechte, ihrer Ressourcen, ihre Selbstbestimmung und die „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ bei Ressourcenprojekten auf dem Land,
 - den Schutz vor Zwangsräumungen und einen angemessenen Lebensstandard,
 - die Gewährleistung eines angemessenen Schutzes aller bedrohten Arten und Ökosysteme und nicht bloß eine Vergrößerung der Naturschutzgebiete.
 - eine angemessene Bekämpfung der zugrundeliegenden Ursachen für den Verlust der biologischen Vielfalt
- gefordert.

3. **Der Handel mit CO₂-Zertifikaten**, damit sich umweltverschmutzende Unternehmen als klimaneutral verkaufen können. Eine Untersuchung der Initiative „Rechte und Ressourcen“ und der McGill Universität hat ergeben, dass sich die meisten der Gebiete, die für den CO₂-Ausgleich geeignet sind, mit solchen Gebieten decken, die von indigenen Völkern und ländlichen Kommunen bewohnt sind. Es wird geschätzt, dass sich in diesen Gebieten mehr als 300 Milliarden Tonnen CO₂ befinden. Dennoch haben indigene Völker nur die Rechte an ca. 10 % ihrer Wälder und noch weniger an CO₂-Rechten.

Seit mehr als einer Dekade verkauft z. B. die peruanische Regierung CO₂-Zertifikate aus Waldschutzgebieten des Cordillera-Azul-Nationalparks, einem Gebiet, in welchem das Volk der Quechua lebt. Die Verkäufe gingen an Unternehmen wie z. B. Ben & Jerry's, Shell oder British Airways, ohne dass man die Gemeinden gefragt, beteiligt oder entschädigt hätte. Im Waldgebiet Alto Mayo kam es zu Bedrohungen und Vertreibungen Indigener aus ihren Häusern. Dieses Schutzgebiet ist auch als Vorzeigeprojekt bekannt. Inzwischen haben einige Gemeinden Klagen beim peruanischen Staat eingereicht und fordern Entschädigung und die Anerkennung ihrer CO₂-Rechte.

„Die Zeit“ und der „Guardian“ veröffentlichten im Januar 2023 einen ausführlichen Bericht über den skandalösen globalen Handel mit CO₂-Zertifikaten, die auch viele europäische Firmen und Konzerne nutzen, um sich als klimaneutral verkaufen zu können.

Marianne Kersten

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

MEXIKO

AMNESTY JOURNAL, 31. MAI 2023

DAS VERMÄCHTNIS VON DOÑA HERMINIA

ZWEI SCHWESTERN MACHEN SICH FÜR DAS NAHUA-ERBE DER INDIGENEN BEVÖLKERUNG MEXIKOS STARK. MIT EINEM COMIC ÜBER EINE VOLKSHELDIN AUS MILPA ALTA.

Von Cornelia Wegerhoff

„Es gibt Neuigkeiten!“ Die beiden Schwestern strahlen. Die ältere, Alejandra Retana Betancourt hält in Mexiko das erste gedruckte Exemplar ihres Comics vor die Kamera. „Heute wurden die Kisten mit 600 Büchern geliefert“, berichtet die 29-Jährige stolz im Videogespräch. „Es fühlt sich gut an“, sagt die Autorin, während sie durch die 40 Seiten blättert. Als wir uns im Sommer 2022 bei einem Kulturfestival in Berlin kennenlernten, gab es nur Fotokopien des Buchs. Auch ihre drei Jahre jüngere Schwester María José ist zufrieden. Sie ist die Zeichnerin, prüft die Farbqualität des Drucks. Fast der gesamte Comic ist in verschiedenen Grüntönen gestaltet.

Gleich auf der ersten Seite der Geschichte ragt der erloschene Vulkan Teuhtli in die Höhe. Im Tal schwebt noch ein weißer Nebelschleier über den Feldern. Die Hauptfigur Doña Herminia hält kurz inne und blickt auf die vertraute Landschaft. Mit der Hand stützt sie sich an einem dicken Baumstamm ab. Ihr zu langen Zöpfen geflochtenes Haar ist schlohweiß, ihr Rücken gebeugt. Trotzdem ist die alte Frau auf dem Weg durch den dichten Wald wie immer vorangeschritten. „Keine Feuerspuren“, geben ihre Begleiter*innen Entwarnung. „Keine Spuren von Holzfällern.“ Es scheint alles in Ordnung zu sein. Der Urwald ist unberührt, zumindest hier.

EINE WAHRE GESCHICHTE

Mit dieser Szene beginnt der Comic „El corazón de la neblina“, zu Deutsch „Das Herz des Morgennebels“. Es ist eine wahre Geschichte. Als die milchig weiße Sonnenscheibe den Nebelschleier auflöst, ist in der Story bereits klar, dass die Welt von Doña Herminia schon lange nicht mehr in Ordnung ist. In Milpa Alta ist nicht nur der Wald bedroht, sondern auch das kulturelle Erbe.

Milpa Alta ist ein Bezirk im äußersten Südosten von Mexiko-Stadt. Für Fremde mutet es seltsam an, dass diese ländliche Gegend mit ihren endlos langen Reihen Nopal-Kakteen und Maisfeldern zu einer der größten Metropolen weltweit gehören soll. Etwa 22 Millionen Menschen leben in der mexikanischen Hauptstadt, auch die beiden Schwestern, die Ale und Pepe genannt werden. „Milpa Alta zählt tatsächlich zur City. Aber hier wohnen nur um die 130.000 Leute. Und der Bezirk ist riesig“, erklärt Ale. Der Alltag sei ganz anders als in der lauten, überfüllten Stadt, ergänzt Pepe. Wegen der vielen Wälder, dem Ackerland und den Weideflächen wurde der Bezirk offiziell zur Schutzzone erklärt. Für diesen Sonderstatus und für das indigene Erbe von Milpa Alta machen sich die Schwestern stark. Doña Herminias Geschichte soll der Community helfen, „sich darauf zu besinnen, warum es wichtig ist, dieses angestammte Land und unser Nahua-Erbe zu schützen.“

HEIMKEHR ZU DEN WURZELN

Die Nahua sind die größte indigene Volksgruppe in Mexiko. Doña Herminia Gutiérrez Valencia (1922–2008) war eine wichtige Protagonistin im Kampf gegen die Enteignung des Nahua-Erbes und den illegalen Holzschlag in Milpa Alta – eine Volksheldin, nicht nur im Comic. Für die biografischen Details recherchierten Ale und Pepe in Regionalchroniken und historischen Dokumenten, sichtetten alte Fotografien, sprachen mit Zeitzeug*innen und immer wieder mit ihrem Vater Jorge Retana, der aus Milpa Alta stammt.

Seine Töchter sind hingegen im Norden Mexikos aufgewachsen, nahe der Grenze zu den USA. „Trockene Wüste, der Gegensatz könnte nicht größer sein“, sagt Ale. Zusammen mit den Eltern und zwei weiteren Geschwistern haben sie in den Ferien gern die zehn- bis zwölfstündige Autofahrt auf sich genommen, um die väterliche Verwandtschaft zu besuchen. Die grüne Umgebung, die Nähe der Menschen in den „Pueblos“, den beschaulichen Ortschaften, tat ihnen gut, wie sie erzählen. Ihr Onkel brachte ihnen die ersten Worte Nahuatl bei, die Sprache, die schon zur Zeit der Azteken gesprochen wurde und jetzt allmählich zu verschwinden droht. Als Ale 2012 in Mexiko-Stadt ihr Literaturwissenschaftsstudium begann, war sie immer öfter in Milpa Alta zu Besuch. Pepe, die Bildende Kunst studiert hat, zog 2016 zusammen mit ihrem Vater dorthin. Während der Corona-Pandemie kam auch Ale dazu. Die Schwestern empfinden es als „Heimkehr“ zu den Wurzeln, als Ankommen in ihrer eigenen indigenen Identität.

Als Autorin konzentriert sich Ale inzwischen auf Geschichten über den Widerstand: „Mexiko befindet sich aufgrund der Drogengewalt in einer Menschenrechtskrise. Ich schreibe, wie sich die Menschen gegen diese und andere Formen der Gewalt zur Wehr setzen.“ Ihre Schwester entwickelt unterdessen audiovisuelle Inhalte über mündliche Traditionen, altes Wissen und Bräuche in Milpa Alta. Comics seien eine beliebte Kunstform in Mexiko, berichtet die Künstlerin. Als japanische Mangas populär wurden, habe das auch die mexikanische Kulturszene inspiriert. Aber ihr „Morgennebel“-Comic sei nicht mexikanisch, sondern Teil der Nahua-Kultur, betont die Künstlerin. So finden sich in den Zeichnungen besondere Blumen, die nach altem Glauben „Worte zu heiligen Worten machen“.

INDIGENES NETZWERK

Auslöser des gemeinsamen Projekts der Schwestern war ein Aufruf des Goethe-Instituts, das 2020/21 Künstlerinnen aus dem globalen Süden einlud, Comics aus indigener feministischer Perspektive zu entwickeln. 218 Bewerbungen aus 42 Ländern gingen ein. „Morgennebel“ wurde für die Online-Präsentation ausgewählt und kann auch in der englischen Version auf der Goethe-Website heruntergeladen werden. Die Autorinnen aus Mexiko wurden zu internationalen Workshops mit anderen indigenen Kulturschaffenden eingeladen. Ein Netzwerk entstand. Die indigenen Gemeinschaften weltweit stünden alle vor ähnlichen Herausforderungen, sagt Ale. Sie könnten viel voneinander lernen.

„Sie fällen unsere Bäume, ermorden unsere Leute. Sie wollen uns alles nehmen.“

Doña Herminia

Auch Doña Herminia hat einst viele Menschen hinter sich versammelt und die indigene Identität dadurch wiederbelebt. In den 1970er und 1980er Jahren war die Witwe und alleinerziehende Mutter eine der wenigen Frauen, die die sogenannte "Comunero"-Bewegung in Milpa Alta anführte. Aber wie schon ihre Vorfahren zurzeit der spanischen Eroberung mussten Doña Herminia und ihre Nachbar*innen immer wieder um ihren Besitz fürchten. Ein Holzfabrikant ließ ohne Genehmigung ihre Wälder abholzen und schreckte auch nicht vor Gewalttaten zurück, wenn es Proteste gab. „Sie fällen unsere Bäume, schlagen und ermorden unsere Leute. Sie wollen uns alles nehmen“, ruft Doña Herminia im Comic eines Tages voller Wut ihren Mitstreitenden zu. Die Politik half nicht, war korrupt. Rechtliche Schritte gegen die illegale Ausbeutung des Gemeinschaftsforstes scheiterten.

Doña Herminia ließ sich 1980 zur Vertreterin von San Lorenzo Tlacoyucan wählen, einem der zwölf „Pueblos“ von Milpa Alta. Sie wurde verleumdet und bedroht. Es gelang ihr schließlich, weitere Enteignungen und den Kahlschlag der Wälder abzuwenden – mithilfe eines Dokuments aus dem 16. Jahrhundert. Darin hatte der Gesandte des spanischen Königs persönlich den Momoxcas, den Vorfahren der Bewohner*innen Milpa Altas, ihr Land offiziell zugesichert – für immer. Probleme blieben dennoch, bis zu ihrem Tod mit 86 Jahren blieb Doña Herminia deshalb Ortsvertreterin.

INS KOLLEKTIVE GEDÄCHTNIS ZURÜCKHOLEN

Auch heute muss die indigene Bevölkerung um ihre Rechte kämpfen, sagen die Comic-Künstlerinnen Ale und Pepe. Ihr Eigentumstitel wurde immer noch nicht amtlich registriert, weiter werde in Milpa Alta Wald illegal gerodet, würden große Bauprojekte ohne Bürgerbeteiligung geplant – dem Schutzstatus zum Trotz. Die Erfolgsgeschichte von Doña Herminia müsse deshalb ins kollektive Gedächtnis zurückgeholt werden.

Das mexikanische Kulturministerium hilft jetzt dabei. Nachdem Alejandra und María José Retana Betancourt durch das Projekt des Goethe-Instituts im Ausland immer wieder lobend erwähnt wurden, wuchs auch die Anerkennung im eigenen Land. Das Kulturministerium ließ den Comic drucken. Er soll an Gemeindebibliotheken und Kulturzentren verteilt werden und auch auf Nahuatl erscheinen. Zusätzlich wurde eine Workshop-Reihe mit Ale und Pepe in Milpa Alta organisiert. „Helfen Sie mit, Doña Herminias Vermächtnis zu erhalten“, schrieb eine Frau anschließend auf ein Plakat. Eine Textilkünstlerin nähte grüne Banner und Halstücher. Darauf sind Comic-Szenen zu sehen und immer wieder das Porträt von Doña Herminia mit ihren weißen Zöpfen. Am 8. März 2023, dem internationalen Frauentag, trugen die Einwohnerinnen von Milpa Alta sie bei einem Protestmarsch durch die Straßen. Dank des Comics ist die Heldin zurückgekehrt, als Symbolfigur für den Kampf um das indigene Erbe.

Hier finden Sie den Artikel mit Bildmaterial:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/mexiko-indigene-nahua-comic-milpa-alta-das-vermaechtnis-von-dona-herminia-rezension-das-herz-des-morgennebels>

Mit freundlicher Genehmigung der Übernahme aus dem Amnesty-Journal von Cornelia Wegerhoff, freie Journalistin.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International wieder.

KOLUMBIEN

PETITION SURVIVAL INTERNATIONAL

DIE NUKAK WOLLEN IN IHR ANGESTAMMTES LAND ZURÜCKKEHREN UND BRAUCHEN DEINE UNTERSTÜTZUNG!

Die Nukak, die als „Sammler*innen und Jäger*innen“ in Kolumbien leben und erst seit den späten 1980er Jahren regelmäßig Kontakt zu Außenstehenden haben, wurden aus ihrem Zuhause im Regenwald vertrieben. Sie wollen unbedingt zurückkehren.

Mehrere bewaffnete Gruppen befinden sich auf ihrem Land und zerstören es. Dazu gehören Eindringlinge, die den Wald der Nukak zum Anbau von Koka für den Kokainhandel nutzen, und Viehzüchtende, die große Gebiete abgeholzt haben. Als ob das nicht schon genug wäre, ist ein großer Teil ihres Gebiets vermint.

Diese Invasion ihres Waldes hat die meisten Nukak aus ihrem angestammten Gebiet vertrieben. Sie leben unter katastrophalen Bedingungen in den Randgebieten der nahegelegenen Städte, wo eine Kombination aus Unterernährung und Krankheiten wie Malaria etwa die Hälfte ihres Volkes getötet hat. Viele junge Nukak sind Opfer sexueller Ausbeutung geworden, und Drogenabhängigkeit ist ein zunehmendes Problem.

Die Nukak wollen zurück auf ihr Land, damit sie und ihre Kinder eine Zukunft haben – aber angesichts der Gefahren braucht es dafür die Unterstützung der Behörden. Je mehr Entscheidungsträger*innen sehen, dass die Welt ihr Treiben beobachtet, desto größer sind die Chancen, dass diese schreckliche Ungerechtigkeit aufhört.

Bitte werde jetzt für die Nukak aktiv:

[https://handeln.survivalinternational.de/page/123447/action/1?ea.tracking.id=AdvocacyEmail&utm_medium=email&utm_source=engagingnetworks&utm_campaign=utm_campaign&utm_content=230302+Urgent+Action+email+\(Nukak+land+back\)+-DE&ea.url.id=6302484&forwarded=true](https://handeln.survivalinternational.de/page/123447/action/1?ea.tracking.id=AdvocacyEmail&utm_medium=email&utm_source=engagingnetworks&utm_campaign=utm_campaign&utm_content=230302+Urgent+Action+email+(Nukak+land+back)+-DE&ea.url.id=6302484&forwarded=true)

DIE NUKAK – EIN JÄGER*INNEN- UND SAMMLER*INNEN-VOLK IN KOLUMBIEN – WOLLEN UNBEDINGT AUF IHR ANGESTAMMTES LAND ZURÜCKKEHREN.

Während des kolumbianischen Bürgerkriegs sind viele Nukak aus ihrem Regenwald geflohen, um der Gewalt und dem Landraub zu entkommen. Seit dem ersten regulären Kontakt in den 80er Jahren sind mehr als die Hälfte der Nukak umgekommen. Sie sind eines von mindestens 65 indigenen Völkern in Kolumbien, die heute am Rande der Auslöschung stehen.

Das Land der Nukak wird noch immer gewaltsam besetzt – sowohl von Guerilla-Brigaden, die es ablehnen, sich dem kolumbianischen Friedensprozess anzuschließen, als auch von anderen Eindringlingen, die den Wald der Nukak abholzen, um Koka für den Drogenhandel anzubauen. Als ob das nicht schon genug wäre, ist ein Großteil ihres Gebiets mit Tretminen übersät.

Die Invasion ihres Waldes hat die meisten Nukak aus diesem Gebiet vertrieben. Sie leben unter katastrophalen Bedingungen am Rande der umliegenden Städte, wo eine Mischung aus Unterernährung und Krankheiten wie Malaria etwa die Hälfte ihres Volkes getötet hat. Viele junge Nukak sind Opfer sexueller Ausbeutung geworden, und die Drogenabhängigkeit ist ein zunehmendes Problem.

Die Nukak wollen in ihr Gebiet zurückkehren und dort in Würde leben, wie es ihr Recht ist – aber angesichts der Gefahren brauchen sie dazu die Unterstützung der Behörden. In Kolumbien gibt es eine neue Regierung, was eine große Chance für Veränderungen bietet. Je mehr die Machthabenden sehen, dass die Welt die Behandlung der Nukak genau beobachtet, desto größer sind die Chancen, dass diese schreckliche Ungerechtigkeit beendet werden kann.

UPDATE ZUR NUKAK-EILAKTION

Hallo,

vielen Dank, dass du dich vor kurzem für die Landrechte der Nukak eingesetzt hast.

Möglicherweise hast du eine Antwort vom kolumbianischen Innenministerium erhalten, nachdem du unsere E-Mail-Aktion für die Nukak verschickt hast. Wenn ja, kannst du den Anhang ohne Bedenken öffnen: Es handelt sich um eine PDF-Datei, die auf die Nachrichten antwortet, die Tausende von Survival-Unterstützer*innen wie du in den letzten Wochen geschickt haben.

Die Antwort enthält einige ermutigende Punkte. So heißt es zum Beispiel, **dass die Regierung dem Fall der Nukak Priorität einräumt und sich mit der humanitären Krise befasst, die sie betrifft (eine direkte Folge des Kontakts, nachdem sie aus ihrem Gebiet fliehen mussten).** Dies ist eine positive Entwicklung, und wir werden weiterhin Druck auf die kolumbianische Regierung ausüben, um sicherzustellen, dass sie ihr Versprechen einhält.

Die Antwort des Innenministeriums enthält jedoch auch einen sehr besorgniserregenden Punkt: Die Regierung will die Siedler*innen, die sich im Gebiet der Nukak niedergelassen haben, nicht umsiedeln, sondern sie will prüfen, wie die beiden Gruppen „koexistieren“ können. Dies zeigt ein ernsthaftes Missverständnis der Notlage der Nukak und ist für das indigene Volk völlig inakzeptabel. Es würde die Indigenen vielmehr dazu verdammen, weiterhin am Rande der nahe gelegenen Städte unter unerträglichen Bedingungen zu leben.

Die Nukak kämpfen seit mehr als 30 Jahren für die Rückkehr in ihr Gebiet, damit sie wieder als selbstbestimmtes Volk leben können. Das wird nur möglich sein, wenn die Behörden Maßnahmen ergreifen, um die vielen Eindringlinge aus ihrem Gebiet auszuweisen und den Nukak sicheren Zugang zu ihrem Land zu garantieren.

Wir werden weiterhin Druck auf die kolumbianische Regierung ausüben, um sicherzustellen, dass die Nukak ohne Gefahr in ihr angestammtes Zuhause zurückkehren können – wie es ihr Recht ist. Falls du der kolumbianischen Regierung noch einmal persönlich antworten möchtest, bitten wir dich, deine Unterstützung für die Rückkehr der Nukak in ihr Gebiet erneut zu betonen.

Nochmals vielen Dank, dass du dich auf die Seite der Nukak stellst.

BITTE UNTERSTÜTZE DIE KAMPAGNE WEITERHIN, INDEM DU DIE EILAKTION MIT DEINEN FREUND*INNEN PER E-MAIL UND/ODER IN DEN SOZIALEN MEDIEN TEILST.

Herzliche Grüße

Sara Mediavilla
Sprecherin der Nukak-Kampagne
Survival International

Mit freundlicher Genehmigung von Survival International

ECUADOR

URGENT ACTION

DIFFAMIERUNG EINES MENSCHENRECHTLERS

UA-047/2023 – AI-Index: AMR 28/6732/2023 – 28. April 2023 – mr

PABLO FAJARDO MENDOZA, Anwalt der UDAPT

Am 26. April beschuldigte der ecuadorianische Minister für Energie und Bergbau den Anwalt Pablo Fajardo Mendoza, ein „internationaler Krimineller“ zu sein, weil er die Menschenrechte, vor allem der indigenen Gemeinschaften, gegen die Auswirkungen der Ölkonzern-Aktivitäten im ecuadorianischen Amazonasgebiet verteidigt. Pablo Fajardo vertritt Betroffene, die sich in der Unión de Afectados por Texaco (UDAPT) organisieren. Entgegen seiner Verpflichtung, ein sicheres Umfeld für die Verteidigung der Menschenrechte zu garantieren, diffamieren und stigmatisieren Vertreter*innen der ecuadorianischen Behörden nach wie vor Menschenrechtsverteidiger*innen, insbesondere diejenigen, die sich gegen die Auswirkungen der Aktivitäten der Ölindustrie und für Klimagerechtigkeit einsetzen.

Pablo Fajardo Mendoza, Anwalt der Organisation Union de Afectados por Texaco (UDAPT, übersetzt etwa: Vereinigung der von Texacos Aktivitäten betroffenen Menschen), wurde von einem hohen Vertreter der ecuadorianischen Regierung aufgrund seiner Arbeit zum Schutz der Menschenrechte und der Klimagerechtigkeit diffamiert.

Der Rechtsanwalt und Aktivist ist seit 1993 an Gerichtsverfahren gegen die sozio-ökologischen Auswirkungen der Ölförderung in Lago Agrio in der Provinz Sucumbíos im Amazonastiefland im Norden Ecuadors beteiligt. In diesem Zusammenhang vertritt er indigene und bäuerliche Sprecher*innen und mehr als 33.000 Menschen, die in der UDAPT organisiert sind. Wegen dieser Tätigkeit war Pablo Fajardo bereits wiederholt Ziel von Drohungen und Einschüchterungen.

Bereits am 23. Januar 2023 hatte der Energie- und Bergbauminister in einem Interview mit dem Online-magazin „La Barra Espaciadora“ erklärt, dass Pablo Fajardos Einsatz für die Rechte der amazonischen Gemeinschaften gegenüber der Ölindustrie „Ecuador in ein sehr schlechtes Licht gerückt hat“. Am 26. April 2023 nun diffamierte dieser Minister Pablo Fajardo und seine Arbeit vor dem Ausschuss für kollektive, gemeinschaftliche und interkulturelle Rechte der ecuadorianischen Nationalversammlung, indem er ihn als „internationalen Kriminellen“ bezeichnete.

Stigmatisierende Äußerungen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen können die ihnen gegenüber herrschende Feindseligkeit und Intoleranz in Teilen der Bevölkerung verstärken, wodurch ihr Leben und ihre Unversehrtheit gefährdet werden können. Im Fall von Pablo Fajardo und Mitgliedern der UDAPT war dies bereits in der Vergangenheit ein Thema.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im Jahr 2005 erließ die Interamerikanische Menschenrechtskommission Schutzmaßnahmen für Pablo Farjado Mendoza und sein Prozessteam. Außerdem wurde er von Amazon Watch als „gefährdete Person“ eingestuft.

Am 26. April 2023 beschuldigte der ecuadorianische Minister für Energie und Bergbau den Menschenrechtsverteidiger Pablo Fajardo Mendoza, ein „internationaler Krimineller“ zu sein, weil er mehrere Gerichtsverfahren gegen internationale Ölkonzerne im ecuadorianischen Amazonasgebiet geleitet hatte. Der Minister erhob diese Anschuldigungen während seines Auftritts bei der 184. Sitzung des Ausschusses für kollektive, gemeinschaftliche und interkulturelle Rechte der ecuadorianischen Nationalversammlung. Zuvor hatte der Minister in einem Interview mit der Zeitschrift „La Barra Espaciadora“ Äußerungen in der Absicht getätigt, die von Pablo Fajardo Mendoza geleistete Arbeit zur rechtlichen Durchsetzbarkeit der Menschenrechte zu diskreditieren.

Pablo Fajardo Mendoza wird wegen seiner Arbeit zur Verteidigung der Gemeinschaften im Amazonasgebiet sowie für seine juristische Arbeit gegen die von der Ölindustrie in Ecuador verursachten Menschenrechtsverletzungen - ein grundlegender Aspekt der Klimagerechtigkeit - stigmatisiert.

Der Staat muss den Schutz von Pablo Fajardo und anderen Mitgliedern des strategischen Prozessführungskollektivs Unión de Afectados por Texaco (UDAPT) gewährleisten und der Stigmatisierung ihrer Aktionen zur Verteidigung der Rechte der von der Ölförderung betroffenen Gemeinden ein Ende setzen.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Wir fordern Ihre Regierung auf, auf Äußerungen zu verzichten, die Pablo Fajardo und die Mitglieder der UDAPT stigmatisieren, beleidigen oder diskreditieren, und stattdessen ihre Sicherheit zu gewährleisten.
- Wir fordern Sie außerdem höflich auf, dafür zu sorgen, dass Menschenrechtsverteidiger*innen ihre Arbeit in einem sicheren Umfeld ausüben können, und öffentlich anzuerkennen, dass diejenigen, die sich in Ecuador für die Menschenrechte und die Umwelt einsetzen, von großer Bedeutung sind und mit ihrem Einsatz einen Beitrag zur Bekämpfung der derzeitigen globalen Klimakrise leisten.

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN:

PRÄSIDENT

Guillermo Lasso
Presidente de Ecuador,
Palacio de Gobierno, García Moreno N10-43 entre
Chile y Espejo
170401 Quito
ECUADOR
(Anrede: President Lasso / Sehr geehrter Herr Präsident)
E-Mail: atencionciudadana@presidencia.gob.ec oder
pozof@presidencia.gob.ec

KOPIEN AN:**BOTSCHAFT DER REPUBLIK ECUADOR**

S.E. Herrn Diego Fernando Morejon Pazmiño

Joachimstaler Straße 12

10719 Berlin

Fax: 030 - 800 969 699**E-Mail: info@ecuadorembassy.de**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **24. Juni 2023** keine Appelle mehr zu verschicken.

Sie können sich aber auch online bis zum 24. Juni 2023 an der Aktion beteiligen. Den Link dazu finden Sie hier:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/ecuador-diffamierung-eines-menschenrechtlers-2023-05-02>

AI-BROSCHÜRE ZU INDIGENEN

Indigene und Menschenrechte – die 16-seitige Amnesty-Broschüre gibt einen kurzen Einblick in das Thema Indigene Völker und Problematik von Landkonflikten. Einige Regierungen haben zwar die Rechte ihrer indigenen Bevölkerung in ihren Verfassungen verankert, trotzdem werden deren Kollektivrechte auf ihr angestammtes Land den wirtschaftlichen Interessen von Konzernen und Staaten untergeordnet. Die Broschüre zeigt Beispiele u. a. aus Brasilien, Bolivien, Ecuador und Indien.



Die Broschüre kann kostenlos bezogen werden bei Barbara Hermanns, Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker:

barbara.hermanns@hamburg.de

PERU

AMNESTY AKTUELL, 25. MAI 2023

TÖDLICHER RASSISMUS: SICHERHEITSKRÄFTE IN PERU TÖTEN DUTZENDE MENSCHEN BEI PROTESTEN

In Peru sind bei Protesten zwischen Dezember 2022 und Februar 2023 nach offiziellen Angaben insgesamt 49 Menschen durch Sicherheitskräfte getötet worden. Viele der getöteten Menschen kamen aus armen, kleinbäuerlichen Verhältnissen oder hatten einen indigenen Hintergrund. Daraus lässt sich auf eine ausgeprägte rassistische und klassistische Voreingenommenheit seitens der peruanischen Behörden schließen. Amnesty International fordert in einem neuen Bericht von der peruanischen Generalstaatsanwaltschaft, Ermittlungen gegen alle Personen einzuleiten, die die unrechtmäßige Anwendung tödlicher Gewalt gegen Demonstrierende angeordnet oder geduldet haben.

Der neue Amnesty-Bericht 'Lethal racism: Extrajudicial executions and unlawful use of force by Peru's security forces' analysiert, wie brutal peruanische Sicherheitskräfte gegen Demonstrierende in den vergangenen Monaten vorgehen. Amnesty hat dabei Informationen und Zeugenaussagen von über 52 Personen ausgewertet, die bei Protesten in den peruanischen Städten Andahuaylas, Chincheros, Ayacucho und Juliaca getötet oder verschleppt wurden.

Darunter befinden sich 25 Todesfälle, von denen 20 möglicherweise außergerichtliche Hinrichtungen durch staatliche Kräfte darstellen. In diesen 20 Fällen schossen Sicherheitskräfte mit scharfer Munition auf besonders gefährdete Körperregionen (Kopf, Hals, Brustkorb und Bauch). Die vorliegenden Belege wie Videos, Bilder, Strafakten und Zeugenaussagen deuten auf eine ungerechtfertigte Anwendung von Gewalt hin. Bei den anderen fünf Todesfällen liegen Amnesty International Hinweise auf eine mögliche unverhältnismäßige Gewaltanwendung vor.

Agnès Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International, sagt: "Der Einsatz tödlicher Schusswaffen gegen Demonstrierende zeigt eine eklatante Missachtung des menschlichen Lebens. Trotz der Bemühungen der Regierung, die Getöteten als Terrorist*innen oder Kriminelle darzustellen, handelte es sich um Demonstrierende, Beobachter*innen oder Zuschauer*innen. Fast alle von ihnen kamen aus armen, kleinbäuerlichen Verhältnissen oder hatten einen indigenen Hintergrund. Das deutet auf eine rassistische und klassistische Voreingenommenheit bei der Anwendung tödlicher Gewalt hin."

Die Zahl der Tötungen, die an mehreren Tagen und an verschiedenen Orten verübt wurden, lässt darauf schließen, dass die staatlichen Stellen bewusst und koordiniert gehandelt haben. Es geht hier also nicht um Einzelfälle, die auf eigenmächtiges Handeln der Beamt*innen zurückzuführen wären. Die peruanischen Behörden müssen die Möglichkeit untersuchen, dass die Verantwortlichen diese Tötungen angeordnet oder zumindest geduldet haben – auch wenn sie dabei in der Befehlskette weit hochgehen müssen."

Anstatt die exzessive Gewaltanwendung zu verurteilen, ermutigten hochrangige Beamt*innen die Sicherheitskräfte noch: Sie lobten deren Vorgehen öffentlich, während sie die Demonstrierenden als "Terroristen" stigmatisierten und bewusst Falschmeldungen verbreiteten.

Von den 25 Todesopfern, deren Fälle Amnesty International dokumentiert hat, waren 15 junge Männer unter 21 Jahren. Viele von ihnen waren Indigene aus in Armut lebenden Familien. Amnesty International erfasste die während der Proteste verzeichneten Todesfälle statistisch: Die Untersuchungsergebnisse lassen auf eine ausgeprägte rassistische Voreingenommenheit seitens der peruanischen Behörden schließen. So wurde eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Todesfällen in Gebieten festgestellt, in denen historisch marginalisierte Bevölkerungsgruppen leben, auch wenn die Proteste dort nicht häufiger oder gewalttätiger waren als in anderen Regionen.

Der Bericht legt außerdem nahe, dass Befehlshaber*innen strafrechtlich mitschuldig sein könnten. So wurde offensichtlich verschleiert, mit welchen Waffen die Tötungen durchgeführt wurden. Die der Generalstaatsanwaltschaft ausgehändigten und Amnesty International zugänglichen Waffenlisten der Polizei und des Militärs enthalten weder Angaben zur verwendeten Munition noch zu den Personen, die bestimmte Waffen abgefeuert haben. In der peruanischen Stadt Juliaca meldeten lediglich zwei Beamte der Direktion für Sondereinsätze (DINOES), dass sie am 9. Januar vier Kugeln des Kalibers 7,62 mit ihren AKM-Gewehren abgefeuert hätten. Dennoch wurden an diesem Tag mindestens 15 Menschen durch tödliche Munition getötet und Dutzende weitere durch Schusswaffen verletzt. Die Polizei vertuschte außerdem die Verwendung von Bleikugeln, obwohl deren Einsatz zahlreiche Tote und Verletzte forderte. Die Verwendung von Bleikugeln sind für Angehörige der Strafverfolgungsbehörden sowohl auf nationaler peruanischer als auch auf internationaler Ebene verboten.

AUFKLÄRUNG GEFORDERT

Trotz der schweren Menschenrechtsverletzungen hat die peruanische Generalstaatsanwaltschaft keine zeitnahen und gründlichen Ermittlungen durchgeführt. Angesichts der drohenden Straflosigkeit fordert Amnesty International die Generalstaatsanwaltschaft auf, umgehend für gründliche und unparteiische Ermittlungen zu sorgen sowie regionale oder internationale Menschenrechtsmechanismen um technische Unterstützung bei den strafrechtlichen Ermittlungen zu bitten. Außerdem muss den Betroffenen der Zugang zu juristischem Beistand gewährt werden.

Die Menschenrechtsorganisation fordert außerdem Präsidentin Dina Boluarte auf, den Einsatz von tödlicher Gewalt und verbotener Munition wie Schrot durch die Sicherheitskräfte als Reaktion auf die Proteste zu verurteilen und zu beenden. Darüber hinaus sollte die peruanische Regierung dringend gegen den strukturellen Rassismus vorgehen, der das Handeln der staatlichen Institutionen durchdringt.

Hier finden Sie den Artikel mit Foto:

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/peru-proteste-sicherheitskraefte-toeten-dutzende-menschen>

Mit der nachfolgenden Petition bittet die kanadische Sektion von Amnesty International um Ihre Unterstützung. Bitte unterschreiben Sie die Petition und helfen Sie uns, die exzessive und tödliche Gewalt von Sicherheitskräften und Polizei an überwiegend Indigenen in Peru zu stoppen.

https://takeaction.amnesty.ca/page/120606/action/1?_ga=2.16479797.2035792415.1685648784-1843043175.1639506282

Weitere Informationen finden Sie in dem neuen englischsprachigen Peru-Bericht. Den Link finden Sie hier:

Amnesty International, „Lethal Racism“, Extrajudicial execution and unlawful use of force by Peru`s security forces, 2023

<https://www.amnesty.de/sites/default/files/2023-05/Amnesty-Bericht-Peru-toedliche-Polizeigewalt-Rassismus-Mai-2023.pdf>

BRASILIEN

ZWEI STRITTIGE GESETZESVORHABEN BEDROHEN DIE RECHTE INDIGENER VÖLKER IN BRASILIEN

Seit dem ersten Januar 2023 ist Luiz Inácio da Silva erneut als brasilianischer Präsident im Amt. Er wollte insbesondere den Schutz von Minderheiten, darunter den der indigenen Völker, zur Sprache bringen und ihre Rechte verteidigen, die während der Amtszeit des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro massiv eingeschränkt waren.

Wie sieht es nun, nach fast einem halben Jahr seiner Amtszeit, aus? Wird er seinem Wahlkampfversprechen im Hinblick auf indigene Völker gerecht?

Derzeit steht die Gesetzesinitiative 490/2007 besonders in der Kritik, die seit den Präsidentschaften von Michel Temer und Jair Bolsonaro eine Bedrohung für die Landrechte vieler indigener Völker darstellt. Mit dieser Gesetzesvorlage soll die sogenannte „Marco Temporal“-These legitimiert werden. Danach können indigene Gemeinschaften keine formale Anerkennung ihres Landes erhalten, wenn sie am 5. Oktober 1988 (Tag der Verabschiedung einer neuen brasilianischen Verfassung) nicht physisch auf ihrem Land anwesend waren bzw. rechtliche Ansprüche geltend gemacht haben. Diese Stichtagsregelung hatte bereits unter Bolsonaro für viel Furore gesorgt, denn viele indigene Gemeinschaften, die vor 1988 aus ihren Gebieten vertrieben worden waren, hatten mit einer solchen Regel ihr Landrecht „verwirkt“¹. Seine Regierung hielt jedoch an dieser Position fest und setzte faktisch alle anhängigen Demarkationsverfahren aus.

Bundestaatsanwält*innen haben wiederholt darauf hingewiesen, dass die Gesetzesinitiative und die daraus resultierenden Praktiken gegen geltendes Recht verstoßen. Der Oberste Gerichtshof von Brasilien prüft derzeit die Rechtmäßigkeit des Stichtags; die Behandlung des Gesetzentwurfs wurde bis zur endgültigen Entscheidung ausgesetzt. Die Wahl eines willkürlichen Stichtags sowie die Weigerung, angestammtes Land anzuerkennen, steht nicht im Einklang mit internationalen Standards. Die UN-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker aus dem Jahr 2007, die Brasilien unterstützt, erkennt das Recht an, dass Staaten traditionelles Land rechtlich anerkennen und schützen müssen einschließlich des Landes, das sie verlassen mussten oder anderweitig verloren haben.² Auch der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat Indigenen zugesagt, dass ihr Landrecht fortbesteht, solange eine „materielle, kulturelle oder spirituelle Verbindung“ mit dem Territorium besteht.

Anlässlich der jährlichen „Acampamento Terra Livre“³ haben sich tausende indigener Gemeinschaften zwischen dem 24. und 28. April in Brasília versammelt.⁴ Sie forderten den Schutz ihrer Rechte, eine Demarkation ihrer Territorien zur Sicherung ihrer Kollektivansprüche sowie die Einrichtung von weiteren

¹ <https://www.dw.com/de/brasilien-vertreibung-indigener-k%C3%B6nnte-rechtm%C3%A4%C3%9Fig-werden/a-59056510>

² https://www.un.org/development/desa/indigenouspeoples/wp-content/uploads/sites/19/2018/11/UNDRIP_E_web.pdf

³ Die „Acampamento Terra Livre“ (Camp freies Land) ist eine Protestveranstaltung indigener Völker, bei der sie sich seit 2004 jedes Jahr in Brasília versammeln und ihre verfassungsmäßigen Rechte einfordern.

⁴ <https://apublica.org/2023/04/atl-termina-com-homologacao-de-territorios-mas-indigenas-querem-mais/>

Schutzgebieten. Die Rechtsunsicherheit bei der Vergabe von Landtiteln macht indigene Gemeinschaften weiterhin ganz besonders für Übergriffe durch kriminelle Netzwerke anfällig, wie die des illegalen Bergbaus, Holzeinschlags oder Landraubs. Zwischen 2018 und 2021 haben Landnahmen und andere Übergriffe um 180 Prozent zugenommen, so der gemeinnützige „Indigenist Missionary Council“, u. a. befeuert durch die feindseligen Rhetoriken und Handlungen der Regierung Bolsonaros.⁵ Aber auch unter Lula hat die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes 2023 in den ersten drei Monaten massiv zugenommen.⁶

Demgegenüber hoffen indigene Gemeinschaften und Organisationen, die sich an ihrer Seite für die Achtung indigener Rechte einsetzen, dass die Regierung Lulas ihr Versprechen einlöst, sich an ihre Seite stellt und Indigenen ihren Schutz im Einklang mit der Verfassung und internationalen Standards garantiert. Lulas Worte werden sich an seinen Taten messen lassen. Der neue Generalstaatsanwalt sollte unverzüglich eine Stellungnahme an das Oberste Gericht adressieren, in der er die Stichtagsregelung ablehnt und die Rechte der Indigenen wahrt, so Human Rights Watch.⁷

Präsident Lula ist derzeit im Begriff, ein Gesetz aus der Regierungszeit Bolsonaros über den Bergbau auf indigenem Land zu verhindern. Er forderte auf Anfrage der indigenen Organisation APIB (Articulação dos Povos Indígenas do Brasil) den Nationalkongress auf, den Gesetzesentwurf PL-191 auszusetzen, der Bergbau in indigenen Gebieten genehmigen würde.⁸ Sonia Guajajara, Ministerin für indigene Völker, ist optimistisch, dass der Nationalkongress Lulas Bitte im Sinne der Umwelt, der Achtung der Menschenrechte und des besonderen Schutzes der indigenen Lebensweise nachkommen wird.⁹ Zuletzt wird es hier an dem Präsidenten des Repräsentantenhauses, Arthur Lira, liegen, ob Lulas Antrag stattgegeben wird. Dieser wird allerdings als Verbündeter Bolsonaros und als Befürworter der strittigen „Marco Temporal“-These bekannt, von einer konservativen Mehrheit im Parlament gestützt.¹⁰ Es bleibt abzuwarten und zu hoffen, dass sich die Proteste während des „Acampamento Terra Livre“ auszahlen werden. Die sechs neu ausgewiesenen Schutzgebiete für Indigene stimmen zumindest optimistischer, denn nach mehr als vier Jahren hat Lula erstmalig per Dekret neue indigene Gebiete genehmigt.¹¹ Einfach wird die von Lula versprochene Kehrtwende allerdings nicht werden.

UPDATE:

Wie der Spiegel am 1. Juni 2023¹² berichtete, hat das brasilianische Unterhaus nur 24 Stunden nach der Zustimmung zum Gesetzentwurf 490/2007¹³ auch die Befugnisse der Ministerien für Indigene und Umwelt eingeschränkt. Danach soll die Zuständigkeit für die Zuteilung neuer indigener Schutzgebiete an das Justizministerium zurückgegeben werden. Das Umweltministerium würde so die Aufsicht über die Registrierung der ländlichen Flächennutzung verlieren und damit auch ein wichtiges Werkzeug im Kampf gegen die illegale Abholzung.

Anna Verena Märker

Themenkordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

⁵ <https://www.hrw.org/news/2023/04/12/brazil-recognize-indigenous-land-rights>

⁶ <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/brasilien-free-land-camp-100.html>

⁷ <https://www.hrw.org/news/2023/04/12/brazil-recognize-indigenous-land-rights>

⁸ <https://amerika21.de/2023/04/263342/lula-verbot-bergbau-auf-indigenem-land>

⁹ ebd.

¹⁰ <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/brasilien-lula-regenwald-klima-101.html>

¹¹ <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/brasilien-schutzgebiete-indigene-100.html>

¹² https://www.spiegel.de/ausland/brasilien-parlament-schraenkt-befugnisse-des-ministeriums-fuer-indigene-und-umwelt-ein-a-cadbf983-94f5-4571-a9c2-615dc8e767b0?sara_ref=re-em-em-sh

¹³ Der Gesetzentwurf 490/2007 wird inzwischen vom Senat als Gesetzentwurf 2903/2023 geprüft.

URGENT ACTION

GESETZ BEDROHT INDIGENENRECHTE

UA-Nr: UA-057/2023 AI-Index: AMR 19/6857/2023 Datum: 5. Juni 2023 – ar

Indigene in Brasilien

Das brasilianische Parlament stimmte am 30. Mai dem Gesetzentwurf 2903/2023 zu, der nun in den kommenden Tagen im Senat debattiert wird. Das Gesetz würde die Ausweisung indigener Territorien begrenzen und die „Marco Temporal“-These legitimieren, nach der indigene Gemeinschaften nur dann Anspruch auf die Demarkierung ihrer Gebiete haben, wenn sich diese bereits bei der Verkündung der Verfassung im Jahr 1988 in ihrem Besitz befanden. Das Gesetzesprojekt beeinträchtigt die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen und zementiert die systemischen Menschenrechtsverletzungen, denen Indigene in Brasilien ausgesetzt sind. Amnesty International appelliert daher an den Senat, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Das brasilianische Parlament hat dem Gesetzentwurf 2903/2023 zugestimmt, mit dem das Indigenenstatut (Estatuto do Índio) reformiert werden soll, was u. a. eine Änderung der verfassungsrechtlich festgeschriebenen Demarkationsregeln für indigene Territorien nach sich ziehen würde. Das Gesetzesprojekt würde die „Marco Temporal“-These legitimieren, nach der indigene Gemeinschaften nur dann Anspruch auf die Demarkierung ihrer Gebiete haben, wenn sich diese bereits bei der Verkündung der Verfassung im Jahr 1988 in ihrem Besitz befanden.

Der Gesetzentwurf 2903/2023 bedroht die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen, insbesondere bezüglich Selbstbestimmung und angestammter Territorien. Die „Marco Temporal“-These, bei der es um den zeitlichen Rahmen der Gebietszuteilungen an Indigene geht, lässt außer Acht, dass indigene Gemeinschaften in Brasilien seit Jahrzehnten unter systemischen Menschenrechtsverletzungen leiden und kontinuierlich – auch schon vor 1988 – von ihrem Land vertrieben worden sind. Dies geschieht z. B. zum Zweck der Energieerzeugung, des illegalen Goldabbaus und des Straßenbaus durch Akteure wie die Regierung, Rancher*innen, landwirtschaftliche Konzerne und Goldschürfer*innen.

In Brasilien steht derzeit bei 285 Gebieten die Demarkierung aus, also ihre endgültige Anerkennung als indigenes Gebiet. Dies trägt dazu bei, dass Tausende Gemeinschaften nach wie vor gewaltsamen Landkonflikten ausgesetzt sind, bei denen laut der Indigenenrechtsorganisation CIMI (Conselho Indigenista Missionário) allein im Jahr 2022 insgesamt 176 Menschen getötet wurden.

Im Rahmen des Gesetzesvorhabens könnten zudem Waldabholzung, Landaneignungen und Gewalt gegen Indigene zunehmen, da abgeschlossene Demarkierungsprozesse rückgängig gemacht werden könnten. All dies stellt eine existenzielle Bedrohung für indigene Gemeinschaften in Brasilien dar.

Die Regierung hat die Indigenenrechte gemäß ihren Verpflichtungen unter dem Völkerrecht und der brasilianischen Verfassung zu schützen. Amnesty International fordert den Senat daher auf, die Gesetzesvorlage abzulehnen und sich damit für die brasilianische Bevölkerung, den Schutz indigener Gemeinschaften und den Erhalt fragiler Ökosysteme und der weltweit letzten Kohlenstoffsenken auszusprechen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im Jahr 1988 lebten zahlreiche Angehörige der Guarani Kaiowá, Avá Guarani und anderer indigener Gemeinschaften außerhalb ihrer angestammten Territorien, da diese Grundstücke von Rancher*innen, Großgrundbesitzer*innen und Goldschürfer*innen besetzt oder von der Regierung zur Bebauung vereinnahmt worden waren. Bei 285 indigenen Gebieten steht derzeit die Demarkierung aus, und im Jahr 2023 wurden bislang lediglich sechs Gebiete ausgewiesen.

Aufgrund des nur langsam voranschreitenden Demarkierungsprozesses kommt es immer wieder zu Landkonflikten, denen bereits Hunderte Indigene zum Opfer gefallen sind. Zwischen 2019 und 2022 wurde kein einziges indigenes Gebiet offiziell ausgewiesen.

Laut Angaben der Indigenenrechtsorganisation CIMI wurden in diesem Zeitraum aufgrund von Landkonflikten mehr als 470 Indigene getötet – 176 allein im Jahr 2022. Laut Angaben der staatlichen Indigenenbehörde FUNAI gibt es in Brasilien 734 indigene Territorien, die 117.537.905 Hektar umfassen, was 13,8% der Gesamtfläche Brasiliens ausmacht. Von diesen Gebieten sind 67,57% bereits als Schutzgebiete ausgewiesen bzw. homologiert, gut 32% befinden sich noch im Demarkierungsprozess, und 16% werden gerade erst geprüft, stehen also noch ganz am Anfang des Demarkierungsprozesses.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN:

Ich appelliere dringend an Sie und alle Mitglieder des Senats, den Gesetzentwurf 2903/2023 abzulehnen.

APPELLE AN

PRÄSIDENT DES SENATS

Rodrigo Pacheco

Praça dos Três Poderes

Brasília DF - CEP 70165-900

BRASILIEN

(Anrede: Dear Senator / Sehr geehrter Herr Senatspräsident)

E-Mail: sen.rodrigopacheco@senado.leg.br

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER FÖDERATIVEN REPUBLIK BRASILIEN

S. E. Herrn Roberto Jaguaribe Gomes De Mattos

Wallstraße 57

10179 Berlin

Fax: 030-726 283 20

E-Mail: brasemb.berlim@itamaraty.gov.br

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Portugiesisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **31. Juli 2023** keine Appelle mehr zu verschicken.

Sie können sich aber auch online bis zum 31. Juli 2023 an der Aktion beteiligen. Den Link dazu finden Sie hier:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/brasilien-gesetz-bedroht-rechte-indigener-bevoelkerung-2023-06-06>

INTERNATIONAL ORGANIZATIONS STAND IN SOLIDARITY WITH INDIGENOUS PEOPLES OF BRAZIL

June 7, 2023 – Statement

Share

URL Copied

Washington D.C., London, Rio de Janeiro

On May 30, the Lower House of the Brazilian Congress passed Bill [490/2007](#), which aims to establish restrictions on the demarcation process of Indigenous lands. These territories hold critical importance in safeguarding the Amazon rainforest and other Brazilian biomes, as well as the rights and well-being of its Indigenous communities.

Bill 490/2007 is now under consideration of the Senate as Bill 2903/2023. The enactment of this bill would pose a direct threat not only to the territories that Indigenous peoples currently occupy, but also those which they have traditionally owned, occupied, or made use of.

At its core, this bill seeks to legitimize the contentious "Marco Temporal" thesis, which, if turned into law, would deny Indigenous peoples' rights to their lands, under the claim that they would only have rights to territories which they have physically occupied when Brazil's 1988 constitution came into force. It is important to point out that the Brazilian Constitution acknowledges the entitlement of Indigenous communities to the lands they have historically inhabited, with no imposed time constraints or arbitrary deadlines. It explicitly places the responsibility on the federal government to demarcate and safeguard these Indigenous territories.

Currently, 285 land demarcation processes out of the total 725 recognized territories are at a standstill, leaving Indigenous peoples vulnerable to conflicts and heightened violence, and jeopardizing their social and cultural rights. Bill 2903/2023 explicitly indicates that its provisions would be applicable to all these pending cases, exacerbating the situation by further prolonging or potentially obstructing the demarcation process.

The lack of clear titling puts these lands at heightened risk of encroachment by individuals engaged in unlawful land seizures and environmental offenses. This situation further exacerbates land disputes and perpetuates violence against Indigenous peoples. According to Indigenous Missionary Council, in 2022, 176 Indigenous people were killed due to land conflicts.

Additionally, if this bill is approved by the Senate, it would not only violate the fundamental rights of Indigenous peoples, but it would also lead to severe and irreparable environmental damage further aggravating the climate crisis we all face.

In another yet parallel process, the "Marco Temporal" thesis is also scheduled to be decided on by the Brazilian Supreme Court today, June 7, in a case that could further cement predatory Indigenous land appropriations. The ruling of this case will be decisive for the rights of Indigenous peoples, to their ancestral lands, and for the planet's survival.

In this sense, the undersigning organizations, in accordance with their respective mandates, wish to express profound concern regarding the consideration of this bill by the Brazilian Senate. The Senate must reject Bill 2903/2023 and commit to uphold the rights and well-being of Indigenous peoples.

Finally, in light of the critical situation faced by Indigenous peoples in Brazil, we strongly appeal to the international community to join in solidarity to the cause of Indigenous peoples' rights and the preservation of their ancestral lands. We must unite our efforts to ensure that Indigenous peoples in Brazil are not deprived of their cultural heritage, rights, and access to the lands they have inhabited for generations.

Organizations:

- Amazon Watch
- Amnesty International
- Rainforest Action Network
- Rainforest Foundation US
- Rainforest Foundation Norway
- Robert F. Kennedy Human Rights
- Washington Brazil Office (WBO)

INTERNATIONAL ORGANIZATIONS STAND IN SOLIDARITY WITH INDIGENOUS PEOPLES OF BRAZIL

IN EIGENER SACHE

UNSER GRUPPENFLYER!

Wer mehr über die Arbeit unserer Gruppe und zum Thema Menschenrechte und indigene Völker wissen möchte, kann unseren 6-seitigen Flyer anfordern. In kurzer Form gibt es Informationen zur Arbeitsweise der Gruppe, zur Definition und Situation indigener Völker sowie zum internationalen Menschenrechtsschutz.

Der Flyer kann kostenlos per E-Mail bestellt werden bei Barbara Hermanns, Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker:

barbara.hermanns@hamburg.de



DR KONGO



APRIL 20th, 2023

DEMOCRATIC REPUBLIC OF CONGO Stop the massacre of indigenous Pygmies

The Indigenous Peoples Rights International (IPRI) is outraged and strongly condemns the massacre of seven (7) indigenous Pygmies by the armed terrorist group ADF in the Democratic Republic of Congo. The Congolese State must take decisive action to protect the indigenous Pygmies and ensure access to justice for the families of those killed.

According to information received by IPRI, during the night of March 27, 2023, a group of ADF attacked Idohu village, Israël Lolueba, Walese Vontuku chiefdom, Irumu territory, in the Eastern of DRC, killing 7 indigenous Pygmy people. This massacre was preceded by another deadly attack 48 hours earlier, resulting in the killing of two more people.

Mr. Diel Mochiré, IPRI National Coordinator in the DRC and Provincial Director of PIDP North Kivu, said: "Peace is priceless and human life is sacred. The indigenous Pygmy peoples are not cows to be slaughtered. Security on the traditional territories of life of the indigenous Pygmy peoples in conflict areas is an urgent priority for the Congolese government".

Unfortunately, despite the efforts made by the Congolese government, it has not taken steps to protect the Indigenous Pygmy Peoples in accordance with Law 022/30 on the Protection and Promotion of the Rights of Indigenous Pygmy Peoples in the Democratic Republic of Congo, nor to bring those responsible of the killings and attacks to justice, thus creating conditions for an escalation of violence against its population, including the Pygmies.

Indigenous Pygmy Peoples are unprotected against the continuous attacks of heavily armed groups that seek to displace them from their territories to seize them and their resources. According to information released by the UN on March 15, more than 100,000 people have been displaced, and dozens of them killed, following attacks by armed groups in North Kivu, a province in eastern DRC. Further, ADF attacks had left 97 civilians killed by mid-March alone, in addition to our Pygmy brothers and sisters who were recently killed.

The Indigenous Peoples Act, passed on July 15, 2022, obliges the Congolese State to protect and promote the social, economic, and cultural rights of Indigenous Pygmies, as well as their civil and political rights. This law recognizes the right of the indigenous Pygmies to their lands, territories and resources, yet they are not



protected from land and resource grabs from armed groups and business enterprises.

"The implementation of law n.022/30 on the protection and promotion of the rights of indigenous Pygmy peoples is a matter for all stakeholders including the government, civil society, the private sector, and indigenous peoples", said Mr. Mochiré.

Today, the whole world is pinning its hopes facing climate change on the carbon sinks of the Amazon and Congo forests, while their guardians, the indigenous peoples who have preserved them for millennia, are being murdered with impunity. The violence they suffer today, driven by the ambition to continue plundering their resources, threatens their survival as indigenous peoples.

Indigenous Peoples' Rights International, an organization created specifically to address violence and impunity against indigenous peoples, calls on:

- The Congolese State, to take without delay effective measures to protect the lives and rights of its indigenous populations, in accordance with its international obligations and national law. This includes providing adequate justice and appropriate reparation measures, as well as ensuring the safe return of the Pygmies to their territories.
- For UN relevant bodies including peacekeeping forces to investigate this case and take measures to prevent further attacks on the indigenous Pygmies.

IPRI calls on the international community to express its solidarity with the indigenous Pygmies and urge the government of the Democratic Republic of Congo to stop all forms of violent attacks on the Indigenous Pygmies. They deserve peace in their communities and to exercise their rights without fear.

KENIA

PETITION SURVIVAL INTERNATIONAL

EIN ANGRIFF AUF INDIGENE VÖLKER UNTER DEM DECKMANTEL DER „KLIMA-NEUTRALITÄT“

Das Land indigener Völker gerät zunehmend ins Visier von Projekten, die vorgeben, CO₂-Emissionen auszugleichen. Naturschutzgebiete auf indigenem Land – die meist zu Vertreibungen und Gewalt gegen Indigene führen – werden dann mit der Behauptung gerechtfertigt, dass sie helfen würden CO₂ zu „speichern“. Die daraus abgeleiteten CO₂-Zertifikate werden wiederum an große Umweltsünder*innen wie Ölkonzerne verkauft, damit diese sich „klimaneutral“ nennen können.

Diese Projekte sind Betrug und gefährlich für Mensch und Klima: Es ist blutiges CO₂.

Zehntausende Hirt*innen in Kenia – darunter Angehörige der indigenen Völker Samburu, Borana und Rendille – lassen seit Generationen ihr Vieh auf den fast 20.000 Quadratkilometern grasen, die jetzt zum CO₂-Projekt der Organisation Northern Rangelands Trust (NRT) gehören. Ihr angestammtes Land, ihre Lebensweise und die Möglichkeit, ihre Familien zu ernähren, sind durch das NRT-Projekt bedroht. Das Projekt behauptet, es wird die Menge des im Boden gespeicherten CO₂ erhöhen, indem es die Weidemethoden der Hirt*innen und die nachhaltige Nutzung ihres Landes verändert. Die indigenen Gemeinschaften wurden weder angemessen zu dem Projekt befragt, noch wurde ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung eingeholt.

Die für den Klimawandel am wenigsten Verantwortlichen zahlen den Preis für eine Zerstörung, die sie nicht verursacht haben.

Der NRT hat durch den Verkauf von CO₂-Zertifikaten bereits Millionen verdient und wird noch weiter daran verdienen. Die bewaffneten Ranger des NRT sind in schwere Menschenrechtsverletzungen an der lokalen Bevölkerung verwickelt, und der Verkauf von CO₂-Zertifikaten könnte solche Misshandlungen finanzieren. Es gibt auch deutliche Hinweise darauf, dass das Projekt nicht hält, was es verspricht: mehr CO₂ zu speichern. Indem den Unternehmen über diese CO₂-Projekte die Möglichkeit gegeben wird, ihre Emissionen zu verschleiern, könnte das Projekt den Klimawandel eher beschleunigen als ihn verhindern.

Trotz der Missstände und der Zweifel an der Fähigkeit des NRT-Projekts, mehr CO₂ zu speichern, hat Verra – eine Organisation, die die Zertifizierung von Projekten und den Verkauf von CO₂-Zertifikaten überwacht – das Projekt des NRT zertifiziert und will dies weiterhin tun.

Bitte handle jetzt und fordere Verra auf, dieses Projekt zu streichen und auch keine anderen Projekte auf indigenem Land zu zertifizieren, bei denen es zu Menschenrechtsverletzungen gekommen ist und für die keine freie, vorherige und informierte Zustimmung der Gemeinschaften eingeholt wurde.

Hier ist der Link zur Petition:

[https://handeln.survivalinternational.de/page/124155/action/1?ea.tracking.id=AdvocacyEmail&utm_medium=email&utm_source=engagingnetworks&utm_campaign=bloodcarbonUA&utm_content=230317+Urgent+Action+email+\(Blood+Carbon+launch\)+-DE&ea.url.id=6313729&forwarded=true](https://handeln.survivalinternational.de/page/124155/action/1?ea.tracking.id=AdvocacyEmail&utm_medium=email&utm_source=engagingnetworks&utm_campaign=bloodcarbonUA&utm_content=230317+Urgent+Action+email+(Blood+Carbon+launch)+-DE&ea.url.id=6313729&forwarded=true)

Mit freundlicher Genehmigung von Survival International

TANZANIA

AMNESTY INTERNATIONAL – NEWS

TANZANIA: AUTHORITIES BRUTALLY VIOLATED MAASAI AMID FORCED EVICTIONS FROM ANCESTRAL LANDS

June 6, 2023

The Tanzanian authorities have repeatedly resorted to ill-treatment, excessive use of force, arbitrary arrests and detentions, and forced evictions against members of the Maasai Indigenous community, Amnesty International said in a new [report](#) released today.

The report, [We have lost everything: Forced evictions of the Maasai in Loliondo, Tanzania](#), details how the Tanzanian authorities forcibly evicted the Maasai community from Loliondo, a division in Tanzania's northern Ngorongoro district in Arusha region, on 10 June 2022. Security forces violently and without due process removed the Maasai community from their ancestral lands in Loliondo, leaving 70,000 people without access to the grazing lands that their livelihoods depended on.

“This crucial report reveals how Tanzania's security forces resorted to the use of brutal force when evicting the Maasai from 1,500 square kilometres of their ancestral lands in Loliondo. It also highlights total disregard for due process and free prior and informed consent of the affected Maasai people in the decision-making process that was used to justify the forced evictions,” said Tigere Chagutah, Amnesty International's Regional Director for East and Southern Africa.

“This report reveals how Tanzania's security forces resorted to the use of brutal force when evicting the Maasai from 1,500 square kilometres of their ancestral lands in Loliondo.”

Tigere Chagutah, Regional Director, Amnesty International, East and Southern Africa

MASS ARRESTS, BRUTAL FORCED EVICTIONS

On 7 June 2022, hundreds of security personnel from numerous government agencies travelled to Loliondo in a fleet of motor vehicles, before setting up camps in Ololosokwan village and beginning to demarcate 1,500 square kilometres within Maasai territory. On 10 June, they violently dispersed members of the Maasai community who had gathered to protest against the demarcation exercise.

The security forces shot and teargassed members of the Maasai who resisted forced eviction, injuring at least 40 people. One police officer, Garlus Mwita, was killed by as yet, unidentified persons, while 84-year-old Oriaisi Pasilance Ng'iyoo, a member of the Maasai, is still missing. He was last seen by his family lying on the ground after being shot by the security forces in both of his legs. The authorities denied holding him.

Many community members fled from their homes to hide in the wilderness. They hid for weeks with their relatives in the forest and national park, not in any specific place since they were constantly moving as they grazed their livestock. Many fled the country to Narok, southern Kenya. The forced evictions and resulting movement caused a disruption to education that could have severe effects on learning. As of

May 2023, about 60 families were still living in Narok, Kenya. They are living in impoverishment and lack access to livelihoods. The violations are now, everyday life for those that were forced to leave their homes.

In early July 2022, 27 Maasai were detained and unfairly charged in relation to the killing of Mwita. Ten individuals were arrested on 9 June, the day before the alleged murder took place, and later charged in relation to his death. The authorities also arrested 132 individuals in Loliondo for allegedly being in the country illegally.

The 27 Maasai charged in connection with the murder case and the 132 individuals charged for being in the country illegally have since been discharged due to a lack of evidence. Some of them, however, had to sell their livestock to pay for legal fees.

The authorities have restricted access of the community and their animals to their traditional grazing land. Livestock belonging to community members gets impounded by the authorities whenever they stray to the demarcated land and the owners are forced to pay exorbitant fines to have them released. Those who are unable to pay the fines have their animals auctioned off by the authorities, leaving them impoverished.

During and after the forced evictions in June 2022, the Tanzanian authorities prevented media outlets and NGOs from accessing affected areas of Loliondo or reporting on the evictions.

CONSERVATION AND HUMAN RIGHTS

The report also challenges the Tanzanian authorities' claim that their actions are necessary in order to conserve the land and biodiversity. It calls on them to ensure Indigenous peoples are offered leadership roles in conservation, allowing them to protect the land by using their traditional knowledge, as they have done for generations.

“Tanzania authorities must urgently recognise and fulfil the rights of the Maasai to their ancestral lands, territories, and natural resources.”

Tigere Chagutah

“The Tanzania authorities must urgently recognise and fulfil the rights of the Maasai to their ancestral lands, territories, and natural resources. They should abide by their international and national obligations to protect the rights to adequate housing, peaceful assembly, free prior and informed consent, and non-discrimination. Instead, what we have seen is that they have forcibly evicted the Maasai from their ancestral lands and offered no compensation,” said Tigere Chagutah.

“The Tanzanian authorities must conduct thorough, impartial, independent, transparent and effective investigations into all alleged human rights violations, including the killing of police officer Garlus Mwita, the enforced disappearance of Oriaisi Pasilance Ng’iyo, and the mass arbitrary arrests and indiscriminate killings of Maasai community members.” They should also probe the role corporations played in the forced evictions in Loliondo and provide access to justice and effective remedies to victims.”

“Tanzanian authorities must conduct thorough, impartial, independent, transparent and effective investigations into all alleged human rights violations.”

Tigere Chagutah

BACKGROUND

In 2009, without gaining consent from the Maasai as required by international human rights standards, the Tanzanian authorities restricted human activities, including settlements and livestock grazing, in a network of so-called "Protected Areas". These areas include 1,500 square kilometres of villages where the Maasai have lived for generations, using the land for livestock grazing, food production and as a source of water. The restrictions left more than 70,000 Maasai with insufficient land for their livestock as well as water shortages, leaving their cattle at risk of death.

The forced evictions in Tanzania are rooted in the country's land governance policies, which fail to provide thousands of people with the right to land. Since 1959, when the Maasai were moved from the Serengeti National Park to Loliondo, the Maasai have been repeatedly evicted from their traditional pastoral lands by the government. The authorities said the evictions were necessary for wildlife conservation, yet the land was later used for tourism activities, including trophy hunting.

The Maasai were subjected to forced evictions in 2009, 2013, 2017 and 2022 by numerous state security forces, who were accompanied by representatives of a private company licensed to operate tourism activities, including trophy hunting, in Loliondo.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/06/tanzanian-authorities-brutally-violated-maasai-amid-forced-evictions/>

“WE HAVE LOST EVERYTHING”: FORCED EVICTIONS OF THE MAASAI IN LOLIONDO

JUNE 5, 2023 – AI-INDEX NUMBER: AFR 56/6841/2023

Der Forschungsbericht [We have lost everything: Forced evictions of the Maasai in Loliondo, Tanzania](#) ist das Ergebnis einer von Amnesty International durchgeführten Untersuchung der Maßnahmen tansanischer Behörden, die zu mehrfachen Zwangsvertreibungen der indigenen Massai von Loliondo führten. Der Bericht konzentriert sich in erster Linie auf Menschenrechtsverletzungen während der Zwangsräumungen im Juni 2022, beleuchtet aber auch andere historische Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen der Massai in Loliondo, die in den Ereignissen vom Juni 2022 gipfelten.

<https://www.amnesty.org/en/documents/afr56/6841/2023/en/>

Weitere Informationen finden Sie z. B. auch hier:

Deutscher Bundestag, Drucksache 20/7059 20, Wahlperiode 30.05.2023

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Möhring, Anke Domscheit-Berg, Andrej Hunko, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Drucksache 20/6661:

„Vertreibung der Massai in Tansania und die Konsequenzen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit“

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/070/2007059.pdf>

INDIEN

AUSSCHREITUNGEN IN MANIPUR

Der folgende Artikel bildet nicht zwingend die Position von Amnesty International ab, sondern soll vor allem einen Einblick in einen hierzulande weitgehend unbekanntem Konflikt und die Probleme indigener Völker in diesem Teil der Welt geben.

Seit Mai 2023 kommt es in Manipur – einem Bundesstaat in Indiens Nordosten, an der Grenze zu Myanmar – zu schweren Ausschreitungen zwischen der Mehrheitsbevölkerung der Meitei und der indigenen Gemeinschaft der Kuki.¹ Mitte April 2023 ordnete der *Manipur High Court* eine Einbeziehung der Meitei in die Kategorie der *Scheduled Tribes* (STs) an.² Die *All Tribal Students' Union Manipur* rief daraufhin am 3. Mai zu Protesten im Hügeldistrikt Churachandpur auf. Dabei kam es zu Kämpfen zwischen rivalisierenden Gruppen und Brandstiftungen. Zwangsräumungen indigener Siedlungen in Churachandpur trugen zuvor zur aufgeheizten Stimmung bei.

Die Ausschreitungen weiteten sich über Manipur aus. Ein Schwerpunkt lag in der Hauptstadt Imphal. Ganze Dörfer wurden geplündert und in Brand gesteckt, viele Menschen verloren ihr Zuhause, ihren gesamten Besitz und ihre Lebensgrundlage.³ In den ersten Tagen gab es mindestens 80 Tote. Zehntausende Angehörige beider Gemeinschaften wurden vertrieben.⁴ Bereits nach wenigen Tagen waren rund 20.000 Menschen in von der Armee kontrollierte Unterkünfte gebracht worden, um weitere Ausschreitungen zu verhindern.⁵

Manipurs Sicherheitskräften wird von beiden Seiten Untätigkeit oder ein zögerliches und verspätetes Eingreifen vorgeworfen.⁶ Die Regierung verhängte Ausgangssperren und schaltete das Internet ab, was ein weiteres Aufheizen der Stimmung unterbinden sollte, aber auch die Informationslage verschlechterte. Am 4. Mai bevollmächtigte sie die Sicherheitskräfte, auf Sicht zu schießen, wenn die Lage es erfordere.⁷ Einheiten der Armee wurden in den Staat verlegt, um die Situation zu kontrollieren, und die Zentralregierung übernahm temporär die Kompetenz für die innere Sicherheit in Manipur. Neben den Ausschreitungen kam es auch zu lokalen Solidarisierungen und Hilfe unter Nachbarn unterschiedlicher

¹ Die Lage ist weiterhin fragil. Dieser Artikel wurde im Mai verfasst, spätere Entwicklungen bildet er nicht ab.

² Trotz ihrer numerischen Überlegenheit sehen sich viele Meitei als übervorteilt und ihre Dominanz im Tal durch Zuzug bedroht.

³ Vgl. u. a. The Guardian: ‚Everything is gone‘ – entire Indian villages burned in ethnic violence, 09.05.2023 <https://www.theguardian.com/world/2023/may/09/indian-villages-burned-ethnic-violence>, [16.05.2023].

⁴ Vgl. Abhinay Lakshman 2023: Manipur unrest, bei: The Hindu, 20.05.2023, <https://www.thehindu.com/news/national/other-states/manipur-unrest-the-embers-of-meitei-kuki-conflict-still-glow/article66870526.ece>, [20.05.2023].

⁵ Vgl. Amrit Dhillon 2023: Indian troops ordered to ‚shoot on sight‘ amid violence in Manipur, bei: The Guardian, 05.05.2023, <https://www.theguardian.com/world/2023/may/05/indian-troops-ordered-to-shoot-on-sight-amid-violence-in-manipur>, [16.05.2023].

⁶ Siehe hierzu z. B. Lammoi Gangte 2023: ‚My Brother Was beaten to Death on May 3. I Blame CM Biren Singh for the Manipur Violence‘, bei: The Wire, 12.05.2023, <https://thewire.in/communalism/manipur-biren-singh-imphal-mary-kom>, [15.05.2023] oder auch Abhinay Lakshman 2023: Manipur unrest, bei: The Hindu, 20.05.2023, <https://www.thehindu.com/news/national/other-states/manipur-unrest-the-embers-of-meitei-kuki-conflict-still-glow/article66870526.ece>, [20.05.2023].

⁷ Amnesty International sieht die Erlaubnis, auf Sicht zu schießen, als vorsätzliche, tödliche Gewalt, und durch die uneindeutigen Standards als Verletzung internationaler Menschenrechtsnormen. Sie lasse Raum für die willkürliche Tötung von Zivilisten. (So Amnesty India auf Twitter, <https://twitter.com/AllIndia/status/1654409820882243584>, [21.05.2023].)

Gemeinschaften.⁸ Die Gewalt darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mehrheit in beiden Gruppen eher Betroffene oder Unbeteiligte als Täter*innen sind.

Nachdem die Situation Mitte des Monats als weitgehend beruhigt bezeichnet wurde,⁹ eskalierte sie erneut, als am 22. Mai im Osten Imphals mehrere Gebäude in Brand gesteckt wurden. Die Maßnahmen wurden verlängert,¹⁰ jedoch kam es auch an den folgenden Tagen zu Schusswechseln mit Todesopfern. Ende Mai startete die Regierung Manipurs ein aggressiveres Vorgehen gegen Milizen, welche sie als „Terroristen aus der Kuki-Gemeinschaft“ bezeichnete. Bei Zusammenstößen mit diesen sollen Sicherheitskräfte 40 Angehörige dieser Gruppen getötet haben.¹¹ Die Versorgung mit Nahrung und Medizin ist in Teilen Manipurs kritisch, das tägliche Leben ist weitgehend zum Erliegen gekommen.¹²

Beide Seiten sehen sich als Hauptbetroffene. Während die Meitei bewaffnete Gruppen aus den Hügeln und vermeintliche Einwanderer aus Myanmar¹³ verantwortlich machen, sprechen viele Kuki von Wegsehen oder gar direkter Beteiligung der Sicherheitskräfte auf Seiten der Meitei.¹⁴ Der Regierung Manipurs wird vielfach eine Mitschuld am Ausbruch und an der Intensität der Ausschreitungen gegeben.¹⁵ Manipurs Regierungschef ist Nongthombam Biren Singh von der *Bharatiya Janata Party* (BJP). Dem Meitei wird eine majoritäre und gegenüber Indigenen feindliche Agenda vorgeworfen. In seiner Amtszeit kam es zu Vertreibungen Indigener, dem Abriss von Kirchen und der Einstufung vieler Gebiete als geschützte Wälder, wodurch die dort lebenden Indigenen zu Illegalen auf ihrem eigenen Land wurden und

⁸ Siehe hierzu z. B. Lamlamoi Gangte 2023: ‚My Brother Was beaten to Death on May 3. I Blame CM Biren Singh for the Manipur Violence‘, bei: The Wire, 12.05.2023, <https://thewire.in/communalism/manipur-biren-singh-imphal-mary-kom>, [15.05.2023].

⁹ Vgl. Jimmy Leivon 2023: Manipur – Cop killed, 5 injured in shootout with ‚Kuki militants‘, bei: The Indian Express, <https://indianexpress.com/article/india/fresh-tension-manipur-cop-killed-8604510/>, [15.05.2023].

¹⁰ Vgl. Jimmy Leivon 2023: Houses set on fire, curfew relaxation cut down – Fresh tension grips Manipur capital, bei: The Indian Express, 22.05.2023, <https://indianexpress.com/article/india/manipur-imphal-fresh-violence-arson-8623004/>, [22.05.2023].

¹¹ Vgl. Banjot Kaur 2023: Raging Gunfire, Empty Roads, Hospitals Running Short of Supplies – Manipur Ahead of Amit Shah’s Visit, bei: The Wire, 29.05.2023, <https://thewire.in/security/manipur-violence-gunfire-amit-shah>, [30.05.2023]; Sukrita Baruah, Jimmy Leivon 2023: Fresh clashes in Manipur, bei: The Indian Express, 29.05.2023, <https://indianexpress.com/article/north-east-india/manipur/renewed-clashes-between-militants-and-security-forces-in-manipur-8633702/>, [03.06.2023].

¹² Vgl. Amrit Dhillon 2023: ‚Seperation is the only answer‘: Manipur violence fuels calls for seperate state in India, bei: The Guardian, 16.05.2023, <https://www.theguardian.com/world/2023/may/16/separation-is-the-only-answer-manipur-violence-fuels-calls-for-separate-state-in-india>, [16.05.2023].

¹³ Die koloniale Grenzziehung trennte kulturell verwandte Gruppen aus Myanmar und Manipur voneinander. Die Darstellung der Kuki als Ausländer ist jedoch problematisch, einige Betroffene fürchten, dass hiermit weitere Entrechtungen und Vertreibungen vorbereitet werden (Vgl. Madhushree Goswami 2023: ‚CM Biren Singh Pushing Anti-Tribal Agenda‘: Why is Manipur on the Boil?, in: The Quint, 03.05.2023, <https://www.thequint.com/explainers/cm-biren-singh-pushing-anti-tribal-agenda-why-manipur-saw-violent-protests>, [11.05.2023].)

¹⁴ Vgl. Abhinay Lakshman 2023: Manipur unrest, bei: The Hindu, 20.05.2023, <https://www.thehindu.com/news/national/other-states/manipur-unrest-the-embers-of-meitei-kuki-conflict-still-glow/article66870526.ece>, [20.05.2023].

¹⁵ Vgl. Kham Khan Suan Hausing 2023: Salvaging the idea and reality of Manipur, in: The Hindu, 10.05.2023, <https://www.thehindu.com/opinion/lead/salvaging-the-idea-and-reality-of-manipur/article66831674.ece>; [11.05.2023].

Zugang zu dessen Ressourcen verloren.¹⁶ Vor allem dort, wo neue Ansiedlungen gegründet wurden, ging der Staat rabiat vor.¹⁷

Viele Indigene haben keine Dokumente zu ihrem Landeigentum. In ihrer traditionellen Art zu wirtschaften, mussten sie das Land zur Nutzung nicht besitzen. Das erleichtert die ersatzlose Umwidmung durch die Regierung, die zumeist ohne freie, vorige Information und das Einverständnis der Indigenen stattfindet.¹⁸ Diese fürchten daher, dass ihr Land durch die Klassifizierung als Schutzgebiet in die Hände der Regierung Manipurs fällt.¹⁹ ²⁰ Seit einigen Jahren ist zudem die Eignung großer Gebiete im indischen Nordosten für den landintensiven Palmölanbau bekannt, der gezielt ausgeweitet wird. Viele Indigene befürchten, dass ihnen genommenes Land schnell umgewidmet und somit für immer verloren sein wird. Auch das Vorgehen der Regierung gegen Opiumanbau und -schmuggel in den Hügeln betraf vornehmlich die indigene Bevölkerung und beschleunigte zuletzt die Migration aus den Hügeln.²¹

Noch ist unklar, welche Konsequenzen die Ereignisse für die Zukunft Manipurs haben und wie ein Zusammenleben der Gruppen aussehen könnte. Dass auf beiden Seiten aufwieglerische Fehlinformationen kursieren, trägt zur Polarisierung bei. Viele Ansiedlungen der Meitei in den Hügeln sowie der Kuki im Tal dürften dauerhaft verschwinden. Aus unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen könnte dauerhafte Segregation werden. Seit den Ausschreitungen sind Forderungen nach einer eigenen Administration oder einem separaten Staat für die Kuki-dominierten Gebiete wieder auf die Tagesordnung gerückt, die auch von einigen Kuki in der BJP-Fraktion unterstützt werden.²²

Auch der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, zeigte sich jüngst in einer Rede besorgt über die Lage in Manipur und forderte die Behörden auf, zu reagieren und zugrunde liegende Probleme zu adressieren.²³

Die Verhandlungen der Regierung mit verschiedenen von den Kuki dominierten Guerillagruppen könnten an verloren gegangenem Vertrauen scheitern. Bereits zuvor hatte sich die Regierung Manipurs aus

¹⁶ Vgl. Madhushree Goswami 2023: 'CM Biren Singh Pushing Anti-Tribal Agenda': Why is Manipur on the Boil?, The Quint, 03.05.2023, <https://www.thequint.com/explainers/cm-biren-singh-pushing-anti-tribal-agenda-why-manipur-saw-violent-protests>, [11.05.2023].

¹⁷ Vgl. Patricia Mukhim 2023: Forests on Fire, in: The Indian Express, 08.05.2023, <https://indianexpress.com/article/opinion/columns/manipur-conflict-meiteis-and-the-kukis-and-nagas-have-to-learn-to-co-exist-and-resolve-differences-amicably-8596919/>, [26.05.2023].

¹⁸ 2 Gesetzesänderungen erleichtern es seit 2022, unter Umgehung des Rechts auf *Free, Prior and Informed Consent* Bauprojekte auf von Indigenen bewohntem Land zu beginnen. (Vgl. IWGIA: The Indigenous World 2023, S.192-193.)

¹⁹ Madhushree Goswami 2023: 'CM Biren Singh Pushing Anti-Tribal Agenda': Why is Manipur on the Boil?, in: The Quint, 03.05.2023, <https://www.thequint.com/explainers/cm-biren-singh-pushing-anti-tribal-agenda-why-manipur-saw-violent-protests>, [11.05.2023].

²⁰ Die Regierung erhielt bei den letzten Wahlen auch von den Indigenen großen Zuspruch, ist aber von den Meitei dominiert.

²¹ Vgl. Lily Sangpui und Jenny Kapngaihlian 2021: The Quest to End Illicit Poppy Cultivation in Manipur – Examining the War on Drugs Campaign, in: Economic & Political Weekly, Vol.56, No.32, 07.08.2021, <https://www.epw.in/engage/article/quest-end-illicit-poppy-cultivation-manipur>

²² Vgl. Esha Roy and Liz Mathew 2023: Manipur CM meets Amit Shah in Delhi amid kuki disquiet in State, at: The Indian Express, 15.05.2023, <https://indianexpress.com/article/india/manipur-cm-meets-shah-in-delhi-amid-kuki-disquiet-in-state-8609399/>, [15.05.2023].

²³ Siehe Volker Türk: There should be a UN Human Rights Office everywhere., Rede bei einer Pressekonferenz in Genf, 24.05.2023, <https://www.ohchr.org/en/statements/2023/05/turk-there-should-be-un-human-rights-office-everywhere>, [26.05.2023].

Verhandlungen um eine dauerhafte Waffenruhe und mehr Selbstbestimmung für die indigene Bevölkerung zurückgezogen.²⁴

Insgesamt wurden während der Ausschreitungen mehrere tausend Schusswaffen, Granaten und Munition aus Polizeibeständen gestohlen. Die Entwaffnung gewaltbereiter Gruppen auf beiden Seiten stellt somit ein weiteres Problem dar.²⁵

Die auslösende Einstufung der Meitei als *Scheduled Tribe* könnte noch gestoppt werden. Vom Vorsitzenden des *Supreme Court* wurde das zugrunde liegende Urteil des *Manipur High Court* als „faktisch vollständig falsch“ bezeichnet, jedoch noch nicht ausgesetzt.²⁶

Rund einen Monat nach Beginn der Ausschreitungen reiste Amit Shah, der indische Innenminister, nach Manipur. Er kündigte an, eine unabhängige Untersuchungskommission und eine Plattform für den Austausch zwischen den betroffenen Gruppen zu schaffen.²⁷

MANIPUR – EIN ÜBERBLICK

Manipur liegt im äußersten Nordosten Indiens, an der Grenze zum Bürgerkriegsland Myanmar. Das Terrain ist von bewaldeten Hügeln geprägt. Im Zentrum liegt die Hauptstadt Imphal in einem Tal, das rund 10 % der Landesfläche ausmacht. Im Tal lebt rund 60 % der Bevölkerung, es bildet das administrative und wirtschaftliche Zentrum Manipurs. Da der Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung im Tal deutlich besser ist, ziehen viele Menschen dorthin. Manipur gehört zu den kleineren Staaten Indiens. Mit rund 2,7 Millionen Einwohnern während des letzten Zensus²⁸ lebten hier gerade 0,2 % der indischen Bevölkerung. Wie weite Teile des Nordostens nimmt Manipur deshalb eine marginale Position in der indischen Politik ein. Es wird oft der Vorwurf erhoben, die Region werde von der Zentralregierung vernachlässigt. Durch die Präsenz zahlreicher Guerillagruppen kann in der Region seit der Unabhängigkeit nicht von Frieden gesprochen werden.

Die nordöstlichen Bundesstaaten weisen die höchste Konzentration von Indigenen auf. Der verfassungsmäßige Status als *Scheduled Tribes* (STs) soll diese historisch marginalisierten Gruppen und ihr Land schützen und ist daher auch für andere Gruppen interessant.

²⁴ Vgl. Sangeeta Barooah Pisharoty 2023: Seven Reasons Why the Violence in Manipur Cannot be Considered a Sudden occurrence, bei: The Wire, 05.05.2023, <https://thewire.in/politics/explainer-manipur-violence-biren-singh-meiteis-kuki-zo-nagas>, [26.05.2023].

²⁵ Vgl. Deeptiman Tiwary 2023: Manipur – Looted weapons pose big security concern, talks with Kukis in jeopardy, bei: The Indian Express, 18.05.2023 <https://indianexpress.com/article/india/manipur-looted-weapons-pose-big-security-concern-talks-with-kukis-in-jeopardy-8615364/>, [20.05.2023]; Vgl. auch: Deeptiman Tiwary 2023: 3,000 weapons looted in second wave of Manipur violence, 144 recovered so far, bei: The Indian Express, 03.06.2023, <https://indianexpress.com/article/india/140-weapons-surrendered-manipur-amit-shah-8642463/>, [04.06.2023].

²⁶ Vgl. The Wire 2023: ‚Completely Factually Wrong‘ – SC Slams Manipur HC Order on Meiteis and ST List, 17.05.2023, <https://thewire.in/law/supreme-court-manipur-hc-meitei-scheduled-tribes-list>, [21.05.2023].

²⁷ Vgl. The Indian Express: Express View on Amit Shah in Manipur – Rebuilding peace, 03.06.2023, <https://indianexpress.com/article/opinion/editorials/express-view-on-amit-shah-in-manipur-rebuilding-peace-8643053/>

²⁸ Dieser fand 2011 statt.

Während die indigenen Völker Manipurs die Mehrheit in den Hügeln stellen, dominieren im Tal die Meitei, die knapp mehr als die Hälfte der Staatsbevölkerung ausmachen.²⁹ Gegensätze zwischen den Gruppen und zwischen dem Zentrum und der Peripherie prägen den Staat. In Manipur leben über 30 STs. Naga und Kuki sind hier die beiden Großgruppen, denen jeweils etwas über 20 % der Bevölkerung angehören. Während die Kuki im Süden dominieren, leben die Naga vor allem im Norden. Die Naga waren von den Ausschreitungen kaum betroffen, obwohl auch viele Naga-Organisationen den ST-Status für die Meitei kritisch sehen.

Die Einstufung der Meitei als *Scheduled Tribe* wurde kritisiert, da diese wohlhabender und gebildeter sind und den Staat politisch dominieren.³⁰ Es gibt die Befürchtung, dass hierdurch den Meitei-Eliten³¹ der Landerwerb und die damit verbundene Ressourcennutzung in den Hügeln eröffnet würde, was zur Verdrängung der Indigenen beitragen könnte. Der Landbesitz in den Hügeln ist bislang den STs vorbehalten. Im Tal können Angehörige aller Gruppen siedeln.

Die Meitei sind mehrheitlich Hindus, während die Kuki und Naga vor allem christlichen Konfessionen angehören. Während der Ausschreitungen wurden auch religiöse Stätten angegriffen und in Brand gesteckt. Daher werden die Ereignisse teilweise fälschlich als religiöser Konflikt interpretiert. Die religiösen Differenzen werden auch von rechtsgerichteten Gruppen genutzt, um zu nationaler Solidarität mit der Position der Meitei aufzurufen.³²

In weiten Teilen Manipurs ist der umstrittene *Armed Forces Special Powers Act* (AFSPA) in Kraft, welcher den Einsatz tödlicher Gewalt durch die Sicherheitskräfte erleichtert.³³ Die dem AFSPA zugrunde liegende Einschätzung der Bedrohungslage in den Gebieten unterliegt keiner Kontrolle durch die Justiz.

Amnesty International hat wiederholt außergerichtliche Hinrichtungen in Manipur angeprangert³⁴ und hält die Vollmachten, die AFSPA den Sicherheitskräften gewährt, für unverhältnismäßig, ineffektiv bei der Bekämpfung bewaffneter Gruppen und ursächlich für weitere schwere Menschenrechtsverletzungen, wie z. B. Verschwindenlassen, Vergewaltigung und Folter. Amnesty International forderte die indische Regierung zuletzt 2013 dazu auf, den AFSPA aufzuheben und die damit in Verbindung stehenden Menschenrechtsverletzungen unabhängig untersuchen zu lassen.³⁵

David Weiß

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

²⁹ Diese Mehrheitsverhältnisse dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die enorm vielfältigen Gruppen in Manipur – wie im gesamten Nordosten – sehr verteilt und in weiten Gebieten auch stark vermischt leben.

³⁰ Vgl. Amrit Dhillon 2023: Indian troops ordered to 'shoot on sight' amid violence in Manipur, bei: The Guardian, 05.05.2023, <https://www.theguardian.com/world/2023/may/05/indian-troops-ordered-to-shoot-on-sight-amid-violence-in-manipur>, [16.05.2023].

³¹ Sowohl unter den Kuki als auch unter den Meitei ist die Mehrheit arm, während eine kleine Elite politisch und wirtschaftlich dominiert.

³² Vgl. Sangeeta Barooah Pisharoty 2023: Seven Reasons Why the Violence in Manipur Cannot be Considered a Sudden occurrence, bei: The Wire, 05.05.2023, <https://thewire.in/politics/explainer-manipur-violence-biren-singh-meiteis-kuki-zo-nagas>, [26.05.2023].

³³ Im März wurde AFSPA in einigen Teilen Manipurs wegen einer vermeintlichen Verbesserung der Sicherheitslage aufgehoben. (Vgl. Imphal Free Press 2023: AFSPA withdrawn from more areas in Manipur, 26.03.2023, <https://www.ifp.co.in/manipur/afspa-withdrawn-from-more-areas-in-manipur>, [15.05.2023].)

³⁴ Siehe hierzu unter anderem den „Brief gegen das Vergessen“ zu Salima Memcha, <https://www.amnesty.de/mitmachen/brief-gegen-das-vergessen/indien-salima-memcha-2018-08-22>.

³⁵ Vgl. Amnesty International India 2023: Briefing – the Armed Forces Special Powers Act: Time For A Renewed Debate in India on Human Rights and National Security, 08.11.2013; <https://www.amnesty.org/en/documents/ASA20/042/2013/en/>, [15.05.2023].

BANGLADESCH

IN DEN CHITTAGONG HILL TRACTS (CHT) IN BANGLADESCH WURDEN ACHT INDIGENE DER BAWM ERSCHOSSEN – HINTERGRÜNDE UNKLAR

Die International Chittagong Hill Tracts Commission (CHTC)¹ äußerte sich in einer Pressemitteilung vom 12. April 2023 schockiert und sehr besorgt über den Tod von acht indigenen Bawm-Männern und die in der Region Chittagong Hill Tracts anhaltenden Menschenrechtsverletzungen.

In Khantang Para im Rowangchari Upazila (Distrikt Bandarban) wurden am 6. April 2023 acht indigene Männer im Alter zwischen 17 und 45 Jahren erschossen. Sie gehören zum Volk der Bawm. Der Vorfall ereignete sich etwa 10 Kilometer von dem Ort entfernt, an dem am 12. März dieses Jahres ein Armeee-offizier erschossen und zwei weitere Personen verletzt wurden, nachdem sie angeblich von Mitgliedern der Kuki-Chin National Front (KNF) in einen Hinterhalt gelockt worden waren.

Verschiedene Medien berichteten unter Berufung auf Sicherheitsbeamte, dass die getöteten Männer Mitglieder der Kuki-Chin National Front gewesen wären. Sie sollen bei einem Feuergefecht zwischen der KNF und der United People's Democratic Front (UPDF) um die Vorherrschaft in dem Gebiet getötet worden sein.

Nach Angaben der bangladeschischen Zeitung „New Age“ bestritt der Kuki-Chin National Front, dass es sich bei den Verstorbenen um ihre Mitglieder handelte, und sagte stattdessen, dass die Opfer unschuldige Dorfbewohner gewesen wären. Nachdem die Schüsse fielen, flohen 90 Familien nach Ruma und Rowangchari.

Am 9. April 2023 organisierten verschiedene indigene Organisationen in Dhaka aufgrund dieses Vorfalles eine Protestkundgebung. Dort behaupteten ihre Sprecher*innen, dass staatlich geförderte Bürgerwehrguppen 22 unbewaffnete Bawm-Dorfbewohner aus Jurbharang Para in Ruma entführt hätten. Nachdem sie zunächst als Geiseln in einer örtlichen Schule festgehalten wurden, töteten die Bürgerwehrgruppen später acht Dorfbewohner der Bawm-Gemeinschaft. Die Übrigen wurden frei gelassen. Die Redner*innen warfen den Medien zudem vor, sie würden versuchen, die Wahrheit zu verschleiern. Das „Humanity Protection Forum“, eine Menschenrechtsorganisation, die ihren Sitz in Tripura, Indien, hat, äußerte sich in einer Presseerklärung in gleicher Weise. Die International Chittagong Hill Tracts Commission zeigte sich besorgt, denn falls diese Anschuldigungen wahr wären, würde es sich um ein vorsätzliches und gezieltes Massaker an der Bawm-Gemeinschaft, einer der kleinsten indigenen Gruppen

¹ Die CHT-Kommission ist unabhängig und setzt sich für eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen Beteiligten in Bangladesch ein. Ihr Mandat lautet wie folgt: Förderung der Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und der Wiederherstellung der bürgerlichen und politischen Rechte, der partizipativen Entwicklung und der Landrechte in den Chittagong Hill Tracts in Bangladesch einschließlich der Prüfung der Umsetzung des CHT-Friedensabkommens von 1997. Die CHT-Kommission wird auf der Arbeit aufbauen, die von der ursprünglichen CHT-Kommission zwischen 1990 und 2001 geleistet wurde. <https://www.chtcommission.org/page.php?idn=11>; <https://www.deepl.com/translator>

in den Chittagong Hill Tracts handeln. Die Kommission forderte eine sofortige und unparteiische gerichtliche Untersuchung der genauen Umstände der Ereignisse.

Die Parbatya Chattagram Jana Sanghati Samity (PCJSS) und die United People's Democratic Front (UPDF), die beiden führenden politischen Parteien der Indigenen in den Chittagong Hill Tracts beschuldigen verschiedene staatlich geförderte Bürgerwehrguppen, zwischen 2017 und 2021 44 Mitglieder der UPDF und 32 Mitglieder der PCJSS getötet zu haben. Die PCJSS forderte seit langem die Umsetzung des Chittagong Hill Tracts-Abkommens.

Beide Parteien meldeten außerdem in den letzten Jahren zahlreiche Fälle von Schikanen, illegalen Festnahmen, Verhaftungen und Folter durch Sicherheitskräfte, so die International Chittagong Hill Tracts Commission in ihrer Pressemitteilung.

Nach Einschätzung der CHT-Kommission sind die anhaltenden Unruhen und Menschenrechtsverletzungen darauf zurückzuführen, dass das Abkommen auch ein Vierteljahrhundert nach seiner Unterzeichnung nicht umgesetzt wurde, was eine wichtige Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden und Stabilität in der Region wäre. Die Organisation fordert deshalb von der Regierung in Bangladesch u. a. die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung der Ermordung der acht indigenen Dorfbewohner, die Gewährleistung der Sicherheit für die lokale indigene Bawm-Gemeinschaft, die Unterstützung von Binnenvertriebenen sowie die Kriminalisierung von Aktivist*innen, die sich für die Rechte indigener Völker einsetzen, einzustellen, die Entmilitarisierung der Chittagong Hill Tracts Region und die vollständige Umsetzung des Abkommens.

UPDATE:

Wie die internationale CHT-Kommission am 23. May 2023 tief besorgt berichtete, soll es Anfang Mai erneut zu massiven Unruhen in der Region gekommen sein und fordert, dass die Zivilbevölkerung geschützt wird.

Übersetzt und zusammengefasst von Ruth Oelgeklaus
Bangladesch-Ländergruppe

Quellen:

<https://www.iwgia.org/en/news/5191-the-international-chittagong-hill-tracts-commission-is-shocked-at-the-death-of-eight-indigenous-bawm-men-and-expresses-deep-concern-at-continued-human-rights-violations-in-the-cht.html>

<https://www.thedailystar.net/news/bangladesh/crime-justice/news/8-killed-shootout-bandarban-3291511>

<https://www.newagebd.net/article/198839/8-knf-activists-killed-in-bandarban-gunfight>

THAILAND

URGENT ACTION

MINDERJÄHRIGE PROTESTIERENDE IM VISIER

UA-Nr: UA-014/2023-1 AI-Index: ASA 39/6807/2023 Datum: 19. Mai 2023 – as

THANAKORN 'PETCH' PHIRABAN

SAND

CHAN TONNAMPHET

"Yok"

In Thailand werden Jugendliche, die sich für die Menschenrechte einsetzen, von den Behörden verfolgt und drangsaliert, nur weil sie ihr Recht auf friedlichen Protest wahrnehmen. Zu ihnen gehören auch Thanakorn „Petch“ Phiraban, „Sand“, Chan Tonnampphet und „Yok“: Thanakorn „Petch“ Phiraban, ein*e LGBTI-Aktivist*in, wurde verurteilt, gegen „Sand“ läuft ein Verfahren. Gegen Chan Tonnampphet, eine Aktivistin für indigene Landrechte, und die 15-jährige Demonstrantin „Yok“ wird momentan noch ermittelt.

In Thailand werden Jugendliche von den Behörden verfolgt, nur weil sie ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung wahrnehmen.

Seit 2020, als es im ganzen Land zu Protesten kam, hat die Regierung Strafverfahren gegen mindestens 284 Jugendliche im ganzen Land eingeleitet, weil sie friedlich protestiert und ihre Meinung geäußert haben. Die Behörden haben sie und andere friedliche Demonstrierende mit Schikanen und Überwachung bedroht und eingeschüchtert. Dieses Vorgehen könnte dazu führen, dass Jugendliche ihr Recht auf Protest noch weniger wahrnehmen können. Die Fälle von „Yok“, Thanakorn „Petch“ Phiraban, Chan Tonnampphet und „Sand“ stehen stellvertretend für Hunderte von Jugendlichen, die für die Ausübung ihres Rechts auf friedliche Versammlung bestraft wurden.

Thanakorn „Petch“ Phiraban (17 Jahre) wurde im November 2022 wegen Majestätsbeleidigung zu drei Jahren Haft verurteilt, mit der Möglichkeit der späteren Reduzierung auf 18 Monate. Thanakorn Phiraban hatte 2020 auf zwei Protestveranstaltungen gesprochen. Darüber hinaus wurde Thanakorn Phiraban zu einer zweijährigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Thanakorn Phiraban muss zudem mit weiteren Anklagen auf Grundlage des inzwischen außer Kraft getretenen Notstandsdekrets zur Kontrolle der Ausbreitung von Covid-19 rechnen. Das Gleiche gilt für „Sand“, eine 17-jährige Aktivistin, und Chan Tonnampphet. Gegen „Sand“ wurde ein Strafverfahren eingeleitet, weil sie 2021 an einer friedlichen Demonstration teilgenommen hatte. Gegen Chan Tonnampphet, einer Aktivistin für indigene Landrechte, wird ermittelt, seit sie 2022 bei einer Kundgebung in Bangkok über die Sorgen der indigenen Gemeinschaft bezüglich des Zugangs zu ihrem Land gesprochen hat. Die 15-jährige „Yok“ wurde zwischen dem 29. März und dem 18. Mai 2023 inhaftiert. Ihr drohen bis zu 15 Jahre Haft, unter anderem nach Paragraph 112 des Strafgesetzbuchs, dem thailändischen Gesetz über Majestätsbeleidigung, weil sie im Oktober 2022 friedlich protestiert hatte.

Thailand unterliegt internationalen Verpflichtungen, darunter dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und dem UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes, und muss somit die Rechte von Minderjährigen auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung schützen und gewährleisten, sodass sie davon Gebrauch machen können, ohne Vergeltungsmaßnahmen fürchten zu müssen. Durch diese Rechte haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, sich für ihre Menschenrechte und andere Themen, die sie betreffen, einzusetzen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im Jahr 2020 führten junge Menschen, darunter Studierende und Sekundarschüler*innen unter 18 Jahren, eine Welle friedlicher Proteste in ganz Thailand an. Die Demonstrationen breiteten sich von Schulen und Universitäten auf die Straßen aus. Die thailändischen Behörden begannen als Reaktion darauf mit der Inhaftierung und strafrechtlichen Verfolgung der Teilnehmer*innen und Organisator*innen, insbesondere nachdem bei den Protesten Forderungen nach Reformen im Zusammenhang mit der Monarchie laut geworden waren.

Ursprünglich durch den Wunsch nach demokratischen Reformen ausgelöst, umfasste die von jungen Menschen angeführte Protestbewegung Forderungen nach Verfassungsänderungen, sozialen Reformen, einem Ende der Unterdrückung von Regierungskritiker*innen sowie eine Verbesserung der Bildung und der Sicherheit an Schulen. Die Demonstrierenden setzten sich auch für die Rechte von Frauen, indigenen Gemeinschaften, LGBTI+ und ethnischen Minderheiten ein. Bei den Protesten auf der Straße wurden Partys, Diskussionen, Flashmobs, Sitzstreiks, Live-Theater und -Musik, Modenschauen und Kunst veranstaltet und präsentiert. Die jungen Menschen verbreiteten ihre Aktionen und Meinungen online. Sie machten sich Parodien, Satire und bekannte Motive der Jugendkultur zu Nutze, um ihre Forderungen nach Veränderung zu untermalen. Teenager und jüngere Kinder unter 18, oft in Schuluniformen oder Streetfashion, wurden zum Gesicht der Demonstrationen.

Minderjährige, die an den friedlichen Demonstrationen teilgenommen oder ihre gesellschaftlichen und politischen Ansichten in Reden oder satirischen Kommentaren im Internet geteilt haben, müssen mit Inhaftierung, langwierigen Gerichtsverfahren, Einschüchterung, Schikanen und Überwachung rechnen.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE, TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie auf, alle strafrechtlichen Verfahren gegen Minderjährige, die ausschließlich wegen der Ausübung ihrer Menschenrechte ins Visier genommen wurden, fallen zu lassen, die Schuldsprüche gegen sie aufzuheben und jegliche Form der Schikane und Einschüchterung zu beenden.
- Bitte sorgen Sie dafür, dass das Recht von Minderjährigen auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung geachtet, geschützt und gewährleistet wird.
- Ich fordere Sie außerdem auf, alle Gesetze, die mit den internationalen Standards für die Ausübung dieser Rechte unvereinbar sind, anzupassen oder aufzuheben.

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Bottschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN**PREMIERMINISTER**

Prime Minister Prayut Chan-o-cha
Office of the Prime Minister
Government House, Pitsanulok Road, Bangkok 10300
THAILAND

(Anrede: Dear Prime Minister / Sehr geehrter Herr Premierminister)

Fax: (00 66) 2 2283 4249

E-Mail: prforeign@prd.go.th – Twitter: @prayutofficial

KOPIEN AN**BOTSCHAFT DES KÖNIGREICHS THAILAND**

S.E. Herrn Nadhavathna Krishnamra
Lepsiusstraße 64/66
12163 Berlin

Fax: 030 – 79 48 15 11 oder 030 – 79 48 11 18

E-Mail: general@thaiembassy.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Thai, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **14. Juli 2023** keine Appelle mehr zu verschicken.

Sie können sich aber auch online bis zum 14. Juli 2023 an der Aktion beteiligen. Den Link dazu finden Sie hier:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/thailand-minderjaehrige-wegen-protesten-vorgericht-2023-05-22>

Weitere Informationen zu UA-014/2023 (ASA 39/6425/2023, 6. Februar 2023)

HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Die Behörden begründeten die strafrechtliche Verfolgung der meisten Minderjährigen mit Verstößen gegen die offiziellen Beschränkungen für öffentliche Versammlungen, die im Rahmen des Notstandsdekrets zur Bekämpfung der Ausbreitung von Covid-19 verhängt worden waren. Das Dekret galt für mehr als zwei Jahre zwischen dem 26. März 2020 und dem 30. September 2022. Einige der Jugendlichen stehen auch wegen Paragraf 112 (Majestätsbeleidigung) und Paragraf 116 (Aufwiegelung) des Strafgesetzbuches unter Anklage. Paragraf 112 sieht eine Freiheitsstrafe von drei bis fünfzehn Jahren für Personen vor, die „den König, die Königin, Thronfolger*innen oder Regent*innen verleumdern, beleidigen oder bedrohen“. Paragraf 116 des Strafgesetzbuchs verbietet es, „Unruhe und Unzufriedenheit im Volk zu stiften, wodurch Aufruhr im Land hervorgerufen werden könnte oder die Menschen dazu veranlasst werden könnten, gegen Gesetze zu verstoßen“. Bei einem Verstoß ist eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren vorgesehen.

Am 13. Oktober 2022 nahm „Yok“ (Name aus Sicherheitsgründen geändert), eine Schülerin der neunten Klasse, an einer Demonstration teil, auf der die Freilassung inhaftierter politischer Aktivist*innen gefordert und gegen das Gesetz zur Majestätsbeleidigung protestiert wurde. Drei Monate später stellten die Behörden eine Vorladung aus, der zufolge sie sich am 2. Februar 2023 gemäß Paragraf 112 verantworten sollte. Yok beantragte eine Verschiebung der Vorladung auf den 9 April 2023 aus schulischen Gründen. Die Behörden des Jugendgerichts stellten jedoch einen Haftbefehl gegen Yok aus. Sie begründeten dies damit, dass sie durch die Teilnahme an einer anderen Demonstration gezeigt habe,

dass sie nur „Zeit schinden“ wolle und keine wirklichen schulischen Verpflichtungen habe, die den Aufschub rechtfertigen würden. Außerdem wird Yok vorgeworfen, sich offiziellen Anordnungen gemäß Paragraph 368 des thailändischen Strafgesetzbuchs widersetzt und gegen das Gesetz zur Kontrolle öffentlicher Werbung mittels eines Verstärkers verstoßen zu haben. Am 28. März 2023 nahm die Polizei Yok ohne Vorlage eines Haftbefehls auf einer Polizeiwache im Zentrum Bangkoks fest, wo sie in einem Livestream über die Festnahme eines*einer anderen Aktivist*in berichtete. Anschließend befand sie sich bis zum 18. Mai 2023 in einer Jugendhaftanstalt.

Thanakorn „Petch“ Phiraban ist LGBTI-Aktivist*in aus Bangkok und wurde am 22. November sowie am 22. Dezember 2022 in zwei separaten Anklagepunkten wegen Verstoßes gegen Paragraph 112 des Strafgesetzbuchs für schuldig befunden. Thanakorn Phiraban hatte im September und Dezember 2020 bei friedlichen Protesten in Bangkok Reden gehalten. Thanakorn Phiraban war die erste minderjährige Person, die wegen Majestätsbeleidigung strafrechtlich verfolgt wurde und nun eine Strafe in einem Berufs- und Ausbildungszentrum für Jugendliche ableisten muss. Thanakorn Phirabans zweite Strafe wurde von den Behörden mit Auflagen zur Bewährung ausgesetzt. Es sind jedoch noch weitere Anklagepunkte unter Paragraph 112 des Strafgesetzbuchs und dem Notstandsdekret gegen Thanakorn Phiraban anhängig.

Gegen Chan Tonnamphet, eine 18-jährige Aktivistin, die sich für die Rechte der indigenen Karen-Gemeinschaft einsetzt, laufen derzeit ebenfalls polizeiliche Ermittlungen. Ihr wird vorgeworfen, im Januar 2022 im Alter von 17 Jahren gegen die Einschränkungen von friedlichen Protesten unter dem Notstandsdekret verstoßen zu haben. Sie hatte bei einem Sit-in-Protest eine öffentliche Rede gehalten, in der sie über die Forderungen ihrer Gemeinschaft an die Behörden sprach, um auch die Stimmen von Menschen aus ihrer Gemeinschaft zu vermitteln, die nicht Thai sprechen. Die Angehörigen ihrer Gemeinschaft sind Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden. Dazu zählt auch das Verschwindenlassen des Menschenrechtsverteidigers Billy Rakchongcharoen, das im Zusammenhang mit der gewaltsamen Vertreibung und Umsiedlung aus dem angestammten Land der Gemeinschaft im Nationalpark Kaeng Krachan in der Provinz Petchaburi im Westen Thailands steht.

„Sand“ (Pseudonym zum Schutz ihrer Identität) ist eine 17-jährige Aktivistin, die sich an den Protesten beteiligt hatte, um sich für Gleichberechtigung an Schulen und politische Veränderung einzusetzen. Sie wurde wegen ihres Aktivismus überwacht, schikaniert und wegen ihrer Teilnahme an den friedlichen Protesten in elf Fällen nach dem Notstandsdekret und den damit verbundenen Gesetzen angeklagt. Derzeit läuft ein Verfahren gegen sie wegen eines Verstoßes gegen das Notstandsdekret, weil sie während ihrer Schulferien an einer Demonstration in Bangkok teilgenommen hatte.

PHILIPPINEN

URGENT ACTION

ZWEI AKTIVISTEN VERSCHWUNDEN

UA-050/2023 AI-Index: ASA 35/6791/2023 Datum: 16. Mai 2023 – ar

DEXTER CAPUYAN, 56 Jahre

GENE ROZ JAMI "BAZOO" DE JESUS, 27 Jahre

Die beiden Menschenrechtsverteidiger Dexter Capuyan und Gene Roz Jamil „Bazoo“, die sich für Indigenenrechte einsetzen, werden seit dem 28. April 2023 vermisst. Es wird befürchtet, dass sie Opfer des Verschwindenlassens geworden sind. Ihre Familien haben glaubwürdige Informationen darüber erhalten, dass in der Gegend, in der die beiden Männer zuletzt gesehen wurden, zwei der Beschreibung entsprechende Personen von Polizeiangehörigen abgeführt wurden. Die Behörden haben dies bisher jedoch weder bestätigt noch dementiert.

Die beiden Indigenenrechtsverteidiger Dexter Capuyan und Gene Roz Jamil „Bazoo“ de Jesus aus der Region Cordillera im Norden der Philippinen werden seit einigen Wochen vermisst und es wird befürchtet, dass sie Opfer des Verschwindenlassens durch Sicherheitskräfte geworden sind. Sie wurden zuletzt am 28. April in der Stadt Taytay in der Provinz Rizal gesehen. Über ihr Schicksal und ihren Verbleib ist nichts bekannt. Die Familien der beiden Männer haben sich in Einrichtungen des Militärs und der Polizei nach ihnen erkundigt, doch in den meisten Fällen half man ihnen dort nicht weiter und gestattete ihnen auch keinen Zugang. Auch haben die Behörden keine kategorische Angabe dazu gemacht, ob Dexter Capuyan und Gene Roz Jamil „Bazoo“ de Jesus im Gewahrsam gehalten werden, obwohl das philippinische Recht dies vorschreibt.

Die Familienangehörigen haben von Zeug*innen erfahren, dass in der Gegend, in der die beiden Männer zuletzt gesehen wurden, zum entsprechenden Zeitpunkt zwei den Männern ähnelnde Personen von Unbekannten gewaltsam abgeführt wurden, die sich als Polizeiangehörige auswiesen. Die Sicherheitskräfte haben bisher gegenüber den Familien weder bestätigt noch dementiert, dass ein solcher Einsatz – ob offiziell oder inoffiziell – stattgefunden hat.

In den vergangenen zwölf Monaten wurden auf den Philippinen immer wieder Menschenrechtsverteidiger*innen und Aktivist*innen verschleppt. Manche wurden später wieder freigelassen und identifizierten die involvierten Personen als Staatsbedienstete. Vor ihrem Verschwindenlassen waren diese Personen mittels des sogenannten Red-Tagging ins Visier genommen worden (die öffentliche Verknüpfung dieser Aktivist*innen mit bewaffneten Gruppen) bzw. von der Regierung beschuldigt worden, Mitglieder der New Peoples Army (NPA), des bewaffneten Arms der Kommunistischen Partei der Philippinen, zu sein.

Dexter Capuyan gehört der indigenen Gemeinschaft der Bontoc-Kankanaey-Ibaloi an. Zuletzt gesehen wurde er in Taytay in der Provinz Rizal, wo er laut Angaben seiner Familie medizinische Versorgung in Anspruch nehmen wollte. Vor seinem „Verschwinden“ war er von der Regierung bezichtigt worden, ein führendes Mitglied der NPA zu sein. Sein Name befand sich zudem auf einer Liste mutmaßlicher Anführer*innen der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), die das Verteidigungsministerium und das Innenministerium herausgegeben hatten. Darüber hinaus wurde er als eine von 600 Personen in einem Antrag des Justizministeriums aufgeführt, der forderte, die CPP-NPA als terroristische Organisation einzustufen. Die Namen aller bis auf acht Personen wurden schlussendlich gestrichen (so auch der von

Dexter Capuyan) und der Antrag vor Gericht abgewiesen. Die Behörden schrieben außerdem eine Belohnung von 2,85 Mio. philippinischen Peso (etwa 46.600 Euro) für die Festnahme von Dexter Capuyan aus, weil ihm Mord in zwei Fällen vorgeworfen wird. Seine Familie ist der Ansicht, dass er nie darüber informiert wurde. In der Provinz Apayao wurden Plakate angebracht, auf denen er „tot oder lebendig“ gesucht wurde.

Gene Roz Jamil „Bazoo“ de Jesus arbeitet für die Philippine Task Force on Indigenous Peoples Rights (TFIP), eine Dachorganisation von NGOs, die sich für die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen einsetzen. Er studierte Journalismus in Baguio und machte im Jahr 2016 seinen Abschluss. Während seines Studiums engagierte er sich aktiv in örtlichen und nationalen Studierendenvereinigungen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Unter dem Gesetz gegen das Verschwindenlassen von 2012 sind Polizei, Militär und andere Stellen verpflichtet, auf Nachfrage von Familienmitgliedern, Rechtsbeiständen, Menschenrechtsorganisationen oder Medienschaffenden anzugeben, ob sie eine als vermisst gemeldete Person im Gewahrsam halten oder irgendwelche Angaben zu dem „Verschwinden“ der Person machen können. Das Gesetz befähigt zudem die unabhängige Menschenrechtskommission des Landes, „regelmäßige, unabhängige, unangekündigte und uneingeschränkte Besuche bzw. Inspektionen von Hafteinrichtungen“ vorzunehmen. Die Praxis des Red-Tagging – d. h. die Verknüpfung von Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen mit bewaffneten Gruppen, sowohl durch die Regierung als auch durch unbekannte Personen – gibt es schon seit Jahrzehnten, hat sich aber unter der Regierung von Präsident Rodrigo Duterte nach dem Abbruch der Friedensgespräche zwischen der Regierung und der CPP im Jahr 2017 verschärft. Dutertes anschließende Verfügung Nr. 70 sieht einen „Ansatz zur Bekämpfung lokaler kommunistischer Terrorgruppen durch die ganze Nation“ vor und führte zur Gründung der Nationalen Task Force zur Beendigung bewaffneter Konflikte durch kommunistische Gruppen im Land. Beobachter*innen betrachten diesen Moment als den Beginn einer verstärkten Kampagne von Red-Tagging, Drohungen und Schikanen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen, politische Aktivist*innen, Anwält*innen, Gewerkschafter*innen und andere Gruppen. Auch kam es in diesem Zusammenhang zu Fällen von Tötungen und Verschwindenlassen.

Viele Organisationen, darunter Amnesty International und das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, haben die sofortige Beendigung dieses Vorgehens gefordert und ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass die gefährlich breit angelegte Strategie der Regierung zur Aufstandsbekämpfung zu einer Zunahme der Menschenrechtsverletzungen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen und Aktivist*innen im ganzen Land geführt hat.

SCHREIBEN SIE BITTE E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Geben Sie bitte umgehend Informationen über das Schicksal und den Verbleib von Dexter Capuyan und Gene Roz Jamil „Bazoo“ de Jesus heraus. Sorgen Sie zudem unverzüglich für eine gründliche, unabhängige, unparteiische, transparente und wirksame Untersuchung ihres „Verschwindens“ und gewähren sie Zugang zu den relevanten staatlichen Einrichtungen.
- Machen Sie bitte eine Angabe dazu, ob sich die beiden Männer in staatlichem Gewahrsam befinden, und werden Sie den Verpflichtungen der Regierung unter dem Gesetz gegen das Verschwindenlassen von 2012 gerecht.
- Sollten sich die beiden Männer im Gewahrsam befinden, so müssen sie umgehend freigelassen werden. Sorgen Sie bitte in diesem Fall dafür, dass diejenigen, die mutmaßlich für das Verschwindenlassen verantwortlich sind, in fairen Verfahren vor Gericht gestellt werden.

ACHTUNG: Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN**VERTEIDIGUNGSMINISTER**

Senior Undersecretary Carlito Galvez Jr.
OIC, Department of National Defense, PHILIPPINEN 1000
(Anrede: Dear Secretary / Sehr geehrter Herr Minister)

E-Mail: comms@dnd.gov.ph

INNENMINISTER

Secretary Benjamin C. Abalos Jr.
Department of the Interior and Local Government
PHILIPPINEN 1000

E-Mail: bcabalosjr@dilg.gov.ph

KOPIEN**BOTSCHAFT DER REPUBLIK PHILIPPINEN**

I.E. Frau Irene Susan B. Natividad
Luisenstr. 16
10117 Berlin
Fax: 030-873 2551

E-Mail: info@philippine-embassy.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **11. Juli 2023** keine Appelle mehr zu verschicken.

Sie können sich aber auch online bis zum 11. Juli 2023 an der Aktion beteiligen. Den Link dazu finden Sie hier:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/philippinen-indigene-aktivisten-vermisst-2023-05-17>

INDONESIEN

AMNESTY JOURNAL – INDONESIEN – 14. APRIL 2023

REZEPT FÜR EINE KATASTROPHE

INDONESIEN, WICHTIGER GOLDLIEFERANT, WIRD AUF DER HANNOVER-MESSE UMWORBEN. EIN GROSSES ABBAUVORHABEN IST IN DER VON KONFLIKTEN BETROFFENEN PROVINZ PAPUA GEPLANT. AMNESTY KRITISIERT DIE WEITERE GEFÄHRDUNG DER DORT LEBENDEN INDIGENEN BEVÖLKERUNG.

Von Esther Hoffmann

Indonesien liefert der Weltwirtschaft wichtige Rohstoffe, darunter auch Gold für Schmuck, die Industrie und Geldanlagen. Auf der Hannover-Messe im April ist der Rohstofflieferant wie bereits vor zwei Jahren erneut umworbenes Partnerland. Die Bedingungen der Rohstoffgewinnung in Indonesien sind indes häufig alles andere als nachhaltig und menschenrechtlich verträglich.

Im Jahr 2020 erfuhr Amnesty, dass in dem von Indigenen besiedelten und konfliktbeladenen Bezirk Intan Jaya eine Goldmine geplant ist. Mit geschätzten 8,1 Millionen Unzen Gold wäre sie eine der größten Minen des Landes. Das Golderzvorkommen, bekannt als Wabu Block, liegt im äußersten Osten von Indonesien in der Provinz Papua. Das Gebiet ist zu 94 Prozent mit Wald bedeckt und als Siedlungsgebiet der indigenen Moni rechtlich anerkannt. Derzeit läuft das Genehmigungsverfahren der Zentralregierung für das Abbauvorhaben. Den Auftrag für die Entwicklung soll das staatseigene Bergbauunternehmen PT Antam erhalten.

STAAT RÜSTET AUF

Der Bezirk Intan Jaya ist seit Oktober 2019 ein Brennpunkt der Gewalt in den Provinzen Papua und West-Papua. Damals töteten Mitglieder einer bewaffneten Unabhängigkeitsgruppe drei Motorradtaxifahrer, die sie als Spione bezichtigten. Seitdem hat der Staat stark aufgerüstet. Zwei bereits bestehende Posten indonesischer Sicherheitskräfte in dem Bezirk wurden um 15 weitere ergänzt. Die Sicherheitskräfte bekämpfen die Unabhängigkeitsbewegung mit exzessiver Gewalt und machen auch vor rechtswidrigen Tötungen nicht Halt. Die strafrechtliche Verfolgung dieser Verbrechen versandet regelmäßig, weil der politische Wille der Behörden fehlt.

Seit 2019 dokumentierte Amnesty in Intan Jaya zwölf mutmaßlich rechtswidrige Tötungen sowie starke Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Privatsphäre der Bevölkerung. So wurden bei einer Razzia im Distrikt Sugapa im April 2020 die Brüder Apianus und Luter Zanambani festgenommen. Sie starben bei den darauffolgenden Verhören. Ihre Tötung soll zwar vor einem Militärgericht verhandelt werden. Aufgrund der Erfahrung mit intransparenten Verfahren dieser Art befürchtet Amnesty jedoch Freisprüche oder Disziplinarstrafen, die der Schwere der Verbrechen nicht angemessen sind.

„Die Menschen in Intan Jaya leben unter einem zunehmend harten und gewalttätigen Sicherheitsapparat, der viele Aspekte ihres täglichen Lebens kontrolliert.“

Usman Hamid, Geschäftsführer von Amnesty International Indonesien

Mehrere bereits existierende Projekte zur Rohstoffgewinnung schädigen die Interessen und Lebensgrundlagen der lokalen Gemeinschaften und verschärfen die bestehenden Konflikte. Reisebeschränkungen für Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen isolieren die beiden Provinzen. Ein Kreislauf von Gewalt und Misstrauen ist das Ergebnis.

"Die Menschen in Intan Jaya leben unter einem zunehmend harten und gewalttätigen Sicherheitsapparat, der viele Aspekte ihres täglichen Lebens kontrolliert, und nun ist ihre Lebensgrundlage durch dieses schlecht durchdachte Projekt bedroht", sagt Usman Hamid, Geschäftsführer von Amnesty International Indonesien. "Der Wabu Block könnte das Rezept für eine Katastrophe sein."

SICHERHEITSKRÄFTE KONTROLLIEREN ALLTAG

Hunderte Menschen haben aufgrund des Militärvorgehens zeitweilig oder dauerhaft ihre Heimatdörfer in Intan Jaya verlassen. Angehörige der örtlichen Bevölkerung berichteten Amnesty über diverse Missstände. So müssen sie die Sicherheitskräfte um Erlaubnis für alltägliche Wege bitten, etwa um zu ihren landwirtschaftlichen Flächen zu gelangen oder einkaufen zu können. Sicherheitskräfte haben Bewohner*innen bei Kontrollen geschlagen. Auch schränken sie den Gebrauch elektronischer Geräte wie Mobiltelefone und Kameras ein und nehmen gelegentlich Männer fest, die sie wegen ihrer langen Haare pauschal als Unabhängigkeitskämpfer verdächtigen.

Indigene Papua befürchten, dass der geplante Goldabbau zum Verlust von Land und Lebensgrundlagen sowie zu Umweltverschmutzung führt. "Wenn dort Bergbau betrieben wird, haben wir kein Land mehr für die Gartenarbeit; und das Vieh wird keine frischen Früchte mehr direkt aus dem Wald bekommen", sagte ein Bewohner zu Amnesty. Religiöse und politische Persönlichkeiten sowie Initiativen vor Ort sprachen sich bereits im Oktober 2020 bei der Provinzregierung und ein Jahr später vor dem Provinzparlament Papuas gegen das Vorhaben aus.

Das internationale wie auch das indonesische Recht sichern den indigenen Papua ihr angestammtes Land zu. Internationale Standards zum Schutz indigener Völker verpflichten die indonesische Regierung, die freie, vorherige und informierte Zustimmung der Papua einzuholen, die von der Mine betroffen sein könnten. Der erste Schritt besteht nach Ansicht von Amnesty nun darin, festzustellen, ob eine wirkungsvolle Konsultation in einem Klima der Gewalt und Einschüchterung überhaupt durchführbar ist. In der Zwischenzeit sollte Indonesien das Vorhaben auf Eis legen. Und die Bundesrepublik als wichtiger Wirtschaftspartner Indonesiens muss auf der Hannover-Messe darauf hinwirken, dass das Gold nicht auf Kosten der Menschenrechte gefördert wird.

Die Autorin ist Mitglied der Amnesty-Koordinationsgruppe Indonesien. Hier finden Sie den [Bericht von Amnesty Indonesien zum Abbauvorhaben](#) – und [hier geht es zur Petition von Amnesty Indonesien zur Goldmine](#).

PRESSEMITTEILUNG – AMNESTY AKTUELL – INDONESIEN – 06. APRIL 2023

HANNOVER MESSE: INDONESISCHES BERGBAUPROJEKT GEFÄHRDET RECHTE INDIGENER BEVÖLKERUNG

Die Regierung Indonesiens, diesjähriges Gastland der Hannover Messe, gefährdet mit einem geplanten Bergbauprojekt im Osten des Landes die Menschenrechte der indigenen Bevölkerung vor Ort. Dies kritisiert Amnesty International in Deutschland anlässlich der Eröffnung der Industrieausstellung am 17. April.

Amnesty International kritisiert anlässlich der Eröffnung der Hannover Messe, dass die Regierung des diesjährigen Gastlandes Indonesien die Menschenrechte der indigenen Bevölkerung im Osten des Landes mit einem Bergbauprojekt zu verletzen droht. Der geplante Bau der Goldmine in Papua bedeute den Verlust von Land und Lebensgrundlagen sowie Umweltverschmutzung, so die Menschenrechtsorganisation. Zudem werde der bereits existierende Konflikt zwischen der Regierung und der indigenen Bevölkerung weiter eskaliert.

Esther Hoffmann, Indonesien-Expertin bei Amnesty International in Deutschland, sagt: "Wir fordern die indonesischen Behörden auf, die Pläne zur Erschließung der Mine sofort zu stoppen, bis die informierte und unbeeinflusste Zustimmung der betroffenen indigenen Papuas vorliegt. Die bestehenden Konflikte dürfen nicht weiter angeheizt und die Landrechte der indigenen Papua nicht verletzt werden."

An die Ampelkoalition gerichtet sagt Hoffmann: "Im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung zu den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verpflichtet und versprochen, Freihandel an faire, soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards zu knüpfen. Der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck muss deshalb bei deutschen Unternehmen sicherstellen, dass diese ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten einhalten. Die Bundesregierung muss bei seinem Wirtschaftspartner Indonesien darauf drängen, dass menschenrechtliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen auch bei der geplanten Goldmine eingehalten werden und diese nur mit Konsultation und Zustimmung der betroffenen indigenen Bevölkerung realisiert wird."

Die Menschenrechtsorganisation wendet sich vor Beginn der internationalen Industriemesse auch an die deutsche Wirtschaft. Dazu Hoffmann: "Wir fordern deutsche Unternehmen auf, sich gegenüber ihren indonesischen Partnern strikt an die Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes zu halten. Dazu gehört auch, dass sie während der Hannover Messe im Sinne der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen darauf hinwirken, dass ihre indonesischen Partnerfirmen in ihrer jeweiligen Wertschöpfungskette nicht gegen Menschenrechte und Umweltstandards verstoßen."

HINTERGRUND

Das Golderzvorkommen, auch Wabu-Block genannt, liegt im Bezirk Intan Jaya. Die Pläne für den Abbau von 8,1 Millionen Unzen Gold gab die indonesische Regierung im September 2020 bekannt. Das Projekt befindet sich derzeit im Genehmigungsverfahren des indonesischen Ministeriums für Energie und Bodenschätze. Vertreter*innen der dort lebenden indigenen Bevölkerung haben das Bergbauprojekt abgelehnt und fordern den Stopp der Mine.

Zwischen 2020 und 2021 hat Amnesty International in der Region der geplanten Goldmine zwölf mutmaßliche Fälle von rechtswidrigen Tötungen durch indonesische Behörden dokumentiert, außerdem viele Fälle exzessiver Gewaltanwendung sowie massive Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Privatsphäre der lokalen Bevölkerung.

Setze dich für die Rechte der Papua ein!

Beteilige dich an der **Online-Petition** der indonesischen Amnesty-Sektion auf https://amnestyindo.nationbuilder.com/petition_wabu_block_en_22



Amnesty Mahnwache vor dem Congress Centrum in Hannover (CCH) © Malte Schubert

AKTIONEN VON AMNESTY INTERNATIONAL ZUR HANNOVER MESSE 2023 WAREN EIN VOLLER ERFOLG

Anlässlich der Hannover Messe 2023 forderten Amnesty Aktivist*innen des Bezirks Hannover mit vielen beeindruckenden Aktionen, dass das Recht der indigenen Moni auf „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ zu einer Goldmine in ihrem Siedlungsgebiet ernst genommen wird, ebenso wie ihre Befürchtungen, das Land und ihre Lebensgrundlage zu verlieren und vor einer Umweltverschmutzung. Neben einer Mahnwache vor dem Congress Centrum Hannover (CCH) wurde an verschiedenen Orten auf großformatigen Plakaten, im Fahrgastfernsehen, auf Groundpostern sowie durch Postings in den Social Media auf die Rechte und Sorgen der indigenen Bevölkerung in Papua aufmerksam gemacht.

Die Mahnwache vor dem CCH wurde vor allem von Messebesucher*innen, aber auch von Delegationen wahrgenommen. Des Weiteren gab es drei Interviews im Radio ffn Niedersachsen, im indonesischen Fernsehen und der Deutschen Welle Indonesien sowie etliche Erwähnungen in der Presse. Ein ausführlicher Bericht erschien in der "taz": <https://taz.de/Proteste-bei-Hannover-Messe/15928346/>

Außerdem äußerte die indonesische Sektion von Amnesty International ihre Anerkennung über die Aktion mit den Worten: *"The works of Amnesty Hannover friends really show the best of global solidarity and ... collaboration! It means so much for us and I am sure for the indigenous Papuans too. You must be proud of what you've done! Thank you."* Dies zeigt einmal mehr, wie wichtig derartige Aktionen sind.

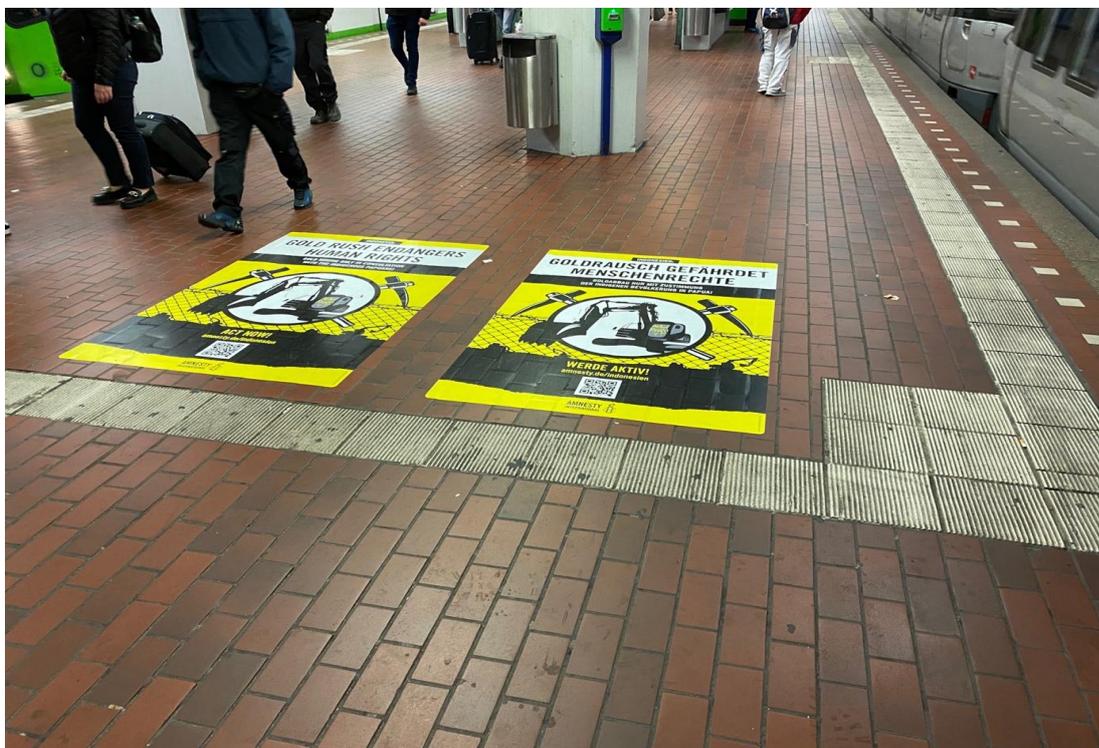
Nach Informationen des Amnesty-Bezirks Hannover und der Indonesien-Kogruppe
Marianne Kersten, Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

Link zur Mahnwache des Bezirks Hannover anlässlich der Hannover-Messe:

<https://amnesty-hannover.de/2023/04/indonesien-auf-der-hannover-messe-mahnwache-war-ein-erfolg/>



Plakataktion im U-Bahnhof zur Hannover Messe 2023; © Ulrike Gerhorst-Renneburg



Groundposter – Aktion des Amnesty-Bezirks Hannover; © Malte Schubert



Unter der Brücke am Braunschweiger Platz; © Malte Schubert



„Goldrausch gefährdet Menschenrechte“, „Goldabbau nur mit Zustimmung der indigenen Bevölkerung in Papua“
© Malte Schubert

AUSTRALIEN

WE ARE ON THE PRECIPICE OF UNIMAGINABLE LOSS OF CULTURE TO INACTION ON CLIMATE CHANGE

4 January 2023

The world has already warmed by 1.2 degrees Celsius. The climate crisis is here, and on the frontline are Australia's northernmost First Nations people in danger of losing their cultural rights, identity and homes to rising seas.

I have known the Guda Maluyligal communities of Saibai and Boigu islands in the Torres Strait for more than 20 years. They are now on the precipice of losing their way of life to inaction on climate change.

Only six months ago I visited Saibai and I was shocked by how much the sea has risen. Their graveyards are in danger of being flooded, and the sea walls they have put up are not big enough. They can no longer grow their vegetables because the soil has been ruined by sea water inundation. They cannot grow vegetables anywhere else, so there is already an extra financial burden on families on those islands – and no fresh vegetables.

The storms are so fierce that the water comes up and over the sea walls – so the defences they anticipated would protect their homes aren't enough. These islands and the outer islands as well are going to be uninhabitable.

So the leaders of these communities, Uncle Paul and Uncle Pabai, are taking the Australian Government to court in a class action arguing the government has failed to reduce greenhouse gas emissions to a level that will prevent harm to their Torres Strait islands.

They describe the damage inaction on climate change is inflicting on their communities and putting 65,000 years of their culture and traditions at risk as "cultural genocide".

Amnesty International Australia is supporting this case led by The Grata Fund and law firm Phi Finney McDonald, because it is these First Nations communities' basic human right to live in their homes on their ancestral lands, and the Australian Government is denying them their rights by its inaction to stop global warming.

Australia has been one of the last developed countries to commit to emissions reductions by 2030. Its 43% emissions commitment falls far short of what's needed to keep warming below 1.5 degrees Celsius that will prevent devastation in the Pacific. The margin for error is very small and shrinking by the day.

Australia's emissions are more than triple those of the entire Pacific region, including New Zealand. This shows just how much of a fossil fuel giant Australia is and illuminates the human rights injustice of decades of inaction.

The Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) makes it clear that it is the most vulnerable populations, including the 476 million Indigenous people around the world, who suffer the most from climate change.

Up on Saibai and Boigu, Uncle Paul and Uncle Pabai are saying the storms are knocking around the seagrass and that's now impacting the health of the dugong. If you take away vegetables and dugong you are taking away a big percentage of their food.

These are their human and cultural rights at stake, and it's about their children's and grandchildren's right to live on their land, too. Their rights to maintain and strengthen their relationship with the country, waters and coastal seas they traditionally own for future generations are enshrined in the United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples (UNDRIP), which it is no surprise Australia has yet to ratify.

If the Saibai and Boigu communities become climate refugees they will lose everything – their homes, culture, stories and identity – and we will all pay the price for this unimaginable loss.

It's past time to acknowledge that inaction on climate change and unjust delaying tactics amount to human rights violations for First Nations people.

Uncle Paul and Uncle Pabai know this too well and are leading the way in standing up and speaking out. They travelled to Egypt for COP27 to enlighten a global audience and shine a light on what's happening.

We need the Australian Government to urgently change what they are doing. We can't keep feeding fossil fuels to the world and delaying the ambitious action needed to prevent climate catastrophe.

We need our politicians to stop failing to respect our own people, the ancient culture, language and traditions. We need them to willingly listen, learn and step up before it's too late.

Amnesty International Australia:

"We are on the precipice of unimaginable loss of culture to inaction on climate change"

<https://www.amnesty.org.au/we-are-on-the-precipice-of-unimaginable-loss-of-culture-to-inaction-on-climate-change/>

Bitte unterstützen Sie die Petition der australischen Sektion: Protect the Torres Strait with climate action now.

Den Link zur englischsprachigen Petition finden Sie hier:

<https://action.amnesty.org.au/act-now/protect-the-torres-strait-with-climate-action>

UPDATE:

Inzwischen bereiten sich die beiden Vertreter der Guda Maluyligal-Gemeinden von den Saibai and Boigu Inseln, Uncle Paul und Uncle Pabai auf ihre erste Anhörung vor dem Bundesgerichtshof vor, bei der sie erneut ihre Geschichte erzählen werden. Die Anhörungen finden Anfang Juni 2023 in den Gemeindesälen auf den Inseln Boigu, Badu und Saibai sowie in Cairns statt. Für die Gemeindemitglieder wird es sehr schmerzhaft sein, dem Richter ihre Geschichte mitzuteilen, ebenso wie für die Familien und Ältesten, die vor Ort zusehen werden.

"Es ist wirklich gut, dass sie kommen, um es selbst zu sehen und über das Land zu gehen, zu sehen und zu fühlen, wie es ist und wie es vom Klimawandel betroffen ist", sagte Aunty McRose, Mitglied der Gemeinschaft.

Die Inseln, die sie lieben, ihre Verbindungen zu ihren Vorfahren und ihrer Kultur sowie ihre Fischgründe und Lebensweise sind durch den Klimawandel gefährdet.

Dabei haben die First Nations den geringsten Einfluss auf den Klimawandel, und doch sind sie die Ersten, die davon betroffen sind.

Dies ist nicht die erste Klimaaktion in der Torres Strait. Zu Beginn dieses Jahres stellte der UN-Menschenrechtsausschuss fest, dass Australien die Rechte der *Torres Strait Islanders* verletzt hat. Die Regierung hat es versäumt, sie vor dem Klimawandel zu schützen, zumal acht *Torres Strait Islanders* bereits im Jahr 2019 eine Beschwerde eingereicht hatten.

Kirstie Wellauer, Federal Court arrives on-country for climate change fight in the Torres Strait
<https://www.abc.net.au/news/2023-06-05/federal-court-torres-strait-grave-sites/102421066>

Rudi Maxwell, "Hearing starts into sinking islands of Torres Strait", Western Advocate, Updated June 5 2023 - 10:46am, first published 10:42am
<https://www.westernadvocate.com.au/story/8222011/hearing-starts-into-sinking-islands-of-torres-strait/>

ALLE EXPERT*INNEN SIND SICH EINIG – KINDER GEHÖREN NICHT INS GEFÄNGNIS

Gefängnisse bekämpfen weder die Ursachen problematischen Verhaltens, noch verringern sie die Rückfälligkeit. Im Gegenteil, Kinder, die mit dem Strafsystem in Berührung kommen, geraten eher in einen nicht enden wollenden Kreislauf von Traumata, Verletzungen und Gewalt. Diese beschämende Realität erleben vor allem Kinder der Aborigines und *Torres Strait Islanders* in Australien, denn die Wahrscheinlichkeit, dass sie inhaftiert werden, ist sechszwanzig Mal größer als bei anderen Gleichaltrigen. Inzwischen hat die Regierung des *Australian Capital Territory (ACT)* einen Gesetzentwurf vorgelegt, nachdem das Alter strafmündiger Kinder von 10 auf 12 Jahre erhöht werden soll und ab 2025 dann auf 14 Jahre.

Zusammen mit anderen Organisationen und Aktivist*innen fordert Amnesty International – entsprechend der UN-Kinderechtskonvention – von der Bundesregierung des Landes,

- das Alter sofort auf 14 Jahre anzuheben,
- die Bedürfnisse der Gemeinden beim aktuellen Bundeshaushalt zu berücksichtigen,
- die von der Labor Party zugesagte Reinvestition in die Justiz einzuhalten. (Sie muss therapeutische und rehabilitative Methoden umfassen und evidenzbasiert sein.)

Bitte unterzeichnen Sie die Petition der australischen Sektion von Amnesty International. Den Link dazu finden Sie hier:

<https://action.amnesty.org.au/act-now/australia-fund-justice-reinvestment>

<https://www.amnesty.org.au/progress-the-act-is-raising-the-age-to-14/>

Marianne Kersten

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

SCHWEDEN

AMNESTY JOURNAL – SCHWEDEN – 20. FEBRUAR 2023

»UNSER LAND IST UNSERE ZUKUNFT«

Die Sámi leben im Norden Skandinaviens und Russlands. Der Klimawandel, Windfarmen und die Ausbeutung von Bodenschätzen bedrohen ihre Lebensweise. Ein Gespräch mit Henrik Blind, der sich für die Rechte der Sámi in Schweden einsetzt.

Interview: Tobias Oellig

Vor welchen Herausforderungen stehen die Sámi in Schweden?

Jeder neue Industriezweig, der zu uns vordringt, bedroht unsere Kultur und unser Siedlungsgebiet, das wir Sápmi nennen, Land der Samen. Vor allem der Holzeinschlag, der Abbau von Bodenschätzen und das Aufstellen von Windkraftanlagen beeinflusst unsere Lebensweise. Dabei ist Sápmi alles, was wir haben – wir können nirgendwo anders hingehen, unser Land ist unsere Zukunft.

Wie wirkt sich die Klimakrise aus?

Sie ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Für die ganze Menschheit, aber auch konkret für uns. Wir spüren das bereits. Der Klimawandel ist ein riesiges Problem für die Rentierwirtschaft, die seit jeher mit unserer Lebensweise verbunden ist. Die Jahreszeiten sind nicht mehr wie früher, das beeinflusst die Wanderrouten der Rentiere. So sind zum Beispiel die Winter regenreicher, aber auch andere Faktoren wirken sich negativ auf die Lebensbedingungen der Rentiere aus.

Nach dem Willen der Regierung soll im nordschwedischen Kallak ein riesiges Eisenerzvorkommen erschlossen werden. UN-Menschenrechtsexpert*innen warnen, die Mine könne Luft und Wasser verschmutzen.

Es ist bewiesen, dass sich der Erzabbau deutlich auf die samische Kultur und die Rentierzucht auswirken wird. Dennoch hat die Regierung diese Entscheidung getroffen. Ich fürchte, dass ihr die Forderungen eines britischen Bergbauunternehmens wichtiger sind als der Schutz unserer Kultur. Das macht mich traurig und wütend. Wir waren schon hier, bevor es Schweden überhaupt gab.

„Unsere Vorfahren hatten ein tiefes Verständnis dafür, wie wir auf diesem Planeten im Einklang mit der Natur leben können. Wir müssen uns wieder als Teil der Natur begreifen.“

Henrik Blind, Politiker und Aktivist

Paradoxerweise stellen auch Umweltinitiativen wie Windfarmen eine Bedrohung dar. Sehen Sie hier Kompromissmöglichkeiten?

Wir sind in den vergangenen 100 bis 150 Jahren bereits unzählige Kompromisse eingegangen. Mittlerweile kommen wir an einen Punkt, an dem keine weiteren Kompromisse mehr möglich sind, weil sonst alles weg ist, was uns ausmacht.

Was unternehmen die Sámi gegen die Bedrohungen?

Wir haben nicht die Mittel, um gegen große Unternehmen vor Gericht zu ziehen oder wirkmächtige Lobbyisten im Parlament zu installieren. Wir erheben unsere Stimme und versuchen, bei umstrittenen Industrieprojekten für öffentliche Aufmerksamkeit zu sorgen. Diesen Kampf führen wir für unsere Kinder, aber auch für unsere Vorfahren, die in unserer Kultur und Tradition fortleben. Die Regierung muss dringend weitere Gesetze erlassen, die die indigene Lebensweise schützen. Wenn sie nur auf die Industrie hört, werden wir immer die Verlierer sein, und dann wird eines Tages nichts mehr übrig sein, für das wir kämpfen können.

Was müsste sich ändern, damit die Sámi eine Zukunft haben?

Die samische Gemeinschaft wird zu spät angehört. Wenn über Bergbauaktivitäten gesprochen wird, müssen wir früher mit am Tisch sitzen – auf Augenhöhe und mit Handlungsmöglichkeiten. Unsere Vorfahren hatten ein tiefes Verständnis dafür, wie wir auf diesem Planeten im Einklang mit der Natur leben können. Wir müssen uns wieder als Teil der Natur begreifen – und nicht die Natur als etwas, was uns gehört. Die Ansichten der Sámi und anderer Indigener über die Natur sollten in die Klimadebatte einfließen. Und wir müssen Gesetze und Maßnahmen mitbestimmen können, die zur Bewältigung der Klimakrise erforderlich sind. Wir haben als Menschen im Schnitt nur 80 Jahre auf dieser Erde. In dieser kurzen Spanne müssen wir daran arbeiten, zukünftigen Generationen etwas zu hinterlassen, auf dessen Grundlage sie ihre Träume verwirklichen können.

»Wir waren schon hier, bevor es Schweden überhaupt gab.«

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/schweden-indigenenrechte-sami-aktivist-politiker-henrik-blind-interview-klimakrise-landrechte>

Henrik Blind arbeitet im Nationalrat der Sámi-Schulen und engagiert sich als Lokalpolitiker. Der 44-Jährige lebt in Jokkmokk (lulesamisch: Jåhkåmåhkke, nordsamisch: Dálvvadis) in der nordschwedischen Provinz Norrbottens län am nördlichen Polarkreis. Sein Dorf gilt als Zentrum der samischen Kultur in Schweden.

Tobias Oellig ist freier Reporter.

Mit freundlicher Genehmigung der Übernahme aus dem Amnesty-Journal von Tobias Oellig.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International wieder.

NORWEGEN

„DIE KULTUR DER SAMI KÖNNTE VERSCHWINDEN“

AMNESTY INTERNATIONAL, SEKTION NORWEGEN

Veröffentlicht am: 30 Jan 2023, 10:44 am; last updated: 1 Mar 2023, 11:38 am

MAJA KRISTINE JÅMA BEFÜRCHTET, DASS DIE WINDKRAFTANLAGEN DIE RENTIERZUCHT UND DIE SAMISCHE KULTUR ZERSTÖREN WERDEN. JETZT MUSS MINISTERPRÄSIDENT JONAS GAHR STØRE AKTIV WERDEN.

Maja Kristine Jåma und die anderen Sami in Fosen liegen seit Jahren im Konflikt mit dem Staat, nachdem beschlossen wurde, in dem Gebiet, in dem sie von der Rentierzucht leben, Windräder zu bauen.

"Die Windturbinen stehlen den Rentieren Weideflächen. Wenn die Rentierzucht bedroht ist, ist nicht nur unsere Lebensgrundlage bedroht, sondern auch die samische Kultur."

Maja Kristine Jåma

Die Sami haben vor Gericht gewonnen. Am 11. Oktober 2021 entschied der Oberste Gerichtshof einstimmig, dass der Windpark, der bereits in Betrieb ist, gegen die Menschenrechte der Sami verstößt.

Aber nach fast 500 Tagen gibt es immer noch keine Lösung für Fosen.

Die Regierung muss jetzt handeln!

Fordern Sie, dass Ministerpräsident Støre dafür sorgt, dass das Urteil des Obersten Gerichtshofs so schnell wie möglich umgesetzt wird, damit die Sami nicht ihre Lebensgrundlage und ihr Recht auf kulturelle Ausübung verlieren.

Unterzeichnen Sie die Aktion!¹

151 WINDKRAFTANLAGEN

Das Recht indigener Völker auf kulturelle Praktiken ist durch internationale Menschenrechtsstandards geschützt.

Der Oberste Gerichtshof hat entschieden, dass das Fosen-Projekt eine Menschenrechtsverletzung darstellt, weil es das Recht der Rentierzüchter auf kulturelle Praktiken verletzt.

Die Rentierzucht ist ein wichtiger Träger der samischen Sprache und Kultur, und die südsamische Sprache ist laut UNESCO ernsthaft bedroht.

¹ Für die englische Version des Textes und Briefes an Ministerpräsident Jonas Gahr Støre klicken Sie bitte hier. Auf der Seite finden Sie auch die **Petition**:

<https://amnesty.no/aksjon/samenes-kultur-kan-forsvinne>

Die Windparks mit insgesamt 151 Windturbinen, Stromleitungen, Straßen und anderer Infrastruktur werden die Hälfte der wichtigen Winterweiden für die Rentierzucht in Fosen in Anspruch nehmen.

"Wenn man die samische Kultur wirklich schützen will, muss man auch die natürlichen Ressourcen schützen. Das bedeutet, dass wir unser Land in Ruhe lassen und die Rentierzucht weiter betreiben können."

Maja Kristine Jåma

Das Urteil muss befolgt werden!

Es ist mehr als 20 Jahre her, dass die ersten Pläne für Windkraftanlagen in Fosen bekannt wurden. Für Maja und die anderen rentierzüchtenden Sami war es ein langer und anstrengender Prozess.

"Als wir diesen Kampf begannen, wurden wir nicht gehört. Wir haben nicht verstanden, dass wir gegen die Windkraft kämpfen, die so grün ist. Aber ich verstehe nicht, was daran grün sein soll, die Natur zu zerstören und ein Volk zu überstimmen, das diese Natur auf nachhaltige Weise nutzt."

Maja Kristine Jåma

Die Tatsache, dass die Regierung dem Urteil des Obersten Gerichtshofs nicht nachgekommen ist, ist besonders belastend.

"Die Regierung hatte fast 500 Tage Zeit, um die andauernde Menschenrechtsverletzung zu korrigieren. Und nichts ist passiert (...). Ich mache mir Sorgen, wenn wir einen Staat haben, der nicht auf uns hört und einem rechtskräftigen Urteil nicht nachkommt. Dann sind wir alle wirklich in Gefahr, wenn unsere Behörden dem nicht nachgehen."

Maja Kristine Jåma

AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT DIE NORWEGISCHE REGIERUNG AUF:

– dem Urteil des Obersten Gerichtshofs nachzukommen, indem sie die andauernde Menschenrechtsverletzung beendet und den entstandenen Schaden behebt, damit die Sami von Fosen ihre kulturelle Praxis wieder aufnehmen können.

Die Unterschriften werden an den Ministerpräsidenten Jonas Gahr Støre geschickt.

Setzen Sie sich für das Recht von Maja und den anderen Rentierzüchter*innen auf kulturelle Ausübung ein – und unterschreiben Sie die Aktion!

Den Link zur **Petition** finden Sie hier:

<https://amnesty.no/aksjon/samenes-kultur-kan-forsvinne>

UPDATE:

Am 1. Juni 2023 hat die Kommission zur Untersuchung norwegischer Politik und Ungerechtigkeit gegenüber dem Volk der Sámi und zwei weiteren nationalen Minderheiten ihren Bericht an das norwegische Parlament übergeben. Er soll einem Neubeginn der Beziehungen zwischen dem norwegischen Staat und dem Volk der Sámi dienen. Allerdings ist ihr Misstrauen gegenüber der Regierung ein großer Stolperstein für eine zukünftige Versöhnung. Aktuell analysiert Amnesty International Norwegen den Bericht der Kommission, um herauszufinden, wie die Organisation zur Versöhnung beitragen kann.

DER FALL FOSEN UND DIE MENSCHENRECHTE:

- Das Recht indigener Völker und Minderheiten, ihre Kultur auszuüben, ist durch die Menschenrechte geschützt. Der Oberste Gerichtshof hat entschieden, dass die Entwicklung von Fosen eine Menschenrechtsverletzung darstellt, da die Rentierzucht ein wichtiger Träger der samischen Sprache und Kultur ist.
- In seinem Urteil kommt der Oberste Gerichtshof zu dem Schluss, dass die Entscheidung der Regierung, eine Konzession für die Windparks zu erteilen, gegen die Rechte der Rentierbesitzer*innen – gemäß Artikel 27 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) – verstößt und dass die Konzessionen daher ungültig sind. Die Genehmigungen für die Windparks in Storheia und Roan verletzen das Recht der südsamischen Familien auf kulturelle Ausübung.
- Der Oberste Gerichtshof verkündete das Fosen-Urteil am 11. Oktober 2021, und noch immer ist keine Lösung in Sicht. Diese Menschenrechtsverletzung dauert so lange an, wie das Recht auf Kulturausübung gemäß internationaler Menschenrechtsnormen nicht erfüllt wird. Der norwegische Staat ist für die Gewährleistung dieser Konventionsrechte (ICCPR) verantwortlich, die auch durch das Menschenrechtsgesetz in das norwegische Recht aufgenommen wurden.

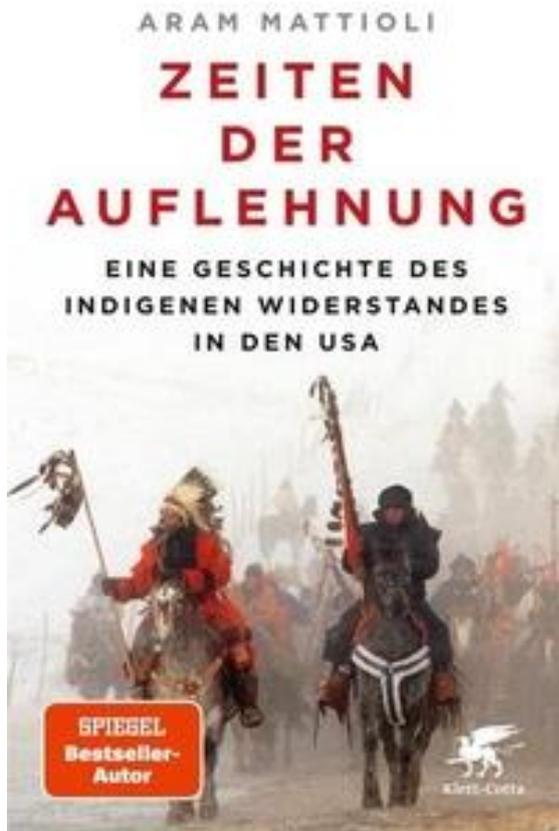
SAMI:

- Die Sami sind ein indigenes Volk mit traditionellen Siedlungen in Norwegen, Schweden, Finnland und Russland.
- In den nordischen Ländern wird die ethnische Zugehörigkeit nicht registriert, daher gibt es keine offiziellen Zahlen über die Anzahl der Sami. Es wird jedoch geschätzt, dass 40-60.000 Sami in Norwegen leben. Die meisten von ihnen leben in dem Gebiet, das als traditionelles samisches Siedlungsgebiet in Mittel- und Nordnorwegen gilt.
- Wie bei anderen indigenen Völkern sind auch bei den Sami die traditionellen Wirtschaftszweige eng mit der Natur verbunden und wichtige Träger der Sprache und Kultur. Fischfang, Jagd, Fallenstellerei, Sammeln, Handwerk und Rentierzucht sind zentrale Bestandteile der samischen Tradition.
- Es gibt traditionell elf samische Sprachen.

Quelle: Store norske leksikon

Aus dem Norwegischen mithilfe von www.deepL.com übersetzt.

BUCHTIPPS



Aram Mattioli:
Zeiten der Auflehnung
Eine Geschichte des indigenen
Widerstandes in den USA

Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2023
ISBN 978-3-608-98348-7
Gebunden, 464 Seiten, 28,00 EUR

Klappentext:

Aram Mattioli erzählt zum ersten Mal den langanhaltenden Widerstand der First Peoples in den USA - vom First Universal Races Congress (1911) über die Red Power-Ära und die Besetzung von Wounded Knee (1973) bis hin zu den Protesten gegen die Kolumbus-Feierlichkeiten (1992). Die American Indians waren dabei nie nur passive Opfer der amerikanischen Politik. Eindrücklich und nahe an den Personen schildert der Autor, wie sie sich dem vermeintlich übermächtigen Staat sowohl friedlich als auch militant entgegenstellten.

Zum Autor:

Aram Mattioli, geboren 1961 in Zürich, studierte Geschichtswissenschaft und Philosophie an der Universität Basel. Seit Jahren setzt sich Aram Mattioli mit der Geschichte der Native Americans auseinander. In *Zeiten der Auflehnung: Eine Geschichte des indigenen Widerstandes in den USA* schildert Mattioli den langanhaltenden Widerstand der Indigenen in Nordamerika.

**Louise Erdrich:
Der Nachtwächter**

Aufbau Verlag, Berlin 2021
ISBN 978-3-351-03857-1
Gebunden, 496 Seiten, 24,00 EUR
Taschenbuch 14,00 EUR

Klappentext:

Kann ein Einzelner den Lauf der Geschichte verändern? Kann eine Minderheit etwas gegen einen übermächtigen Gegner, den Staat, ausrichten? »Der Nachtwächter«, der neue Roman der mit dem National Book Award ausgezeichneten Autorin Louise Erdrich, basiert auf dem außergewöhnlichen Leben von Erdrichs Großvater, der den Protest gegen die Enteignung der amerikanischen UreinwohnerInnen vom ländlichen North Dakota bis nach Washington trug. Elegant, humorvoll und emotional mitreißend führt Louise Erdrich vor, warum sie zu den bedeutendsten amerikanischen Autorinnen der Gegenwart gezählt wird - und zeigt, dass wir alle für unsere Überzeugungen kämpfen sollten und dabei manchmal sogar etwas zu verändern vermögen.

»Mir stockte der Atem, als ich begriff, was meinem Großvater von seinem Nachtwächter-Schreibtisch aus gelungen war.« Louise Erdrich

Zur Autorin:

Louise Erdrich, geboren 1954 als Tochter einer Ojibwe und eines Deutsch-Amerikaners, ist eine der erfolgreichsten amerikanischen Gegenwartsautorinnen. Sie erhielt den Pulitzer-Preis, National Book Award, den PEN/Saul Bellow Award und den Library of Congress Prize. Louise Erdrich lebt in Minnesota und ist Inhaberin der Buchhandlung Birchbark Books.



Roda Verheyen mit Alexandra Endres:

Wir alle haben ein Recht auf Zukunft

Eine Ermutigung

dtv

ISBN: 978-3-423-29019-7

Erscheinungsdatum: 16.03.2023

296 Seiten, 24,00 EUR

Klimaschutz ist Menschenrecht

Dürre, Eisschmelze, Überflutungen zerstören den Lebensraum und die Existenzgrundlage vieler Menschen. Doch Regierungen oder Konzerne zeigen sich oft träge bis ignorant, wenn sie Maßnahmen zum *Klimaschutz* ergreifen sollen. Was kann da der Einzelne, das Klimaopfer, tun?

Die Rechtsanwältin Roda Verheyen sagt entschlossen: das bestehende Recht und die Gerichte nutzen. Wir alle sind bedroht und können mit Klimaklagen Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen. Anhand eigener Erfahrungen und wichtiger internationaler Prozessfälle zeigt sie, dass die Judikative – in Sachen Klimaschutz eine oft unterschätzte Gewalt – Machtlosen Recht verschaffen kann. Schließlich geht es um das Recht des Menschen auf ein Leben in Würde, jetzt und in Zukunft.

Zu den Autorinnen:

Dr. Roda Verheyen, geboren 1972, ist Rechtsanwältin und ehrenamtliche Richterin am Hamburgischen Verfassungsgericht. Sie berät u. a. namhafte Umweltorganisationen wie Greenpeace e.V. und Germanwatch e.V., die auch Klimaklagen unterstützen, aber auch Landwirte und Einzelpersonen. Sie war Mitglied der deutschen Delegation zur Klimarahmenkonvention, ist Gründerin und Vorstandsmitglied von Green Legal Impact Germany e.V. und kämpft seit Jahrzehnten für mehr Klimaschutz.

Alexandra Endres, geboren 1974, ist freiberufliche Journalistin für Klima- und Umweltthemen. Zuvor war sie Redakteurin im Ressort Politik, Wirtschaft, Gesellschaft bei Zeit Online.

Leseprobe: <https://www.book2look.com/vBook.aspx?id=9783423290197>

FILMTIPPS



The Territory

National Geographic – Documentary Films

Regie: Alex Pritz

Produziert von Darren Aronofsky, Sigrid Dyekjaer, Will N. Miller, Gabriel Uchida, Lizzie Gillett, Alex Pritz

The Territory bietet einen umfassenden Einblick vor Ort in den unermüdlichen Kampf des indigenen Volkes der Uru-eu-wau-wau gegen die fortschreitende Entwaldung durch Bauern und illegale Siedler im brasilianischen Amazonasgebiet. Mit einer beeindruckenden Kinematografie, die die Titellandschaft und ein reich strukturiertes Sounddesign zeigt, führt der Film das Publikum tief in die Uru-eu-wau-wau-Gemeinschaft und bietet einen beispiellosen Zugang zu den Bauern und Siedlern, die da geschützte indigene Land illegal niederbrennen und roden. Der Film, der teilweise vom Volk der Uru-eu-wau-wau gedreht wurde, stützt sich auf Vérité-Aufnahmen, die über drei Jahre hinweg aufgenommen wurden, während die Gemeinschaft ihr Leben riskiert, um ihr eigenes Nachrichtenmedienteam aufzubauen, in der Hoffnung, die Wahrheit ans Licht zu bringen.

<https://films.nationalgeographic.com/the-territory>



Der vermessene Mensch

Historisches Drama

Buch und Regie: Lars Kraume

Deutschland, 2022

Ein deutscher Ethnologie-Doktorand erlebt Anfang des 20. Jahrhunderts den Genozid an den Herero und Nama in Namibia mit und überschreitet eigene moralische Grenzen.

<https://www.kino.de/film/der-vermessenene-mensch-2023/>

Alexander Hoffmann ist entschlossen, das Lebenswerk seines Vaters, Ethnologe der ersten Stunde, fortzuführen. An der Universität gerät er in den Sog der evolutionistischen Rassentheorie des späten 19. Jahrhunderts. Hoffmann ist angewidert vom Vermessen der Schädel, das kein anderes Ziel hat, als die Überlegenheit der weißen Rasse pseudo-wissenschaftlich zu legitimieren, macht aber mit. Er will Gegenbeweise finden und sucht den Kontakt zu Kezia Kambazembi, der Dolmetscherin einer Delegation von Nama und Herero, die zur Teilnahme an einer „Völkerschau“ gezwungen wurden. Kurz nach der Rückreise der Delegation beginnt im damaligen „Deutsch-Südwestafrika“ ein Aufstand gegen die deutsche Kolonialmacht. Als Ethnologe wird Hoffmann Mitglied einer Expedition und reist im Schutz der kaiserlichen Armee durch das ganze Land auf der Suche nach Schädeln – und nach Kezia.

Der Film gibt Antworten auf einige hochaktuelle Fragen, etwa auf die, warum im heutigen Namibia die ersten Konzentrationslager gebaut wurden und wie so viele Schädel von Nama und Herero in deutsche Museen gelangten.

Mit Leonard Scheicher, Girley Charlene Jazama, Peter Simonischek, Sven Schelker, Max Koch, Ludger Bökemann, Leo Meier, Anton Paulus, Tilo Werner, Corinna Kirchhoff

<https://www.berlinale.de/de/2023/programm/202305256.html>